

32. Sitzung

am Mittwoch, dem 26. Januar 2005

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung .	1927	Gesetz zur Schaffung von Standortgemein-	
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Ge-		schaften in Stadtquartieren	
schäftsordnung	1928	Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU	
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung .	1929	und Bündnis 90/Die Grünen	
		vom 30. November 2004	
		(Drucksache 16/478)	
Misstrauensantrag gegen den Senator für In-		Abg. Dr. Sieling (SPD)	1954
neres und Sport		Abg. Focke (CDU)	1955
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen		Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)	1957
und von Abgeordneten der Fraktionen der SPD		Abg. Wedler (FDP)	1958
und der CDU		Senator Eckhoff	1960
vom 17. Januar 2005		Abg. Focke (CDU)	1961
(Drucksache 16/508)		Abg. Dr. Sieling (SPD)	1962
		Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)	1963
Zwangswise Vergabe von Brechmitteln in		Abg. Wedler (FDP)	1964
Bremen einstellen		Abstimmung	1965
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen			
vom 17. Januar 2005		Keine unzulässigen Energiepreiserhöhun-	
(Drucksache 16/509)		gen	
		Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grü-	
Zwangswise Vergabe von Brechmitteln zur		nen, der SPD und der CDU	
Beweissicherung		vom 7. Dezember 2004	
Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP)		(Drucksache 16/485)	
vom 24. Januar 2005		Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) .	1965
(Drucksache 16/515)		Abg. Dr. Schuster (SPD)	1966
		Abg. Imhoff (CDU)	1967
Effektive Bekämpfung der Drogenkriminalität		Abg. Tittmann (DVU)	1968
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU		Senator Eckhoff	1969
vom 25. Januar 2005		Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) .	1971
(Drucksache 16/517)		Abstimmung	1971
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) .	1930		
Abg. Kastendiek (CDU)	1935	bremen_service, die Neubürgeragentur	
Abg. Böhrnsen (SPD)	1939	Controllingbericht 2 zum Abschluss der Pi-	
Abg. Wedler (FDP)	1943	lotphase 2002 bis 2004	
Abg. Tittmann (DVU)	1945	Mitteilung des Senats vom 2. November 2004	
Abg. Wedler (FDP)	1947	(Drucksache 16/447)	
Bürgermeister Dr. Scherf	1948	Abg. Frau Garling (SPD)	1972
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) .	1951	Abg. Focke (CDU)	1973
Abstimmung	1952		

Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	1974	Abg. Frau Windler (CDU)	1979
Senator Eckhoff	1975	Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) ...	1980
Aktuelle Stunde	1977	Senatorin Röpke	1982
14. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über die Tätigkeit vom 1. Januar 2002 bis 31. Dezember 2003		Abstimmung	1984
Mitteilung des Senats vom 17. August 2004 (Drucksache 16/371)			
Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau zum 14. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2002 bis 31. Dezember 2003 (Mitteilung des Senats vom 17. August 2004, Drs. 16/371) vom 26. November 2004		Bürokratieabbau in der Pflege	
(Drucksache 16/469)		Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 24. November 2004 (Drucksache 16/467)	
Abg. Frau Arnold-Cramer, Berichterstatterin .	1977	Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU)	1984
		Abg. Pietrzok (SPD)	1986
		Abg. Schmidtman (Bündnis 90/Die Grünen) ..	1987
		Abg. Tittmann (DVU)	1988
		Senatorin Röpke	1989
		Abstimmung	1990

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Hannken

Schriftführerin Marken

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Eckhoff** (CDU)

Senator für Inneres und Sport **Röwekamp** (CDU)

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrätin **Kramer** (Senator für Bau, Umwelt und Verkehr)

Frau **Hauffe** (Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 32. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe der Zivildienstschule aus Ritterhude, Fachangestellte für Bürokommunikation und Verwaltungsfachwirtinnen und Verwaltungsfachwirte und drei Klassen vom Schulzentrum Butjadinger Straße.

Seien Sie alle ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Zwangsweise Vergabe von Brechmitteln zur Be-weissicherung, Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Wedler, FDP, vom 24. Januar 2005, Drucksache 16/515.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrages zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(B)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit den Punkten außerhalb der Tagesordnung, die sich mit dem Misstrauensantrag befassen, vor.

Ich höre keinen Widerspruch, dann ist die Bürgerschaft (Landtag) damit einverstanden.

2. Mehr Selbstständigkeit von Schulen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 25. Januar 2005, Drucksache 16/516.

Ich lasse auch hier über die dringliche Behandlung des Antrags abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Tagesordnungspunkt 18, Mehr Selbstständigkeit für Bremens Schulen, zu verbinden.

(C)

Meine Damen und Herren, ich glaube, es geht mit meiner Stimme nicht mehr. Ich habe es heute Nacht mit ACC versucht, aber, liebe Frau Kollegin Dr. Mathes, Sie müssen weitermachen.

(Heiterkeit – Vizepräsidentin Dr. Mathes übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. – Dann werden wir so verfahren.

(Heiterkeit und Beifall)

3. Effektive Bekämpfung der Drogenkriminalität, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 25. Januar 2005, Drucksache 16/517.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung lasse ich über die Dringlichkeit dieses Antrags abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(D)

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit den Punkten außerhalb der Tagesordnung, die sich mit dem Brechmitteleinsatz befassen, vor.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann wird so verfahren.

4. Konzept für Jugendstrafvollzug, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 25. Januar 2005, Drucksache 16/518.

Ich lasse auch hier zunächst über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung dieses Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit einer dringlichen Behandlung einverstanden.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit Tagesordnungspunkt 14, Weitere Gefängnis-Planung endlich entscheiden!, zu verbinden.

(A) Ich höre auch hier keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

5. Aufbau eines bundesweit einheitlichen Digitalfunknetzes, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 25. Januar 2005, Drucksache 16/519.

Ich lasse gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung auch hier erst über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung des Antrags zu.

(Einstimmig)

Ich schlage vor, diesen Antrag am Schluss der Tagesordnung, und zwar ohne Debatte aufzurufen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann werden wir so vorgehen.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

(B) **I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung**

1. Bedeutung und Nutzen von Geodateninformationen für Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 13. Januar 2005
(Drucksache 16/507)
2. Entwicklung der maritimen Ausbildung in Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 19. Januar 2005
(Drucksache 16/512)
3. Mädchen und Frauen vor Zwangsverheiratung schützen
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 20. Januar 2005
(Drucksache 16/513)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Februar-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Vermögensverwertung, Kassen, Zuschüsse, Preise, Einsparungen der Beteiligungsgesellschaften
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Oktober 2004
D a z u

Antwort des Senats vom 11. Januar 2005
(Drucksache 16/504)

(C)

2. Dyskalkulie bei Schülerinnen und Schülern
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 4. November 2004
D a z u
Antwort des Senats vom 19. Januar 2005
(Drucksache 16/511)
3. Personelle Ausstattung und Erfolg der Steuerfahndung
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 15. November 2004
D a z u
Antwort des Senats vom 22. Dezember 2004
(Drucksache 16/493)
4. Rechtsberatungskosten der Freien Hansestadt Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. November 2004
5. Regionalwirtschaftliche und fiskalische Effekte aufgrund Medienberichterstattung
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. November 2004
6. Arbeitsmarktpolitische Chancengleichheit für Frauen sichern
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 24. November 2004
7. Ausbildung und schulische Abschlüsse in den Justizvollzugsanstalten (JVA) des Landes Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. November 2004
D a z u
Antwort des Senats vom 11. Januar 2005
(Drucksache 16/505)
8. Grundfinanzierungen für Universitätsinstitute und An-Institute
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. November 2004
D a z u
Antwort des Senats vom 22. Dezember 2004
(Drucksache 16/494)
9. Situation der Roma und anderer Minderheiten aus Serbien und dem Kosovo
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. Dezember 2004
D a z u
Antwort des Senats vom 11. Januar 2005
(Drucksache 16/506)
10. Vorwurf der angeblichen Verrottung öffentlicher Gebäude in der Regierungszeit der Großen Koalition
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. Dezember 2004

(D)

- (A)
11. Konsumtive Einsparungen im Konzern Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 13. Januar 2005
 12. Mehrgenerationenhäuser
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 18. Januar 2005
 13. Nutzung der Ordnungsmaßnahmenverordnung an Bremer Schulen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 18. Januar 2005
 14. Unterstützung bei Berufungen von Professoren durch externe Berater
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 25. Januar 2005

III. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

1. Schreiben der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e. V., Landesverband Bremen, zur Bremer Initiative zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG).
2. Schreiben der Initiative zur sozialen Rehabilitation e. V. zur zwangsweisen Verabreichung von Brechmitteln unter Anwendung von Gewalt.

- (B) Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes fünf, Bevölkerungs- und Katastrophenschutz im Lande Bremen, des Tagesordnungspunktes sieben, Strafrechtliche und zivilrechtliche Maßnahmen gegen „Stalking“ verbessern, des Tagesordnungspunktes 15, Bauherrenwettbewerbe für Qualität und Innovation im Wohnungsbau, des Tagesordnungspunktes 20, Verkehrssicherheit für Kinder optimieren, des Tagesordnungspunktes 24, „Lions Quest Programm“ an Schulen im Land Bremen, und des Tagesordnungspunktes 25, Sozialberichterstattung in Bremen.

Weiter wurden Vereinbarungen getroffen zur Verbindung der Tagesordnungspunkte acht und neun, 14. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2002 bis 31. Dezember 2003 und Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau dazu, des Tagesordnungspunktes 21 und außerhalb der Tagesordnung, hier handelt es sich um die Petitionsberichte Nummern 27 und 28, der Tagesordnungspunkte 26 und 27, Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2003 und Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses dazu,

der Tagesordnungspunkte 28 bis 30, hier geht es um den Achten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge, das Gesetz zum Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten dazu, und der Punkte außerhalb der Tagesordnung zum Misstrauensantrag gegen den Senator für Inneres und Sport, Drucksache 16/508 und die damit in Verbindung stehenden Dringlichkeitsanträge, sowie zur Vereinbarung von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten.

Hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde vereinbart, dass heute zu Beginn der Sitzung die miteinander verbundenen Punkte außerhalb der Tagesordnung, Misstrauensantrag und die damit in Verbindung stehenden Dringlichkeitsanträge, aufgerufen werden. Hierzu ist vereinbart, dass zuerst die Abstimmung über die Sachanträge erfolgt und danach über den Misstrauensantrag, Drucksache 16/508, geheim in Wahlkabinen. Das Verfahren richtet sich nach Paragraph 58 Absätze 5 und 6 der Geschäftsordnung.

Zu Beginn der heutigen Nachmittagssitzung werden die Tagesordnungspunkte 16, Gesetz zur Schaffung von Standortgemeinschaften in Stadtquartieren, und elf, Keine unzulässigen Energiepreiserhöhungen, aufgerufen. Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) morgen beginnt mit der Fragestunde, im Anschluss daran werden die Punkte sechs, Mittelstandsförderung – Bestandsaufnahme und Programmentwicklung, und drei, Bremer Entwicklungszusammenarbeit fortführen, behandelt.

Nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, den Tagesordnungspunkt zehn, Bericht über „Entbürokratisierung und Modernisierung der Verwaltung sowie Abbau von Regelungen“ und Gesetz zur Bereinigung des bremischen Rechts, für diese Sitzung auszusetzen.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht?

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen noch Kenntnis davon geben, dass Herr Siegfried Breuer mit sofortiger Wirkung sein Abgeordnetenmandat in der Bremischen Bürgerschaft niedergelegt hat. Gemäß Paragraph 34 Absatz 3 des Wahlgesetzes wird hiermit die Feststellung des Verlustes der Mitgliedschaft in der Bremischen Bürgerschaft getroffen.

Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein.

(C)

(D)

(A) Misstrauensantrag gegen den Senator für Inneres und Sport

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von Abgeordneten der Fraktionen der SPD und der CDU vom 17. Januar 2005 (Drucksache 16/508)

Wir verbinden hiermit:

Zwangswise Vergabe von Brechmitteln in Bremen einstellen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Januar 2005 (Drucksache 16/509)

s o w i e

Zwangswise Vergabe von Brechmitteln zur Beweissicherung

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP) vom 24. Januar 2005 (Drucksache 16/515)

u n d

Effektive Bekämpfung der Drogenkriminalität

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 25. Januar 2005 (Drucksache 16/517)

(B) Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf und Senator Röwekamp.

Der am 17. Januar 2005 eingegangene Misstrauensantrag ist von allen Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Abgeordneten der SPD und der CDU unterzeichnet und allen Abgeordneten und dem Senat am gleichen Tag mitgeteilt worden. Er hat insofern die in Artikel 110 Absatz 2 der Landesverfassung aufgeführten Erfordernisse für einen Antrag, einem Mitglied des Senats das Vertrauen zu entziehen, erfüllt.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen *): Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Präsident Bush hat Recht, und Angela Merkel hat auch Recht! Lassen Sie uns endlich wieder über Werte reden! Lassen Sie uns reden über Werte in der Politik! Lassen Sie uns über die Werte des Innensensors Thomas Röwekamp reden, und lassen Sie uns darüber reden, welche Werte sich in der bremischen Politik in den letzten Jahren wie verändert haben und wie wir heute die Werte in der bremischen Politik einschätzen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Vor drei Jahren, am 11. Dezember 2001, haben wir Grünen nach dem Tod eines Menschen in Hamburg nach der zwangsweisen Vergabe von Brechmitteln durch eine in die Nase eingeführte Magensonde einen Antrag zur Einstellung dieser Praxis in Bremen hier in die Bürgerschaft eingebracht. Die meisten von Ihnen, sehr viele von Ihnen, waren damals schon Abgeordnete und können sich an die Debatte erinnern. Das Protokoll der Debatte vom 13. Dezember 2001 sagt zum Ergebnis der Abstimmung über unseren Antrag, die zwangsweise Vergabe von Brechmitteln einzustellen: Dafür Bündnis 90/Die Grünen, Dagegen SPD, CDU und Abgeordneter Tittmann, DVU.

In meiner damaligen Rede sagte ich am Schluss, ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin: „Sie können heute durch Ihre Stimme verhindern, dass dies weiter stattfindet, ob wir dieses Risiko eingehen oder ob wir dies nicht tun. Sollte nach dieser Entscheidung des Parlaments ein ähnlicher Vorfall in Bremen passieren, wissen wir wenigstens, dass er hätte verhindert werden können. Sie hätten heute diesen Antrag annehmen können.“ Soweit das Zitat aus der Rede von 2001!

Laye-Alama Conde ist einen durch und durch sinnlosen Tod gestorben, aber was seinen Tod umso tragischer macht: Er hätte durch eine Abstimmung in diesem Haus vor drei Jahren, durch ein einfaches Handaufheben verhindert werden können. Jetzt, heute, will niemand die politische Verantwortung für diesen Vorgang übernehmen, meine Damen und Herren.

Das sage ich bewusst zu Anfang meiner Rede, ein solches Votum hätte den notwendigen Kampf gegen die Drogenkriminalität keineswegs geschwächt. Trotz zwangsweiser Brechmittelvergabe in all den Jahren, trotz markiger Sprüche des schon vierten CDU-Innensensors in noch nicht einmal zehn Jahren sind die Drogendelikte im letzten Jahr in Bremen erneut angestiegen. Wie wir heute sehen, auch an dem vorliegenden Antrag der CDU- und der SPD-Fraktion in diesem Hause, geht eine effektive Bekämpfung der Drogenkriminalität, so ist nämlich der Titel dieses Antrags von SPD und CDU, auch ohne Zwangsvergabe von Brechmitteln, das sagen Sie heute selbst.

Der CDU-Vorsitzende Bernd Neumann lobt plötzlich, dass die neue Abkehr vom Brechmittel ja voll auf bayerischer Linie sei, eine Position, die die Grünen, die von der CDU in dieser Frage immer so hart gescholten werden, schon immer vertreten haben. Wir waren in dieser Frage schon immer auf der gleichen Linie wie Bayern. Sie haben sehr lange gebraucht, bis Sie so weit gekommen sind, meine Damen und Herren!

(Bürgermeister Dr. Scherf: Sie haben am Anfang mitgemacht, 1992, das verdrängen Sie! – Zuruf der Abg. Frau Linner [Bündnis 90/Die Grünen])

(C)

(D)

(A) Ich glaube, dass wir uns mit Ihnen, Herr Scherf – ich nehme an, dass Sie in dieser Debatte nachher Stellung nehmen –, auch noch auseinander setzen müssen. Auch Sie haben in all diesen Jahren eine politische Position vertreten, die Sie heute wahrscheinlich hier an diesem Pult noch zu rechtfertigen haben.

Der Kollege Hermann Kleen von der SPD hat in der Debatte vor drei Jahren gesagt, ich zitiere: „Wir werden diesen Antrag ablehnen, weil wir die Verabreichung des Brechmittels in Bremen nicht einstellen wollen, weil wir die Verhältnisse in Bremen kennen.“ Hermann Kleen fuhr damals fort, „dass die Ärzte des Instituts für Rechtsmedizin zwar mit Nasensonden arbeiten, wenn der Beschuldigte nicht freiwillig trinkt, aber körperlichen Widerstand niemals mit Gewalt brechen. Wenn es nicht gelingt, einen sich heftig Wehrenden zu fixieren, dann muss auf die Maßnahme notfalls verzichtet werden.“

(B) Das, was der Kollege Kleen damals nach bestem Wissen und Gewissen in dieser Debatte sagte, war damals auch schon identisch mit einer internen Dienstanweisung von Dr. Birkholz, dem Leiter des Ärztlichen Beweissicherungsdienstes in Bremen. Nicht identisch allerdings, auch damals schon nicht, war sie mit der rechtlichen Grundlage für diese Eingriffe in Bremen, nämlich der Verfügung des leitenden Oberstaatsanwalts vom Mai 1995, in der von einer Einschränkung bezüglich der sich wehrenden Personen keine Rede war. Es war vor allem auch nicht identisch mit dem, und das wissen wir heute, was zum Beispiel in der Nacht des 27. Dezember 2004 zwischen zwei und drei Uhr in der Frühe, aber nicht nur zu diesem Zeitpunkt dann tatsächlich im Polizeigewahrsam passierte.

So sehr die genaueren Umstände der qualvollen Prozedur in dieser Nacht auch noch der Aufklärung im Detail bedürfen – hier warten wir noch auf das Ergebnis der Obduktion und der abschließenden Berichte der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft –, zwei Fakten hat niemand in diesem ganzen Verfahren bestritten: erstens, dass Laye-Alama Conde sich auf das Heftigste gegen die Einnahme des Brechmittels wehrte, das steht auch so in der Pressemitteilung der Polizei, und zweitens, dass ihm trotzdem, entgegen genau diesem Punkt, dass es dann nicht durchgeführt werden soll, das Brechmittel und größere Mengen Wasser eingeflößt wurden. Ein dritter Fakt ist ebenfalls nicht zu bestreiten, ungeachtet der einzelnen Schuldfragen im Detail: Laye-Alama Conde war, bevor er in die Obhut des Staates kam, gesund, und heute, vier Wochen später, ist er tot.

Bevor wir uns also die näheren Umstände dieser Nacht und die dann folgende politische Reaktion von Innensenator Röwekamp näher anschauen, lassen Sie mich noch einen Moment innehalten! Verbrechensbekämpfung und Strafverfolgung sind elementare Kernbereiche staatlicher Leistungen. Wir können sie weder aufgeben noch können wir diese Lei-

(C) stungen privatisieren. Wir können alles Mögliche privatisieren und streiten uns oft und gern darüber, ob es sinnvoll ist. Innere Sicherheit zu gewährleisten ist ein Punkt, der immer beim Staat liegen und bleiben wird und den wir nicht an andere übertragen können. Ohne die verdammt schwierige Arbeit von Polizei und Justiz würde schlichtweg das Recht der Stärkeren herrschen. So würden in einigen Landstrichen Sachsens heutzutage wahrscheinlich Neonazis und Skinheads für das sorgen, was sie für Recht und Ordnung halten. In einigen Innenstädten unserer Städte würden diejenigen den Ton angeben, die ihr Leben auf Kosten anderer führen wollen.

Das, was hier theoretisch klingt, ist im praktischen Einsatz anstrengend und oft lebensgefährlich. Deshalb ist es Kernbestand grüner Innen- und Haushaltspolitik, Polizei mit ihren wichtigsten Ressourcen auszustatten: ausreichende und gut ausgebildete und ausgerüstete Beamtinnen und Beamte. Wenn man die Arbeit der Polizei etwas näher betrachtet, kann man auch Ansatzpunkte finden, warum bei dieser zudem nicht besonders gut bezahlten und gleichwohl sehr anstrengenden Arbeit immer wieder Stress und Frust entstehen. Ein Innensenator muss diese Gefühle kennen und verstehen, und er muss seinen Beamten bei dieser Arbeit den Rücken stärken. Gleichzeitig muss ein Innensenator – und hier beginnt die Geschichte des Versagens des aktuellen Innensensors nach dem 27. Dezember – mit aller Autorität seines politischen Amtes Grenzen setzen, wo die Grundfesten unserer rechtsstaatlichen Ordnung überschritten werden, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Dafür wird er von den allermeisten Polizistinnen und Polizisten Achtung und Respekt erhalten, und dafür hat er auch eine partei- und fraktionsübergreifende politische Zustimmung in diesem Hause.

Damit sind wir wieder in der Nacht des 27. Dezember. Eines des Drogenhandels verdächtiger Mann wird verhaftet und mit ins Polizeipräsidium genommen. Unbewaffnet und gefesselt ist er ab diesem Zeitpunkt nicht nur Tatverdächtiger, das ist er aufgrund der Umstände auch, selbstverständlich, aber er ist gleichzeitig auch vollständig seinen Bewachern und dem hinzugezogenen Arzt ausgeliefert. Er muss ihnen vertrauen. Sie tragen eindeutig die praktische und der zuständige Senator die politische Verantwortung für seine Unversehrtheit auf der Basis der Strafprozessordnung und einer Reihe von internen Vorschriften.

Liest man nun sowohl die offiziell bekannten Informationen als auch das zur Verfügung gestellte Gedächtnisprotokoll des hinzugezogenen Notarztes und fügt beides zusammen, so kann man sich ein wenig in die Lage dieser Nacht hineinversetzen. Der Notarzt, dessen Bericht selbst der Innensenator als

(A) im Kern glaubwürdig bezeichnet, wurde bei der Rettungsleitstelle bereits mit den Worten „Patient nicht ansprechbar, Atemstillstand“ – so das Zitat – angefordert. Die Szenerie besteht aus einem bereits erschöpften und mit Brechmitteln und Wasser vollgepumpten Menschen, an dem mit Magensonden und Venenkanülen herumhantiert wird. Zusammenbrüche werden ausschließlich für Simulation gehalten. Statt dann das grausame Spiel zu beenden, werden immer neue Versuche gemacht, Drogenkügelchen zu bergen, die, so eine jüngste Stellungnahme der Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft ver.di hier in Bremen, wenn überhaupt, allenfalls für eine Geldstrafe ausgereicht hätten. Bereits das heftige Wehren gegen die Magensonde und Brechmittelbehandlung hätte den sofortigen Abbruch der so genannten Exkorporation bedeuten müssen.

So verschlechtert sich der Gesundheitszustand des Betroffenen rapide, was immer noch kein Ende von Wasser über die Nase in den Magen, oder war es die Lunge, ein- und auspumpen bedeutet. Als schließlich der von der anwesenden Staatsmacht aus Beamten und Arzt des Beweissicherungsdienstes irritierte Notarzt eingreift und den Patienten retten will, ist es, wie wir heute wissen, zu spät. Im Krankenhaus wird über die Rettungsleitstelle der Feuerwehr ein Patient im „Zustand nach Ertrinken“ angemeldet. Der Betroffene fällt ins Koma, wird später für hirntot erklärt und stirbt eindeutig als Folge dieser Behandlung zur Beweissicherung im Bremer Polizeipräsidium.

(B) Der Präsident der Ärztekammer Bremen, der Arzt Dr. Klaus-Dieter Wurche, nimmt in dem in der nächsten Woche erscheinenden „Bremer Ärztejournale“ Nummer 02/05 für die Bremer Ärzteschaft Stellung zu diesem Fall. Bereits eine Uno-Resolution von 1982, eine Erklärung des Weltärztebundes von 1993, der Ärztekammer Bremen von 1996 und des Deutschen Ärztetages von 2002 sagen zusammengefasst, so der Ärztekammerpräsident Dr. Wurche: „Die Vergabe von Brechmitteln an verdächtige Drogendealer zum Zwecke der Beweissicherung ohne Zustimmung des Betroffenen ist ärztlich nicht zu vertreten.“ Das gewaltsame Einbringen von Brechmitteln mittels Magensonde stellt ein nicht unerheblich gesundheitliches Risiko dar. Diese Stellungnahmen, so der Ärztekammerpräsident in seinem Editorial zur Ärztezeitung, die nächste Woche erscheint, so Zitat mit Genehmigung der Präsidentin, „sind wiederholt den zuständigen Behörden bekannt gemacht worden“.

Wer den gewerkschaftlich orientierten Richtern und Staatsanwälten, wer den zahlreichen Professoren der Universitäten und Hochschulen, die sich ebenfalls mit einem Papier zu Wort gemeldet haben, wer auch dem Bremer Ärztekammerpräsidenten nicht traut, der traut vielleicht dem niedersächsischen CDU-Innenminister Schünemann, einem von Innenminister Röwekamp oft zitierten Vorbild. Innenminister Schünemann, CDU, Niedersachsen, antwor-

tet auf eine Anfrage der Grünen im Niedersächsischen Landtag im Oktober 2003, ich zitiere: „Die in Niedersachsen gültige Erlasslage sieht die zwangsweise Verabreichung von Brechmitteln via Magensonde wegen medizinischer Bedenken, die die Landesregierung teilt, eben gerade nicht vor.“ Ende des Zitats der Antwort von Innenminister Schünemann, CDU, aus dem Niedersächsischen Landtag!

Vielleicht hätten Sie sich bei den Kollegen in Niedersachsen, die Sie so oft als Vorbild zitieren, einmal ein wenig früher informieren sollen, wie man dort damit umgeht, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Brechmittel- und Wasserbehandlung des 27. Dezember ist aber nur ein Teil des Skandals, der Bremen weit über seine Grenzen hinaus geschadet hat. Erheblich vergrößert wurde der Schaden durch die Reaktion von Innenminister Röwekamp. Zunächst sprechen alle Fakten dafür, dass der gesamte Vorgang nach dem 27. Dezember komplett vertuscht werden sollte. Obwohl das Innenressort durch die Tagesmeldung der Polizei von Anfang an informiert war, wurden weder die Staatsanwaltschaft – immerhin war ja ein Mensch in staatlicher Obhut erheblich verletzt worden – noch die politisch zuständigen Gremien wie zum Beispiel die Innendeputation oder deren Sprecher oder die Öffentlichkeit informiert. Bei der Staatsanwaltschaft, was ich als zynisch angesichts eines Hirntods eines in einer Klinik liegenden Menschen bezeichnen würde, wurde lediglich ein Durchsuchungsbefehl für den Wohnraum des Betroffenen beantragt, aber keine Meldung über die schwere Gesundheitsschädigung in dieser Nacht abgegeben.

Die für staatsanwaltschaftliche Ermittlungen notwendigen Informationen wurden der Staatsanwaltschaft weder von dem ausführenden Arzt des Beweissicherungsdienstes noch von der Polizei noch vom Innenminister zur Verfügung gestellt. Wie kann jemand politisch verantwortlich für die Durchsetzung von Recht und Ordnung sein, der sich ebenso wie seine Behörde selbst noch nicht einmal an grundlegende rechtsstaatliche Regeln hält, meine Damen und Herren? Dieser Vertuschungsversuch wurde durch mehrere mutige Mitmenschen, die sich an Staatsanwaltschaft und Öffentlichkeit wandten, vereitelt. In Bremen werden sie dafür von einigen, auch von einigen Politikern, in die Pfanne gehauen. Woanders werden sie als so genannte Whistle-Blowers, als mutige Aufklärer geachtet und geschützt, so zum Beispiel in den USA und auch in der EU.

Hatte ich für den Versuch, einen so gravierenden Vorgang zu vertuschen, schon keinerlei Verständnis, so haben die Fernsehauftritte von Herrn Senator Röwekamp nicht nur bei mir, sondern auch bei sehr vielen anderen Menschen das blanke Entsetzen ausgelöst. Wie unsensibel, wie völlig auf dem

(C)

(D)

- (A) falschen Dampfer kann ein Politiker sein, der einen im Sterben liegenden Menschen – ob tatverdächtig oder nicht, spielt in dem Fall ja wohl keine Rolle – eiskalt und zynisch zu eigener Profilierung benutzt? Wie kann ein Politiker ohne Ausdruck des Bedauerns nur seinem Machtinstinkt in Richtung Wählerstimmen und CDU-internem Gerangel um die Führungsposition folgen und im Fernsehen alle Schuld an diesem Vorgang auf den Sterbenden abschieben?

(Unruhe bei der CDU)

Wie kann er, ohne sich ordentlich zu informieren, das wäre das Mindeste, denke ich, ohne innezuhalten und nachzudenken, amateurhaft und ungeschickt das Ansehen Bremens derart beschädigen, und dies auch noch, nachdem ihm am 5. Januar die notwendigen Informationen vorgelegen haben?

Lassen Sie uns über Werte sprechen, habe ich am Anfang dieser Debatte gesagt. Wer als politisch Verantwortlicher so auf eine Krisensituation, und das war sie unbestreitbar, reagiert, der verkörpert keine bremischen Werte von hanseatischem Anstand und Zurückhaltung, und es ist die große Frage, ob er charakterlich für ein so schwieriges und anspruchsvolles Amt geeignet ist, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Aber der Innensenator muss sich auch zuschreiben lassen, dass er die Öffentlichkeit teilweise auch noch Tage nach den Veröffentlichungen des Notarztes falsch informiert hat. Erstens hat Innensenator Röwekamp mehrfach behauptet, in Bremen seien an die 1000 Fälle von Brechmittelvergabe völlig ohne Komplikationen verlaufen. Was unsereinem einfach gelingt, nämlich mit Ärzten zu sprechen, die Menschen nach dieser Brechmittelvergabe behandelt haben, da gibt es in Bremen einige, hätten auch der Innensenator und seine Mitarbeiter tun können, nämlich sich ordentlich zu informieren. Es hätte aber auch gereicht, die Informationen in der Öffentlichkeit wie zum Beispiel Berichte im „Weser-Kurier“ von 1996, als sich ein Arzt in einer vergleichbaren Situation an den damaligen Innensenator Borttscheller wandte, einfach zur Kenntnis zu nehmen. Dann hätte von 1000 Fällen ohne Komplikationen auf gar keinen Fall mehr die Rede sein können.

Er hat zweitens den Tathergang und die Schuldfrage grob fahrlässig in ihr Gegenteil verkehrt, indem er einen bekannten, aber deswegen nicht besseren Versuch der Entlastungsstrategie wählte, der Betroffene sei selbst Schuld, habe die Drogenkügelchen zerbissen und sich dabei selbst vergiftet. Bei der Leitstelle der Senator Röwekamp unterstehenden Feuerwehr wurde deutlich ein Patient im „Zustand nach Ertrinken“ angemeldet und auch aufgezichnet. Auch die behandelnden Ärzte im Krankenhaus hätten der Staatsanwaltschaft, die dazu berech-

tigt wäre, wenn sie denn vom Innenressort rechtzeitig eingeschaltet worden wäre, die tatsächlichen medizinischen Befunde, die die Theorie vom Selbstverschulden widerlegt hätten, sicher gern mitgeteilt.

Drittens ist ein amtierender Innensenator einer christlichen Partei ins Fernsehen gegangen und hat einen im Krankenhaus liegenden hirntoten Patienten als auf dem Wege der Besserung befindlich bezeichnet und gesagt, er sei ganz sicher, „dass dieser nicht sterben werde“. Hierzu erübrigt sich jeder Kommentar.

Viertens suggerierte der Innensenator am 7. Januar 2005 noch im „Weser-Kurier“, der Einsatz vom 27. Dezember sei von einem Richter oder Staatsanwalt angeordnet worden, und er versucht, die politische Verantwortung komplett an das Justizressort abzuschieben. Er weiß zu diesem Zeitpunkt ganz genau, dass weder in diesem Fall des 27. Dezember noch in irgendeinem anderen Fall eine richterliche Anordnung eingeholt oder erteilt wurde, sondern dass die Polizeibeamten ganz selbstverständlich bei Gefahr im Verzug, wie es heißt, ohne Einschaltung der Justiz in eigener Verantwortung agieren. Besonders problematisch bei dem Versuch, die eigene politische Verantwortung auf das Justizressort abzuwälzen, ist die Tatsache, dass das Innenressort die Staatsanwaltschaft nach dem 27. Dezember über das wahre Ausmaß der Folgen dieser Brechmittelvergabe im Dunkeln gelassen hatte, um hinterher dann die Verantwortung nach dort abzuschieben.

Wem angesichts von bremischer Nähe und großkoalitionärer Nächstenliebe all dies für einen längst überfälligen Ministerrücktritt nicht reicht, sondern höchstens für eine gelbe Karte, der muss zwingend die rote Karte ziehen, wenn sich ein Senator via Fernsehen außerhalb der für uns alle geltenden Rechtsordnungen stellt und verkündet: „Schwerstkriminelle, die solche schweren Straftaten begehen, müssen mit körperlichen Nachteilen rechnen.“ Als Jurist und erfahrener Anwalt, aber auch als Rechts- und Innenpolitiker mit Erfahrung kennt Herr Röwekamp das Grundgesetz mit seinem Recht auf körperliche Unversehrtheit für jedermann, auch für Tatverdächtige.

Er kennt auch den Paragraphen 81 a der Strafprozessordnung ganz genau. Eingriffe bei Tatverdächtigen zu Untersuchungszwecken sind nur zulässig, wenn kein Nachteil für deren Gesundheit zu befürchten ist. Dies ist keine juristische Spitzfindigkeit oder etwa ein Randaspekt unserer Gesellschaft. Diese Bestimmung ist Teil des demokratischen Nachkriegskonsenses, Teil unserer demokratischen Grundordnung zur Abwehr von Staatswillkür, Folter und Machtmissbrauch, nichts weniger ist diese Bestimmung, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie eingangs erwähnt, ist auch die Vorbildfunktion nicht zu unterschätzen, die ein Innensenator für

(C)

(D)

(A) seine Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten hat. Hier steht doch der Ausbildungsinhalt Strafprozessordnung in der Polizeiausbildung eindeutig gegen das Senatorenwort. In derartige Konflikte darf ein Dienstherr seine wichtigsten Mitarbeiter einfach nicht bringen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch ein Wort zu dem vom Innensenator für Verkäufer auch kleinerer Mengen von Betäubungsmitteln ständig verwendeten Begriff der Schwerestrafkriminalen sagen! Kollege Herderhorst ist in der Debatte 2001 so weit gegangen, sie als Mörder zu bezeichnen. Strafrechtlich macht weder dies noch irgendetwas anderes, was in diesem Zusammenhang gesagt worden ist, Sinn. Das Strafgesetzbuch, Grundlage staatlicher Sanktionen, ordnet den Kleinhandel mit Drogen bei unteren oder allenfalls mittleren Vergehen ein. So schlimm es in der Tat für die Betroffenen ist, das ist das Strafgesetzbuch! Es belegt diese Einschätzung durch den geringen vorgesehenen Strafraum.

Das Strafgesetzbuch, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ist aber keine grüne oder rote Erfindung. Es galt in dieser Form, so wie es darin steht, auch in den 16 Jahren der Kohl-Ära, es gilt in ganz Deutschland, und es ist auch für Sie verbindlich. Wenn Sie es ändern wollen, weil Sie damit nicht zufrieden sind, dann bringen Sie einen entsprechenden Antrag in den Bundestag oder Bundesrat ein. Das wäre der richtige Ort, wenn Sie meinen, dass das Strafgesetzbuch an dieser Stelle falsch ist oder geändert werden müsste, meine Damen und Herren!

(B) Überhaupt überraschen Senator Röwekamp und die CDU mit einem eigenartigen Verständnis des wahrlich großen Drogenproblems in unserer Gesellschaft. Das ist ein für mich überhaupt nicht mehr nachzuvollziehender Punkt, meine Damen und Herren! Innensenator Röwekamp und die CDU schieben alle Schuld am Drogenhandel komplett den Verkäufern und hier besonders denjenigen im Kleinhandel auf der Straße zu.

(Abg. Herderhorst [CDU]: Das ist dummes Zeug! Das hält man nicht aus!)

Hören Sie sich das Zitat an, Herr Herderhorst! Im Interview mit „Buten un binnen“ am 5. Januar 2005 sagte Herr Röwekamp – Zitat –: „Menschen, die gewerbmäßigen Drogenhandel betreiben, die das Opfer, die zahlreichen Opfer in der Bevölkerung hinter sich lassen, indem sie ihnen Drogen verabreichen.“ Bisher hatte ich zwar von der Zwangsverabreichung von Brechmitteln gehört, aber von einer Zwangsverabreichung von Kokain an Konsumenten hatte ich noch nie gehört, meine Damen und Herren! Wo leben Sie eigentlich in dieser Gesellschaft,

(Abg. Tittmann [DVU]: Das sage ich Ihnen gleich!)

das Sie glauben, dass es hier eine Zwangsverabreichung von Kokain an Konsumenten gäbe! Es ist doch vor allen Dingen auch die Nachfrage nach diesen Betäubungsmitteln, nach diesen schrecklichen Drogen, die das ganze Geschäft in einer weltweiten Kette von Not, Elend, Verbrechen und Kriminalität in Gang hält. Gäbe es diese Nachfrage nicht, würde es doch weltweit weder Drogenanbau noch Drogenhandel geben, meine Damen und Herren!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Fall von Kokain, und hier handelt es sich um Kokain, sind dies ausweislich aller einschlägigen Studien in nicht unerheblichem Maße gutbürgerliche und so genannte besser verdienende Kreise, die diese Nachfrage – –. Sie schütteln mit dem Kopf! Es gibt keine Studie, die sich mit dem Kokainkonsum beschäftigt, die nicht zu diesem Ergebnis kommt, sehr geehrte Frau Winther, und auch Sie werden keine finden!

Allerdings kommen diese Kreise, die dieses Zeug bestellen, in den Betrachtungen der CDU seltsamerweise nicht vor. Bei Ihnen ist es der afrikanische Kleindealer, der das Drogengeschäft in Gang setzt, und unbeteiligt scheint zu sein, denn Sie sprechen nicht darüber, dass die finanzkräftige meist einheimische Oberschicht, die sich ihren Kick auf Partys oder bei beruflicher Beanspruchung durch dieses weiße Pulver holt, den gesamten Mechanismus des Drogenhandels überhaupt erst in Gang setzt.

(D)

(Unruhe bei der CDU)

Ihre Reaktion zeigt, dass Sie sich offensichtlich mit diesem Thema noch nie ernsthaft beschäftigt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Drogenforschungszentrum der Universität Frankfurt sagt zu diesem Thema in einer Studie von 2002, das sind nun die besten Experten, die es auf diesem Gebiet gibt, ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin: „Verstärkt wird auf die höherwertige natürliche Droge Kokain zurückgegriffen, nicht zuletzt auch deshalb, weil die mit höherem Lebensalter zunehmenden einhergehenden besseren Lebensverhältnisse den Erwerb des deutlich teureren Stimulanzmittels Kokain erlauben. Nicht selten spielt auch das Image der Droge als Statussymbol bei einem Teil der Konsumenten eine Rolle.“

Diese Studie ist überschrieben mit der Überschrift „Der Konsum von Kokain in gutbürgerlichen Kreisen in der Bundesrepublik Deutschland“. Wir sollten sie lesen und vielleicht ein wenig mehr über diese Geschichte nachdenken. Das zeigen Ihre Reaktionen.

Vielleicht ist es an der einen oder anderen Stelle ja doch ein unterschwelliger Rassismus, der dazu

(A) führt, dass afrikanische Drogenhändler mit Magensonden und Brechmitteln traktiert werden und die feine Gesellschaft, die das Zeug in Auftrag gegeben hat, noch nicht einmal eine Erwähnung in diesen Stellungnahmen findet, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Herderhorst, Sie haben es in der Debatte von 2001 gesagt, diese Mörder verdienen keine mädchenhafte Behandlung, so war das Zitat. Die Junge Union legte am 11. Januar dieses Jahres noch einmal wider besseres Wissen nach, es gebe nach Aussagen von Fachleuten keine ernsthaften Alternativen zu diesem Verfahren der Brechmittelvergabe. Die Forderung der SPD-Bürgerschaftsfraktion nach dem Abschied von den Brechmitteln sei scheinheilig und populistisch. Komischerweise unterschreibt die Mutterpartei heute einen Antrag und bringt ihn hier ein, in dem genau das gefordert wird. Das müssen Sie erst einmal da draußen jemandem erklären, wie Sie das zusammenbringen. Scheinheilig und populistisch sei also die Abkehr vom Brechmittel.

(Abg. Pietrzok [SPD]: Mein Gott, wer ist schon die Junge Union!)

(B) Da stimme ich Ihnen zu, Kollege Pietrzok! Allerdings haben wir es oft so, dass wir die Stimme der Mutterpartei auch durch die Jugendorganisationen der Parteien hören, jedenfalls dann, wenn man genau hinhört.

Scheinheilig und populistisch sagt die Junge Union. Populismus allerersten Wassers war es jedenfalls von Innensenator Röwekamp, die bei emotionalisierten Bürgern vielleicht noch verständlichen Reaktionen auf diesen Vorgang eins zu eins in senatorische Statements zu übersetzen, ohne die große Verantwortung des Amtes, ohne die Pflichten des hier in diesem Hause geleisteten Amtseides auch nur ansatzweise zu erfüllen. Ich möchte einige dieser Stellungnahmen ausdrücklich hier an dieser Stelle, obwohl sie mir inhaltlich nicht gefallen, wie sie in den Leserbriefen, in den vielen Zuschriften, die wir erhalten haben, enthalten sind, ausdrücklich in Schutz nehmen unter dem ebenfalls ganz wichtigen Grundrecht der Meinungsfreiheit. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, emotionalisiert oder rational sich in der einen oder anderen Weise so zu äußern, wie sie es tun. Der Innensenator hat nicht das Recht, mit der gleichen Emotionalität ins Fernsehen zu gehen und ohne nachzudenken genau mit diesen Positionen eins zu eins Politik zu machen, sondern er muss vorher noch einmal nachdenken und muss seine Verantwortung in diesem Lande wahrnehmen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C) Die einzig nachvollziehbare Konsequenz aus diesen Vorgängen ist die in den beiden Anträgen der Grünen, die heute hier vorliegen, aufgezeigte: das zwangsweise Einflößen von Brechmittel dauerhaft und nicht nur wie bei der Koalition für sechs Monate einzustellen, praktikable Alternativen zu finden, die einen ganz klaren Vorgang der Beweissicherung auch in Zukunft sicherstellen, den wir dringend benötigen, und diesem Senator das Vertrauen dieses Hauses zu entziehen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ein wenig erschüttert über das, was Sie, Herr Güldner, gerade im letzten Teil Ihrer Rede zu Ihrem Verhältnis zu Ursache und Wirkung dargelegt haben.

(Beifall bei der CDU)

(D) Ich kann nachvollziehen, wenn Sie aus oppositioneller Sicht den Innensenator politisch angreifen. Ich kann nachvollziehen, dass Sie bei gewissen Tathergängen, die Sie hier als objektiv darlegen, die aber, wenn man sich die unterschiedlichen Aussagen vor Augen führt, als sehr zweifelhaft dastehen, politische Verantwortung definieren und in Anspruch nehmen, das ist Ihr Recht, das ist Ihre Aufgabe. Ich habe aber kein Verständnis dafür, dass Sie hier Täter zu Opfern machen,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Beides Täter!)

dass Sie versuchen, ein gesellschaftliches Problem auf eine kleine Gruppe herunterzubrechen, und sagen, dass diejenigen, die kaufen, die eigentlich Verantwortlichen an dieser Situation sind. Meine Damen und Herren, hier kommt Ihr völlig ungeklärtes Verhältnis zur Legalisierung von Drogen und deren Verfolgung klar zum Ausdruck, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir hatten, meine Damen und Herren, in den vergangenen zwei Wochen schwierige Tage, das ist, glaube ich, unbestritten, zunächst der von uns allen bedauerte Tod eines in staatlicher Obhut umgekommenen Menschen, aber dann sicherlich auch für den Innensenator, für den das keine einfache Situation war, aber auch insgesamt für die Koalition, für die die Situation, ich glaube, darüber kann man ganz offen und ehrlich sprechen, eine Belastungsprobe war.

- (A) Ich denke, dass sich die Koalition hier als handlungsfähig erwiesen hat, dass man aufeinander zugegangen ist, dass man sich hier geeinigt hat. Ich finde, das muss an dieser Stelle auch gesagt werden.
- Lassen Sie mich daher vorab noch einmal eine grundsätzliche Bemerkung machen, weil ich glaube, dass das in diesem Zusammenhang sehr wichtig ist, eine grundsätzliche Bemerkung zumindest, deren zweiten Teil ich durch den letzten Redebeitrag von Herrn Dr. Güldner zu meinem Bedauern nicht als Konsens in diesem Hause sehe! Die CDU-Fraktion bedauert den Tod von Herrn Conde, der in staatlicher Obhut ums Leben gekommen ist. Jeder Fall, in dem ein Mensch in staatlicher Obhut zu Schaden kommt, muss vorbehaltlos aufgeklärt werden. Aus den Ergebnissen der Untersuchungen müssen die erforderlichen Konsequenzen ohne Wenn und Aber gezogen werden. Dazu haben wir uns verabredet, und dies ist, meine Damen und Herren, selbstverständlich völlig unstrittig.
- Eines sollte dabei aber auch klar sein, das darf und kann kein Gegensatz sein: Die effektive Strafverfolgung von Drogenkriminalität muss auch weiterhin im Lande Bremen sichergestellt werden. Das Gleiche gilt für die Beweissicherung. Hier kann und darf es keine Abstriche geben. Vor diesem Hintergrund sind der Misstrauensantrag und die Bewertung des Vorgangs zu sehen.
- (B) Lassen Sie mich daher ganz objektiv die uns zur Verfügung stehenden Tatsachen einmal rekonstruieren! Am 27. Dezember 2004 kurz nach Mitternacht wurde der Verdächtige am Sielwall überprüft und festgenommen, weil der Verdacht des gewerbsmäßigen Drogenhandels bestand. Durch die Beamten wurde eine Exkorporation, sprich ein Brechmitteleinsatz, angeordnet. Im Polizeigewahrsam in der Vahr wurde dann die Exkorporation durch einen Arzt des Ärztlichen Beweissicherungsdienstes vorgenommen. Weil eine freiwillige Einnahme des hierfür erforderlichen Brechmittels durch den mutmaßlichen Drogendealer nicht möglich war, wurde eine zwangsweise Verabreichung durchgeführt. Bei der Maßnahme im Polizeigewahrsam wurden drei Drogenkugeln festgestellt, später in der Klinik vier weitere.
- Diese Exkorporation wird in Bremen gemäß einer Verfügung des leitenden Oberstaatsanwaltes in der Fassung vom 3. März 1995 als prozessuale Maßnahme nach Paragraph 81 a der Strafprozessordnung seit 1992, also seit Ampelzeiten, durchgeführt. Das Oberlandesgericht hat in seinen Entscheidungen aus den Jahren 1996 und 2000 diese für rechtens und, das ist das entscheidende Wort, für verhältnismäßig erklärt.
- Es handelt sich dabei auch nicht um ein Verfahren mit parteipolitischer Prägung, wie Sie hier suggerieren. Wie in Bremen wurde und wird auch in Hamburg unter Rotgrün und in Berlin unter Rotrot gehandelt. Nach zwölf Jahren des Einsatzes des Brechmittels zur Beweissicherung ist es bei über tausend Anwendungen bisher zu keinen ernsthaften oder schwerwiegenden Folgen gekommen. Im Jahr 2003 waren in zirka 80 Prozent der Fälle auch Drogen gefunden worden. Das heißt, dass in 80 von 100 Brechmitteleinsätzen erfolgreich Drogenkriminalität bekämpft wurde. Nur in wenigen Einzelfällen wurde das Brechmittel nicht freiwillig genommen. Im Jahr 2004 war bei 97 Exkorporationen nur in vier Fällen eine zwangsweise Verabreichung erforderlich. Den Dealern ist klar gewesen, dass es keinen Sinn macht, das Mittel zu verweigern.
- (C) Lassen Sie es mich noch einmal deutlich sagen: Es gab sowohl eine rechtliche Grundlage als auch einen politischen Konsens der Verantwortlichen in Bremen, zur Beweissicherung den Brechmitteleinsatz auch unter Anwendung von Zwang durchzuführen. Alle Verantwortlichen haben dies gewusst und auch mitgetragen.
- Dass die Grünen in diesem Zusammenhang von rechtsstaatlich problematischen Verfahren sprechen beziehungsweise dem Innensenator vorwerfen, er würde nach eigenem Gutdünken Menschen bestrafen, wie von Ihnen in der „Buten und binnen“-Sendung am Montag, Frau Linnert, ist nicht nur abenteuerlich, sondern auch Ausdruck Ihrer eigenen Enttäuschung, dass Ihr Misstrauensantrag keinen Erfolg haben wird. Das war von Ihren Augen auch abzulesen.
- (D) Ich komme zurück auf das Verfahren am 27. Dezember. In dem betreffenden Fall wurde durch den Ausfall eines Untersuchungsgerätes die Exkorporation unterbrochen und ein Notarzt angefordert. Erst nach einer Untersuchung des Verdächtigen und als keine – und das ist auch wichtig! – ärztlichen Bedenken vorgebracht worden sind, auch nicht von dem Notarzt, wurde die Maßnahme fortgesetzt. Als sich plötzlich der Vitalzustand des Verdächtigen massiv verschlechterte, wurde die Maßnahme erneut abgebrochen, wurden lebenserhaltende Maßnahmen durchgeführt, und er wurde nach seiner Stabilisierung in das Krankenhaus St.-Joseph-Stift auf die Intensivstation eingeliefert, auf der Herr Conde bedauerlicherweise am 7. Januar verstarb. Der Notarzt vermerkte in seiner Diagnose des Einlieferungsscheins „Ertrinken“. Soweit der Hergang am 27. Dezember, der im Wesentlichen unbestritten ist!
- Es gibt unterschiedliche Einlassungen des Notarztes, des Arztes des Ärztlichen Beweissicherungsdienstes sowie der Polizeibeamten und der Rettungsassistenten, die bei der Exkorporation anwesend waren, auf die ich später noch einmal zu sprechen komme. Der Vorgang wurde dann als so genannte WEMeldung, als wichtiges Ereignis, am 28. Dezember von der Polizei an den Senator für Inneres weitergeleitet ohne Kenntnis der Angaben des Notarztes, die von den Schilderungen der Beamten in einigen wesentlichen Punkten abwichen.
- Der Notarzt hat wiederum entgegen seinen Anweisungen seine Sachverhaltsschilderung nicht an

(A) den Träger der Maßnahme weitergegeben, sondern eine Woche später am 3. Januar über einen Anwalt bei der Staatsanwaltschaft seine Schilderung angezeigt, worauf die Staatsanwaltschaft am 4. Januar ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat und hier von das Ressort des Innensensors am 4. Januar gegen 17.45 Uhr informierte. Eine entsprechende Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft erfolgte gegen 18.45 Uhr.

Lassen Sie mich bemerken, dass die Polizeibeamten selbst noch in der Nacht vom 27. auf den 28. Dezember Anzeige gegen den mutmaßlichen Drogendealer gestellt haben, somit hier auch ihre Pflichten mit der Sachverhaltsschilderung dargestellt haben!

Senator Thomas Röwekamp hat aufgrund einer Anfrage von Radio Bremen am 4. Januar gegen 17.30 Uhr ein Interview über diesen Vorgang gegeben. Ihm lagen ausschließlich die Schilderungen und Berichte der Beamten über den Vorgang am 27. Dezember vor, aus denen weder die Schilderungen des Notarztes zu entnehmen waren noch ein Hinweis über den kritischen Zustand des mutmaßlichen Drogendealers. Innensenator Thomas Röwekamp schilderte in diesem Interview unter Hinweis der polizeilichen Erkenntnislage den Vorgang, worauf er auch ausdrücklich hinwies. Die Bereitschaft zu diesem Interview erfolgte in Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse und dem Abschluss des Verfahrens. Über den kritischen Zustand, nämlich dass zum Zeitpunkt des Interviews der Verdächtige bereits hirtot war, lag dem Innensenator keine Information vor. Der Filmbeitrag war zu diesem Zeitpunkt auch noch nicht fertig, ihm deshalb jetzt einen Vorwurf zu machen ist scheinheilig. Auch entsprechende Anfragen der Polizei und des Ressorts im Krankenhaus wurden mit dem Hinweis auf die ärztliche Schweigepflicht zurückgewiesen.

(B) Als Reaktion auf das Interview des Innensensors ließ der Notarzt am 5. Januar, einen Tag nach dem Interview des Innensensors, über seinen Rechtsanwalt ein Gedächtnisprotokoll über den Vorgang an die Medien verbreiten. Auch zum jetzigen Zeitpunkt hielt der Notarzt es nicht für notwendig, seine Schilderung an den Senator für Inneres weiterzuleiten, obwohl es eine Dienstanweisung und -verpflichtung hierzu gegeben hat. Erst über eine Weitergabe der Medien erhielt der Senator für Inneres am 5. Januar über die Schilderung des Notarztes Kenntnis. Ob hier in unzulässiger Weise oder darüber hinaus vertrauliche Daten durch den Notarzt weitergegeben worden sind, müssen andere prüfen.

Am 5. Januar erfolgte dann ein weiteres Interview des Innensensors auf Anfrage von „Buten un binnen“ mit der Darstellung der unterschiedlichen Schilderungen. Es wurde in dem Interview vom Innensenator dargestellt, dass offensichtlich unterschiedliche Sachverhaltsschilderungen vorliegen und dass hier eine lückenlose Aufklärung zu erfol-

gen hat. Darüber hinaus hat Thomas Röwekamp unmittelbar nach der Kenntnis des Gedächtnisprotokolls des Notarztes den Senator für Justiz gebeten, bis zum Abschluss der Untersuchung über den Vorfall die zwangsweise Vergabe des Brechmittels auszusetzen.

Die Schilderung dieses Ablaufs macht deutlich, dass der Innensenator hier ernsthaft, seriös und keinesfalls, wie Sie es unterstellen, populistisch den Sachverhalt ausgenutzt hat, sondern dass er entsprechend den Vorgaben, entsprechend der Kenntnis hier gehandelt hat und dass der Vorwurf rechtspopulistisch oder wie auch immer Sie ihn erhoben haben, Herr Dr. Güldner, schlichtweg nicht haltbar ist.

(Beifall bei der CDU)

Die Grünen haben nach dem Fernsehbericht daraufhin unverzüglich am 6. Januar einen Skandal gewittert

(Abg. Frau S c h ö n [Bündnis 90/Die Grünen]: Was denn sonst, wenn keinen Skandal?)

und dem Innensenator einen umfangreichen Fragenkatalog zugesandt. Die Einlassung und Bewertung von Herrn Dr. Güldner haben sich zu diesem Zeitpunkt, aber auch in den Tagen danach allein auf die Schilderungen des Notarztes gestützt. Hier nutzen die Grünen meiner Auffassung nach, und ich glaube, auch nach der Auffassung vieler anderer, ungesicherte Informationen. Sie machen genau das, was Sie dem Innensenator vorwerfen.

Begriffe wie Folter, Lüge, Unrechtsstaat et cetera machten die Runde. Herr Dr. Güldner, Sie sagten in einer Pressemitteilung, ich zitiere: „Es deutet vieles darauf hin, dass der Senator über diesen Vorfall die Unwahrheit verbreitet hat,

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

als er die Geschichte vom zerbissenen Drogenpäckchen erzählte. Offensichtlich sollten hier die beteiligten Polizisten und Gerichtsmediziner noch geschützt werden, anstatt zur Verantwortung gezogen zu werden.“

Senator Röwekamp wurden damit bewusst Falschinformationen der Öffentlichkeit vorgeworfen. Dies, auch das ist deutlich geworden, geht genau an der Realität vorbei. Das Gegenteil ist richtig. Thomas Röwekamp hat immer nach dem aktuellen Erkenntnisstand informiert. Der Innensenator hat dann in der darauf folgenden Woche auf der Sitzung der Deputation für Inneres einen sehr ausführlichen Bericht vorlegt, mündlich den Sachverhalt geschildert und ist auf alle Fragen eingegangen. Dies wurde auch von Seiten der SPD durch den innenpoliti-

(C)

(D)

(A) schen Sprecher Hermann Kleen bestätigt, der in seiner Pressemitteilung vom gleichen Tag erklärte, dass Thomas Röwekamp die offenen Fragen beantwortet habe, aber die Fragen, die aus den unterschiedlichen Schilderungen der Beteiligten auftauchten, geklärt werden müssten, zum Beispiel, wie die unterschiedlichen Schilderungen der Beteiligten zusammenpassen. Wir können später gern noch auf Einzelheiten eingehen.

Hier, meine Damen und Herren, muss die Staatsanwaltschaft eine Klärung des Sachverhaltes herbeiführen, ebenso wie die Todesursache abschließend noch geklärt werden muss. Im vorläufigen Obduktionsbericht tauchen die Gewalteinwirkungen, zumindest wie sie der Notarzt geschildert hat, nicht auf. Toxikologische und feingewebliche Untersuchungen müssen jedoch die genaue Aufklärung ergeben. Dies kann leider, das sage ich an dieser Stelle, noch einige Wochen andauern.

(B) Herrn Dr. Güldner hat dies alles nicht interessiert. Noch während der Deputationssitzung am 12. Januar, noch während der Erörterung des Sachverhaltes verließ er die Deputationssitzung. Er hat nach Schilderung der Beteiligten auch nicht besonders neugierig nachgefragt, entgegen seinen sonstigen Gepflogenheiten. Er hatte es eilig, um zu einer anberaumten Pressekonferenz zu gehen. Hier präsentierte er das Ergebnis seiner Überlegung, die offensichtlich wohl schon vorher festgestanden haben muss: Erstens, die Fragen seien nicht beantwortet worden, und zweitens, die Grünen würden einen Misstrauensantrag gegen Thomas Röwekamp einbringen. Durchsichtiger und fahrlässiger, meine Damen und Herren, ist selten mit einem solchen, bedauerlichen Sachverhalt von Seiten der Opposition umgegangen worden.

(Beifall bei der CDU)

Der Einsatz von Brechmitteln wurde zuletzt in der Bürgerschaft am 11. Dezember 2001 diskutiert. Ich verzichte jetzt darauf, auf die Äußerungen vom Kollegen Hermann Kleen zurückzukommen, Herr Dr. Güldner hat das schon getan. Es ist durch diese Äußerung deutlich geworden, dass auf die Androhung, eventuell Zwang anzuwenden, aus guten Gründen nicht verzichtet werden konnte. Diese Maßnahmen sind auch unter der Verhältnismäßigkeit damals und auch in den Jahren zuvor als diejenigen mit dem geringsten Eingriff in die persönlichen Freiheiten verstanden worden. Weder eine mehrtägige Inge-wahrsamnahme noch das mehrtägige Verweilen von Drogenkugeln mit den ebenfalls damit verbundenen Gesundheitsrisiken für den Verdächtigen sind in der Abwägung und auch in der Rechtsprechung des OLG Bremen als nicht verhältnismäßig angesehen worden.

Bremen, und auch da versuchen Sie wieder, hier einen verkehrten Eindruck zu erwecken, ist tatsäch-

lich in der ungewöhnlichen Situation, dass die Drogendealer die Verkaufsverpackungen verschlucken. Bremen ist in der Drogenszene sehr stark von Schwarzafrikanern dominiert. Diese Szene hat leider auch als negative Eigenschaft, dass sie die Drogenkugeln verschlucken. Das machen andere Gruppen, die gewerbsmäßig mit Drogen handeln, nicht, das ist ein typisches Symptom der Schwarzafrikaner. Diese Szene ist in Hamburg, in Bremen und auch in Berlin sehr stark ausgeprägt. Von daher stellt sich das Problem in anderen Städten in dem Sinne auch so nicht, weil in anderen Städten Drogenkugeln nicht verschluckt werden. Deshalb sind an dieser Stelle auch die Fallzahlen erheblich niedriger. Dass Sie dann aus dieser Tatsache, Herr Dr. Güldner, den Vorwurf des Rassismus herbeireden, ist schon mehr als abenteuerlich.

(Beifall bei der CDU)

Die Fallzahlen in anderen Städten zeigen diese Unterschiede auch deutlich. In Berlin gab es im Jahr 2003 auf 100 000 Einwohner 397 Rauschgiftdelikte, in Köln 565 Rauschgiftdelikte, in München waren es 401, in der Stadtgemeinde Bremen waren es 580 Drogendelikte auf 100 000 Einwohner. Dies macht, meine Damen und Herren, die Dimension deutlich.

(D) Wir haben uns nun am vergangenen Sonntag auf eine veränderte Praxis zur effektiven Sicherstellung von Beweismitteln geeinigt. Danach wird entsprechend des bayerischen Verfahrens der Tatverdächtige vor die Wahl gestellt, ob er entweder freiwillig das Brechmittel einnimmt oder in Haft beziehungsweise gemäß Paragraph 81 a Strafprozessordnung für eine Beweissicherungsmaßnahme vier Tage in der Justizvollzugsanstalt Oslebshausen untergebracht wird. Dort werden dann unter ständiger Videoüberwachung und Spezialtoilette die Drogen beziehungsweise die Beweismittel auf dem natürlichen Wege sichergestellt. Es ist fest vereinbart, dass wir nach einem Zeitraum von sechs Monaten hier die Erfahrungen auswerten und, wenn erforderlich, gegebenenfalls Anpassungen vornehmen. Wir sind davon überzeugt, dass mit dieser Lösung ein wirkungsvolles Instrument besteht, effektiv und zum Schutz der Bürger die Strafverfolgung und die Beweissicherung in Bremen durchzuführen.

Lassen Sie mich vor dem Hintergrund der Würdigung der Fakten zu folgenden Ergebnissen kommen! Erstens: Dem Innensenator kann in der Öffentlichkeitsdarstellung kein Vorwurf gemacht werden. Der zeitliche Ablauf der Ereignisse macht deutlich, der Innensenator hat die Öffentlichkeit nicht bewusst oder wissentlich falsch informiert. Die gegebenen Informationen entsprachen zu jeder Zeit der Informationslage des Ressorts.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau St a h - m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das glauben Sie ja wohl selbst nicht!)

(A) Zweitens: An der charakterlichen Eignung des Innensenators gibt es keinerlei Zweifel. Die Vorwürfe mangelnder Betroffenheit sind durch das Verhalten von Herrn Röwekamp selbst während der Deputationsitzung am 12. Januar und durch öffentliche Stellungnahmen vorher und danach widerlegt worden. Herr Röwekamp übt sein Amt gewissenhaft und mit der gebotenen Ernsthaftigkeit eines Innensenators aus.

(Beifall bei der CDU)

Drittens: Die Vergabe von Brechmitteln im Zuge von Ermittlungsverfahren gegen Schwerstkriminalität hat sich immer auf gesetzlicher Grundlage und im Konsens zwischen den Ressorts und der Koalitionspartner bewegt. Hier wurde keine Grauzone genutzt oder geschaffen.

Viertens: Insgesamt ist Ihr Misstrauensantrag unbegründet, politisch fadenscheinig und in hohem Maße durchsichtig.

(Beifall bei der CDU)

Es kommt Ihr unklares Verhältnis zur Bekämpfung von Drogen und der konsequenten Verfolgung zum Ausdruck. Wir werden daher ihren Misstrauensantrag geschlossen ablehnen.

(B) Meine Damen und Herren, lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen und noch ein, zwei Worte zur Situation der Koalition zu sagen! Ich hatte es einleitend erwähnt: Sie befand sich in den letzten Tagen sicherlich unter einer Bewährungsprobe. Ich möchte feststellen, dass wir, glaube ich, im Interesse aller diese Bewährungsprobe sehr konstruktiv, sehr ernsthaft und zielführend auch bestanden haben.

Es ist viel über den Erfolg und Misserfolg, angeblichen Misserfolg der großen Koalition geredet worden. Sicherlich ist ein Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2005 vorzulegen, nicht erfüllt worden. Wenn man sich aber die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorlegt, dann gibt es hierfür auch gute Gründe, und nur noch die wenigsten Bundesländer werden im Jahr 2005 einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen.

(Abg. Frau S c h ö n [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben also alles richtig gemacht, nicht?)

Von daher glaube ich, dass sich die Koalition hier als handlungsfähig erwiesen hat, dass wir uns im Sinne und unter Würdigung der zahlreichen Erfolge, die es in den vergangenen Jahren gegeben hat und sicherlich auch in der Zukunft geben wird, auf einem gutem Wege befinden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Böhrnsen. (C)

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin schon bei dem ersten Satz der Rede von Herrn Dr. Gülder zusammengesackt. Dass ein Grüner diese Debatte beginnt mit dem Satz: „Präsident Bush hat Recht!“, das deutet für mich darauf hin, dass bei einigen Grünen das politische Koordinatensystem heftig verrutscht sein muss, was man ja auch an anderen Punkten sieht.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Koalition hat immer Recht, Herr Bush manchmal!)

Übrigens, Herr Dr. Güldner, ich möchte die Wertedebatte nicht in dem Sinne führen, wie Präsident Bush es vorhat. Das will ich Ihnen deutlich sagen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich bin auch bei einem weiteren Punkt im Verlauf Ihrer Rede zusammengesackt.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Sagen Sie einfach Ihre Meinung!)

(D) Die lasse ich mir von Ihnen sowieso nicht vorschreiben! Herr Dr. Güldner, so oberflächlich und so missverständlich, wie Sie hier über das Thema Drogen geredet haben, so kann man mit dieser Frage nicht umgehen! Ich glaube, Sie haben damit dieser wichtigen Debatte heute keinen Dienst erwiesen. Das will ich Ihnen ganz offen sagen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Weil ich schon bei den Vorrednern bin, Herr Kastendiek, ich habe mir bei Ihrer Rede gedacht, ich mache es mir etwas schwerer, als Sie es sich gemacht haben. Ich möchte mich nämlich bemühen, eine differenzierte Haltung einzunehmen, und das Differenzierte ist immer die schwierigste Rolle. Ich glaube aber, es ist eine wichtige Rolle, und die will ich heute auch versuchen wahrzunehmen.

Meine Damen und Herren, der heutige Antrag der Fraktion der Grünen, einem Senator der großen Koalition das Misstrauen auszusprechen, ist ja nicht der erste seiner Art. Senator Hattig und Senator Perschau mussten sich in der Vergangenheit dieser Prozedur unterziehen,

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Was sollen wir machen bei so vielen Fehlern?)

(A) doch viele, die in dieser Koalition Politik machen oder die Arbeit dieser Koalition beruflich oder aus Interesse mit Aufmerksamkeit begleiten, haben in den vergangenen Tagen, man kann sagen, in den ersten Wochen dieses Jahres gespürt, dass die Stimmung vor der heutigen Abstimmung anders war als bei den vergleichbaren Anträgen in den vergangenen Jahren. Es roch nach Krise. Einige meinten sogar, es läge der Duft des Wechsels in der Luft, es wurde spekuliert über das bevorstehende Ende der Koalition, und sogar nach Neuwahlen wurde gerufen.

Meine Damen und Herren, es gibt überhaupt keinen Grund zu bestreiten, dass die vergangenen zehn Tage angespannter waren als manche Monate zuvor. Die heutige Abstimmung ist zweifellos Teil einer Richtungsbeschreibung über die Zukunft der großen Koalition. Ich bin aber sicher, die heutige Abstimmung, die heutige Debatte über Senator Röwekamp werden zeigen, dass die Gespräche der letzten Tage, das Treffen des Koalitionsausschusses und auch die Fraktionsitzungen in dieser Woche eine weitere konstruktive Zusammenarbeit möglich gemacht haben.

Wenn der Misstrauensantrag der Grünen gegen Senator Röwekamp abgelehnt wird, und so wird es geschehen, meine Damen und Herren, dann gibt es diese Zukunft. Ich füge aber hinzu: Es kann trotzdem keinen Zweifel geben, so wie bisher kann und wird es nicht weitergehen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Das gilt zunächst für den konkreten Anlass dieser Debatte, also für eine rechtsstaatliche und konsequente Bekämpfung des Drogenhandels und die Entscheidung darüber, mit welchen Ermittlungsmethoden unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit Beweismittel sichergestellt werden. Dazu liegt Ihnen ein gemeinsamer Antrag der Koalitionsfraktionen vor, der inhaltlich die Haltung der SPD aufnimmt und mit seinem Auftrag, in einem halben Jahr eine sorgfältige Evaluation vorzunehmen, auch der CDU gerecht wird. Über die konkrete Frage hinaus ging es in den vergangenen Tagen und geht es auch heute aber – ich glaube, das sieht jeder – um die Zukunft der großen Koalition insgesamt.

Ich will an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass in der vergangenen Woche die Vorsitzenden der SPD in Bremen und der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft eine Standortbestimmung vorgenommen und damit für einen gewissen Wirbel gesorgt haben. Die heutige Debatte ist sicherlich nicht der Platz, um ausführlich darüber zu sprechen, aber ich möchte an dieser Stelle noch Folgendes sagen, zumal auch Herr Kastendiek am Ende seiner Rede dies angesprochen hat: Die Freie Hansestadt Bremen ist nach dem Ende der Sanierungshilfen durch den Bund in einer ganz entscheidenden Phase ihrer Zukunftssicherung. Gerade in der Frage der Haus-

haltssanierung und der weiteren finanziellen Beweglichkeit kann sich niemand der Diskussion um klare Antworten entziehen. Wir wollen die positive Entwicklung, die unser Bundesland in den vergangenen zehn Jahren genommen hat, fortsetzen. Die große Koalition hat unbestreitbar gute Arbeit in der Vergangenheit geleistet, es gibt vorzeigbare Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit. Auf verschiedenen Politikfeldern, aber insbesondere auf dem dramatischen Feld der Finanzpolitik glauben beide Koalitionspartner, genügend gemeinsamen Schwung entwickeln zu können, um die nun wirklich nicht geringen Herausforderungen zu meistern.

Meine Damen und Herren, es mag eine Binsenweisheit sein, aber wir müssen die Erkenntnis, glaube ich, trotzdem beherzigen: Die Erfolge von gestern sind nicht automatisch die Erfolge von morgen. Die große Koalition muss sich die neuen und die weiteren Erfolge hart erarbeiten, und ich sage hier: Die SPD-Fraktion ist bereit, ihren Teil dazu beizutragen, mehr noch, wir sagen ganz selbstbewusst, wir wollen auch für den Rest der Legislaturperiode der Motor dieser Koalition sein.

(Beifall bei der SPD)

Herr Sieling und ich haben in der vergangenen Woche einen Ruck in der großen Koalition gefordert, eine zweite Luft gewissermaßen.

(C)

(D)

(Abg. Frau St a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Thema war ein anderes, Herr Böhrnsen!)

Um im Bild zu bleiben: Heute geht es um den ersten tiefen Atemzug, wenn wir uns mit einem Problem der Koalition beschäftigen, nicht mit dem größten, aber einem mit lautem Getöse in der Öffentlichkeit, einem Problem, in dessen Mittelpunkt der Tod eines Menschen in staatlicher Obhut steht. Das macht uns betroffen, und wir drücken noch einmal und in diesem Haus unser Bedauern über dieses tragische Ereignis aus.

Meine Damen und Herren, es war Senator Röwekamp, der den ersten Missklang des neuen Jahres produzierte, als er sich am 4. und 5. Januar auf den Weg ins „Buten-un-Binnen“-Studio machte, um sich, so war wohl seine Absicht, einer politischen Diskussion über den Brechmitteleinsatz gegen einen mutmaßlichen Drogendealer zu stellen. In Wahrheit aber ging es um den bedauerlichen Eingriff, bei dem der Fünfunddreißigjährige gesundheitlich so stark geschädigt wurde, dass er später starb.

Für viele, auch für mich, die den Senator im Studio erlebten, drängte sich der Eindruck auf, dass es dem Senator zumindest in einer Nebenabsicht darum gegangen war, einen Pflock in die politische Landschaft einzuschlagen. Es hatte den Anschein, als wollte er nicht zum Einzelfall Stellung nehmen,

(A) sondern darüber hinaus die Botschaft aussenden, hier gehe ein politischer Hardliner ans Werk, der sich auch durch vermeintlich kleinliche Einwände von seinem Kurs nicht abbringen lassen werde. Unterstrichen wurde diese Rolle insbesondere durch die mehrmalige Formulierung, man werde mit unnachgiebiger Härte vorgehen. Das kam bestimmt bei einem nicht nur kleinen Teil der Bevölkerung, zumindest aber in den eigenen politischen Reihen des Senators gut an.

Die bereits am nächsten Tag bekannt gewordenen Umstände des Brechmitteleinsatzes und insbesondere der dramatische Gesundheitszustand des Verdächtigen ließen aber diese Worte in einem neuen Licht erscheinen. Senator Röwekamp hatte sich offenkundig schlecht auf das Interview vorbereitet, Grundlage war ein sieben Tage alter Polizeibericht, nach dem der Verdächtige zwar einen Atemstillstand erlitten hatte, aber ins Krankenhaus gefahren wurde, nachdem sich die Lage stabilisiert hatte. Daraus zog das Innenressort den falschen Schluss, der Betroffene sei auf dem Weg der Besserung.

(B) Bereits sieben Tage vorher hatte der Notarzt diagnostiziert, der Patient sei ertrunken. Eine Rückfrage bei der Feuerwehr hätte dem Senator bestätigt, dass auch der Rettungswagen dem Krankenhaus in der Nacht des 27. Dezember gemeldet hatte: Zustand nach Ertrinken. Offensichtlich auf der Grundlage der unzureichenden Vermutungen der Polizeibeamten in der Nacht des 27. Dezember teilte Senator Röwekamp dem Fernsehpublikum aber mit, der Betroffene habe sich durch das Zerbeißen von Drogenkügelchen selbst vergiftet.

Meine Damen und Herren, ich sage ganz deutlich: Eine solch fahrlässige Informationsarbeit ist äußerst befremdlich. Dies darf einem Bremer Senator eigentlich nicht passieren.

(Beifall bei der SPD)

Leider erfuhr die verfahrenere Situation durch das Zutun des Senators eine weitere Steigerung. Obwohl er bei seinem zweiten Auftritt im Fernsehen bereits von einem irreparablen Hirntrauma des fünfunddreißigjährigen Afrikaners wusste, ließ er es nach dem Empfinden vieler Zuschauer – auch nach meinem Empfinden – an Mitgefühl fehlen und fand keine Worte des Bedauerns darüber, dass ein Mensch im Polizeigewahrsam zu Schaden gekommen war, im Gegenteil. Er erhob weiter den Vorwurf, der Betroffene habe sich alle Entwicklungen des Vorfalls selbst zuzuschreiben, er sei selbst Schuld, so nach dem Motto: Wir haben alles richtig gemacht, für die Folgen können wir nichts.

Meine Damen und Herren, diese Haltung hat nicht nur in der SPD-Fraktion viele Kolleginnen und Kollegen verstört, ja empört. Viele fragen sich, ob man so einfach den Tod eines Menschen zu einem Be-

triebsunfall einer Ermittlungsmaßnahme erklären und zur Tagesordnung übergehen darf. Darf ein Senator eine solche Methode der Beweiserhebung verteidigen nach einem solchen Vorfall, bei dem alles dafür spricht, dass sich das Risiko, das diese Methode in sich birgt, verwirklicht hat in Todesfällen in Hamburg vor drei Jahren und jetzt in Bremen?

Nachdem es schon lange Kritik an dieser Methode gibt, viele Ärzte ihr sogar absprechen, im Rahmen der ärztlichen Kunst einen Platz zu haben, wäre nach meiner Überzeugung auch beim Senator Nachdenklichkeit anstelle lautstarker Unbedenklichkeit angemessen gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, bei einigen kam sogar der Verdacht auf, der Senator wolle als gelernter Jurist, also als einer, der es besser wissen muss, trotz der dramatischen Folgen in diesem Fall den Wortlaut des Paragraphen 81 a der Strafprozessordnung für unanwendbar oder beliebig erklären. In diesem Paragraphen 81 a der Strafprozessordnung ist klar geregelt, dass körperliche Untersuchungsmethoden nur dann angewendet werden dürfen, wenn sie von einem Arzt nach den Regeln der ärztlichen Kunst vorgenommen werden und kein Nachteil für die Gesundheit des Betroffenen zu befürchten ist. Von einem Vorbehalt, dass bei entsprechender Verwerflichkeit der Tat, zum Beispiel Drogenhandel im Viertel in Bremen, Verdächtige auch einmal hart herangenommen werden dürfen und trotz Gesundheitsgefährdung mit Gewalt zum Erbrechen gezwungen werden dürfen, von einem solchen Vorbehalt spricht die Strafprozessordnung ausdrücklich nicht. Das, meine Damen und Herren, ist auch richtig, und es ist gut so.

Rechtsstaatliches Handeln, konsequent, gleich und den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit verpflichtet, das sind wesentliche Grundlagen des Zusammenlebens im Deutschland des Grundgesetzes. Strafen stehen im Gesetz, strafbares Handeln wird vor der Tat präzise und klar beschrieben, Rechtsfolgen gelten für jedermann und jede Frau gleichermaßen. Die Ermittlungsbehörden schöpfen im Umgang mit Verdächtigen oder Beschuldigten nicht eigenes Recht, sondern müssen sich an geltendes Recht halten.

Der Schutz der Menschenwürde in Artikel 1 unseres Grundgesetzes gilt nicht nur für die Guten und Anständigen, sondern auch für die Bösen und Übeltäter. Die Würde des Menschen ist eben unteilbar. Es gibt keine große unantastbare Würde für die Guten und eine kleine eingeschränkte Würde für andere, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Ein Journalist in Bremen hat in einem Kommentar der SPD vorgeworfen, sie handele populistisch, da sie Senator Röwekamp wegen seiner – aus unserer Sicht – unsensiblen Haltung gegenüber diesem tödlichen Vorgang kritisiere. Ich kann nicht erkennen, dass die Haltung der SPD wirklich populistisch ist, jedenfalls nicht, wenn ich mich mit Bürgerinnen und Bürgern unterhalte. Da scheint mir eher die gegenteilige Haltung populär zu sein. Ein Blick in die heutigen Leserbriefe lassen es erkennen.

Meine Damen und Herren, Populismus darf aber auch nicht das entscheidende Kriterium sein. Die Demokratie darf sich doch nicht darauf reduzieren lassen, dass Demoskopien Umfragen machen, und die vermeintlichen Mehrheitsansichten werden dann von Abgeordneten in Gesetze gegossen und von der Regierung exekutiert. Perfekt wäre eine solche Demoskopiedemokratie-Karikatur, wenn dann Gerichtsverfahren direkt im Fernsehen übertragen würden, und das Urteil käme dann als Ted-Umfrage zustande.

(Beifall bei der SPD)

(B) Meine Damen und Herren, unser Grundgesetz, konkret die Artikel 20 und 21, sieht eine solche passive Staatsform nicht vor, sondern es überträgt den Handelnden Verantwortung für unseren demokratischen Staat. Nicht nur die Parteien dürfen sich nicht damit begnügen, politische Willensbildung zur Kenntnis zu nehmen, sondern sie wirken an der politischen Willensbildung des Volkes mit. So steht es in unserem Grundgesetz. Unser demokratisches Gemeinwesen verlangt aber auch von den sie tragenden Institutionen, die Fraktionen und die von ihnen getragenen Regierungsmitglieder gehören ganz gewiss dazu, sich für die Grundsätze der Demokratie einzusetzen. Der Innensenator ist ganz besonders in der Pflicht, mit aller Kraft für die Geltung rechtsstaatlicher Grundsätze einzutreten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, auch deswegen haben wir das Auftreten von Herrn Röwekamp im Fernsehen kritisiert. Gerade der Innensenator muss aufpassen, welche Signale er an seine Polizisten aussendet. Gerade seine Haltung muss besonders abgewogen und rechtsstaatlich eindeutig sein. Da bestanden Zweifel, und diese mussten ausgeräumt werden.

Es ist sicher erlaubt, aber es reicht nicht aus, Verständnis zu äußern für die Wut über und die Angst vor Drogenhändlern. Es ist unbestritten nötig, mit allen Konsequenzen den Kampf gegen die Kriminalität zu unterstützen. Mit allem Nachdruck gehört es auch zur politischen Pflicht, das manchmal mühsame, manchmal beschwerliche rechtsstaatliche Verfahren zu verteidigen.

Übrigens, meine Damen und Herren, nicht zuletzt diese übereinstimmende Einstellung macht es demokratischen Parteien unmöglich, mit extremistischen Parteien Koalitionen einzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb – ich befürchte, wir werden es heute noch hören – ist der Konsens der Demokraten so wichtig in diesem Teil unserer Politik.

(Beifall bei der SPD – Abg. T i t t m a n n
[DVU]: Und was ist mit der PDS?)

Meine Damen und Herren, die rechtsstaatlichen Grundsätze müssen sich im Einzelfall bewähren, also eben auch bei der Festnahme am 27. Dezember hier in Bremen. Nachdem es am Anfang über die Haltung des Innensensors zu Irritationen gekommen war, haben die Gespräche der letzten Tage aus unserer Sicht die nötige Klarheit wieder hergestellt, dass an diesem Punkt die beiden Koalitionspartner zusammen sind.

Inzwischen hat Senator Röwekamp sein zunächst intern in der Sitzung der Innendeputation geäußertes Bedauern über das tragische Ende des Brechmitteleinsatzes am 27. Dezember in der Öffentlichkeit deutlich wiederholt. Vor der SPD-Fraktion hat Senator Röwekamp eingeräumt, dass sein Fernsehauftritt ein Fehler war. Damit konnte der unerträgliche Eindruck ausgeräumt werden, einem Bremer Innensenator könne als hinnehmbar erscheinen, dass es bei staatlichen Ermittlungen im Rahmen der Strafverfahren auch einmal zu Betriebsunfällen selbst mit schlimmsten Folgen kommen könne.

Meine Damen und Herren, wir wollen es nicht auf den möglicherweise glücklichen Umstand ankommen lassen, dass bei einem riskanten Eingriff im Zuge von Ermittlungsmaßnahmen nichts passiert. Der Brechmitteleinsatz ist über viele Jahre, das ist gar nicht zu bestreiten, als geeignetes Mittel zur Beweissicherung angesehen worden. Der Todesfall aber in Hamburg 2001, vor allem aber das tragische Geschehen hier in Bremen erfordern ein Umdenken. Wir können angesichts von zwei Toten doch nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern müssen Konsequenzen aus diesen Vorfällen ziehen. Deshalb hat die SPD-Fraktion bereits in der vergangenen Woche gefordert, dass auf das gewaltsame Verabreichen eines Brechmittels durch eine Magensonde endgültig verzichtet wird und die notwendige Beweiserhebung bei verschluckten Drogenkügelchen durch andere, konsequente, aber weniger gesundheitsgefährdende Maßnahmen ersetzt wird. Diese Haltung der SPD-Fraktion hat sich nun auch im Koalitionsausschuss und im Senatsbeschluss von gestern wiedergefunden.

Meine Damen und Herren, damit überhaupt keine Zweifel aufkommen, will ich an dieser Stelle eine

(C)

(D)

- (A) Selbstverständlichkeit aussprechen: Auch künftig muss mit allem Nachdruck im rechtsstaatlich gesetzten Rahmen Drogenkriminalität bekämpft werden. Wenn ein Drogendealer die Debatte in diesem Hause und die Kritik am Innensenator missverstehen möchte als Freibrief, dem schmutzigen Geschäft auf Kosten unserer Kinder und Jugendlichen weiter nachgehen zu können, dann hat er sich getäuscht. Das muss man auch mit allem Nachdruck sagen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich füge aber hinzu, die SPD erwartet nicht nur Phantasie bei der Sicherstellung von Drogenkügelchen, sondern auch konsequentes präventives Einschreiten in der Drogenpolitik. Es müssen Lösungen für soziale Probleme, die Sucht oder Handel begünstigen, gefunden werden. Für Kranke müssen Therapien vorgesehen werden. Die Szene darf in der Tat nicht hingenommen werden. Möglicherweise müssen Aufenthaltsverbote verstärkt ausgesprochen werden.

Lassen Sie es mich so zusammenfassen: Festnehmen, Abführen und Erbrechen, das ist jedenfalls keine ausreichende Antwort auf die Herausforderung in der Drogenpolitik. Da ist mehr erforderlich.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und will zusammenfassen: Die deutliche Einigung in der Sache, also die Einigung, auf eine im hohen Maße gesundheitsgefährdende Ermittlungsmethode zu verzichten, macht es der SPD-Fraktion möglich, gegen das Misstrauensvotum der Fraktion der Grünen zu stimmen. Wir wählen keinen Senator wegen seiner Person oder seiner blauen Augen, sondern für uns ist entscheidend, welche Politik innerhalb der großen Koalition gemacht wird,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Eben!)

und da haben wir jetzt in dieser Frage eine Lösung gefunden, an der Herr Dr. Güldner, vermutlich selbst die Opposition nichts auszusetzen hat. Ich will auch sagen, es wird sich nichts daran ändern, dass es gerade im Bereich der inneren Sicherheit auch künftig zwischen den Koalitionsfraktionen hin und wieder Meinungsverschiedenheiten geben kann. Das ist legitim und völlig normal, aber, und das war und ist uns wichtig, der Senator einer großen Koalition muss eben anders auftreten als die Vertreter einer Alleinregierung. Auch wenn der Wunsch nach persönlichem Profil zugestanden sei, die Debatte um Brechmitteleinsätze hat gezeigt, dass es Grenzen gibt, die auch bei schärfster inhaltlicher Auseinandersetzung einzuhalten sind.

(C) Meine Damen und Herren, Senator Röwekamp hat nicht nur in der Sache diesen Rahmen wieder für sich und die CDU akzeptiert, er hat in der Deputation, im „Weser-Kurier“, in internen Gesprächen und durch seinen Auftritt in unserer Fraktion am Montag weitere Brücken gebaut. Zudem hat sich, wie erwähnt, die große Koalition in der Sache geeinigt. Sie hat die notwendigen Konsequenzen aus dem tragischen Todesfall gezogen. Deshalb gibt es für die SPD-Fraktion keinen Grund mehr, dem Misstrauensantrag der Grünen zuzustimmen. Wir werden ihn ablehnen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zwei Vorbemerkungen machen, da sie für das Nachfolgende wichtig sind. Der erste Hinweis ist der, ich habe als Einzelabgeordneter nur beschränkte Redezeiten. Ich werde mich deswegen jetzt in meinem ersten Teil nur mit dem Misstrauensantrag beschäftigen und dann in einem zweiten Teil – ich werde mich ein zweites Mal melden – zu den vorliegenden Dringlichkeitsanträgen. Ich habe leider als Einzelabgeordneter nicht die Möglichkeit der verlängerten Redezeit und die Möglichkeiten einer Fraktion.

(D) Die zweite Vorbemerkung: Der Zustand der großen Koalition würde natürlich reizen, hier auch Ausführungen zu machen. Das will ich mir heute ersparen. Herr Böhrnsen, es roch nicht nur nach Krise, es ist eine Krise der Koalition, die wir hier festzustellen haben. Diese Krise wird uns in den nächsten Wochen noch mehrfach beschäftigen. Auch im März oder dann, wenn es um den Nachtragshaushalt geht, werden wir hier ausführlich darüber debattieren müssen. Sie werden spätestens dann, so möchte ich das einmal flapsig formulieren, die Hosen herunterlassen müssen, was die große Koalition und die Dinge der großen Koalition betrifft.

Zum Misstrauensantrag Folgendes: Wir sind uns wohl alle darin einig, dass Drogenhandel, und dazu gehört auch das Dealen mit Drogen, bei uns verboten ist und eine Straftat darstellt. Angesichts des Unheils, das der Drogengebrauch insbesondere bei jungen Menschen anrichtet, und der weiteren Straftaten, die im Zusammenhang mit dem Drogenhandel und dem Drogengebrauch stattfinden, ist die FDP der Meinung, dass der Drogenhandel und das Dealen mit Drogen nachdrücklich bekämpft und strafverfolgt werden müssen. Es kann nicht sein, dass wir auf der einen Seite Verbots- und Strafnormen in die Welt setzen und diese dann überhaupt nicht oder nur mit mäßigem Nachdruck verfolgen. Genauso

(A) notwendig ist es natürlich, dass den Opfern des Drogenhandels, den Süchtigen, geholfen werden muss, denn wer süchtig ist, verliert seine Freiheit und Würde und braucht unsere Hilfe.

Das staatliche Gewaltmonopol übt bei uns bekanntermaßen die Polizei mit ihren präventiven und repressiven Aufgaben und Befugnissen aus. Präventiv handelt die Polizei, indem sie die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechterhält und somit Straftaten verhindert, bevor sie stattfinden. Repressiv handelt die Polizei, wenn sie bereits vollendete Straftaten verfolgt und dabei im Auftrag der Staatsanwaltschaft tätig wird, sozusagen als verlängerter Arm der Staatsanwaltschaft. Für vieles, zum Beispiel für die Verhängung von Haft, ist dann noch der Richter zuständig. Wenn die Polizei in diesem konkreten Fall, mit dem wir uns heute zu beschäftigen haben, gehandelt hat, dann nach meiner Einschätzung als verlängerter Arm der Staatsanwaltschaft, nicht aus sich heraus. Deshalb finde ich es falsch, wenn gegen die Polizei oder den für die Polizei verantwortlichen Senator polemisiert und demonstriert wird.

Die FDP bedauert, dass ein von der Polizei festgenommener, des Drogenhandels Verdächtigter nach der zwangsweisen Verabreichung eines Brechmittels durch einen Arzt im Polizeigewahrsam, also in der Obhut des Staates, ums Leben gekommen ist. Was genau die Todesursache war, ist derzeit noch nicht bekannt. Dennoch gibt es Anlass, über die zwangsweise Verabreichung von Brechmitteln bei festgenommenen mutmaßlichen Drogendealern und die bremische Praxis dabei nachzudenken. Dazu möchte ich mich aber in meinem zweiten Redebeitrag äußern, wenn ich zu den Dringlichkeitsanträgen rede.

(B) Durch eine sehr emotional geführte Diskussion nach Weihnachten und zu Anfang dieses Monats, die nicht zuletzt auf die unüberlegten und zum Teil irreführenden Presseäußerungen des Senators Röwekamp zurückzuführen ist, ist in der Öffentlichkeit und auch bei vielen Politikern der Eindruck entstanden, die Polizei hätte den gewaltsamen Brechmitteleinsatz durchgeführt. Dies ist aber falsch. Die Verabreichung von Brechmitteln wird durch dafür ausgebildete Ärzte des Beweismittelsicherungsdienstes in eigener ärztlicher Verantwortung durchgeführt. Die Polizei ordnet die Maßnahme zwar an, verantwortlich für den Einsatz von Brechmitteln ist jedoch die Staatsanwaltschaft als Herrin des Ermittlungsverfahrens, und diese untersteht dem Justizsenator Dr. Scherf und nicht dem Innensenator.

Bei der Vergabe von Brechmitteln am 27. Dezember waren selbstverständlich Polizeibeamte zugegen, die auch den zu Tode gekommenen Drogendealer fixiert haben. Dies haben sie jedoch als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft und auf Anweisung des Beweismittelsicherungsdienstes getan. Dabei hatten sie weder die Kompetenz noch die fachliche Qualifikation, die Anweisungen des Beweismittel-

sicherungsdienstes in Frage zu stellen. Wenn beispielsweise in einer Psychiatrie zwangsweise auf Anordnung eines Arztes Medikamente verabreicht werden und der Patient daran gesundheitlichen Schaden nimmt, wird auch keiner auf die Idee kommen, später die Krankenpfleger zur Verantwortung zu ziehen.

Die politische Verantwortung für den bedauerlichen Tod des Drogendealers trägt nach meiner Auffassung der Justizsenator Dr. Scherf, dessen Behörde Herrin des Verfahrens war und die damit auch die zwangsweise Verabreichung des Brechmittels zu vertreten hat. Polizei und Ärztlicher Beweismittelsicherungsdienst sind hier nur als verlängerter Arm der Staatsanwaltschaft tätig gewesen, wobei dem handelnden Arzt des Beweismittelsicherungsdienstes insoweit ein Vorwurf zu machen ist, als er die eigene Dienstanweisung vom 1. März 2001, bei heftigem Widerstand des Täters auf den Einsatz von Brechmitteln zu verzichten, missachtet hat. Diese Dienstanweisung war im Innenbereich, spricht bei der Polizei, offensichtlich nicht bekannt, zumindest war sie nicht an sie gerichtet. Wenn das alles so ist, und daran gibt es für mich nach den öffentlichen Äußerungen in diesem Zusammenhang keinen Zweifel, dann ist für mich die Verantwortlichkeit des Justizbereichs und damit des Justizsenators ganz eindeutig.

(D) Obwohl also weder die Polizei noch die Innenbehörde nach meiner Einschätzung eine Verantwortung an dem bedauerlichen Todesfall trifft, ist der Innensenator wegen seiner Verstrickung in diesen Fall und seine öffentlichen Aktivitäten in dieser Sache doch massiv zu kritisieren. Durch seinen unüberlegten Umgang mit der Presse hat er seiner Behörde, insbesondere aber der Bremer Polizei schweren Schaden zugefügt. Seine verfrühten und wenig sensiblen sowie widersprüchlichen Aussagen in der Presse, insbesondere bei „Buten un binnen“, haben in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, die Polizei wäre für das Geschehen vom 27. Dezember und den Tod des Drogendealers verantwortlich. Dem Senator selbst war bis vor wenigen Tagen offenbar nicht bewusst, dass die Polizei und seine Behörde gar nicht in der Verantwortung stehen. Dennoch hat er durch seine Presseäußerungen den Eindruck erweckt, dass dies so sei.

Nicht nur in Bremen, sondern bundesweit – die Sache wurde in den „Tagesthemen“ und in der überregionalen Presse behandelt – ist daher der Eindruck entstanden, aufgrund eines verantwortungslosen Verhaltens der Bremer Polizei sei hier ein Mensch zu Tode gekommen. Für diesen Imageschaden trägt Innensenator Röwekamp die alleinige und persönliche Verantwortung. Das rechtfertigt in meinen Augen allerdings keinen Misstrauensantrag gegen den Innensenator. Wenn hier schon ein Misstrauensantrag zu stellen ist, dann muss dieser in Richtung Justizsenator adressiert werden, denn hier liegt die

- (A) politische Verantwortung für den zwangsweisen Brechmitteleinsatz und den Tod des festgenommen und zwangsbehandelten Drogendealers.

Ich werde dem Misstrauensantrag der Grünen, der gegen den Innensenator gerichtet ist, deswegen nicht zustimmen. Bei der Überlegung, wie ich abstimme, bleiben mir danach nur noch zwei Möglichkeiten: Wenn ich den Misstrauensantrag ablehne, könnte das den Eindruck erwecken, ich unterstütze den Innensenator politisch und akzeptiere den eigentlichen Anlass des Antrags, das heißt die zwangsweise Brechmittelvergabe. Das mache ich mitnichten. Deshalb bleibt für mich nur die Möglichkeit der Stimmenthaltung. Ich werde mich also bei der Abstimmung über den Misstrauensantrag der Stimme enthalten.

Noch eine Anmerkung in diesem Zusammenhang: Es ist schon bemerkenswert, wenn die Grünen immer nur CDU-Senatoren ins Visier ihrer Misstrauensanträge nehmen. Als es um die E.On-Millionen und die Haushaltsverstöße der Senatskanzlei ging, haben Sie statt des dafür verantwortlichen Präsidenten des Senats seinen Staatsrat, einen politischen Beamten, ins Visier genommen. Ich kann zwar verstehen, dass Sie im Hinblick auf rotgrüne Gedankenspiele etwas einäugig sind, Sie sollten aber schon die Fakten richtig zuordnen und bewerten.

(Zuruf des Abg. Crueger [Bündnis 90/Die Grünen])

- (B) Das haben Sie meines Erachtens nur in dem Fall des Misstrauensantrags gegen Herrn Senator Perschau damals gemacht.

Jetzt möchte ich mich erst einmal bei Ihnen bedanken. Ich werde mich gleich noch einmal zu den Dringlichkeitsanträgen melden. – Vielen Dank!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Güldner, Sie reden hier über Werte, die Sie als Bündnis 90/Die Grünen erst abgeschafft haben. Sie sollten das Wort Werte lieber nicht in den Mund nehmen, und ich glaube auch kaum, dass Sie eine solche Rede gehalten hätten, wenn vielleicht Ihr Kind stark rauschgift- oder drogensüchtig wäre.

Dieser Antrag ist ein eindeutiger Beweis dafür, dass sich Bündnis 90/Die Grünen wieder einmal mehr Sorgen um das Wohl der Täter macht als um die zahlreichen grausam ermordeten Opfer. Hier frage ich die Vertreter vom Bündnis 90/Die Grünen: Wann endlich machen Sie sich auch einmal Sorgen um die wegen der Drogendealer grausam dahingegangenen und ermordeten Kinder und Jugendlichen? Über diese Opfer sollten Sie sich zuerst Sorgen machen, die haben Sie nämlich mit keinem Wort

- (C) erwähnt. Hier sage ich in aller Deutlichkeit: Hätte der schwarzafrikanische mutmaßliche Drogendealer nicht die Beweismittel hinuntergeschluckt und hätte er sich gesetzestreu in Deutschland verhalten, so hätte es keinen Brechmitteleinsatz gegeben. So einfach ist das! Jetzt sagen viele Bürger zu Recht, wer sich in Gefahr begibt, der kommt darin um.

Meine Damen und Herren, wenn jemand Drogen verschluckt, um Beweismittel zu vernichten, so geht er bewusst das Risiko ein, dass eines der Päckchen platzen und er sich selbst damit großen körperlichen und gesundheitlichen Schaden zufügen könnte. Außerdem ist niemand gezwungen, Beweismittel zu schlucken. Drogendealer sind sich dieses großen Risikos also bewusst. Ich habe mit solchen Schwerekriminalen, die aus reiner Profitgier durch Drogenhandel die Seele, die Zukunft, die Gesundheit und das Leben unzähliger unschuldiger Kinder skrupellos auf dem Gewissen haben, wirklich kein Mitleid. Menschen, die skrupellos rücksichtslos unsere Kinder und Jugendlichen grausam ermorden, haben kein Mitleid verdient. Darum halte ich die ärztliche Beweissicherung, sprich Brechmitteleinsatz, für völlig gerechtfertigt und durchaus angemessen. Zumal sich andere Maßnahmen als nicht praktikabel erwiesen haben, ist es dringend erforderlich, dass auch weiterhin an der zwangsweisen Verabreichung von Brechmitteln festgehalten wird.

- (D) Bei der nachweislichen Mehrzahl schwarzafrikanischer Drogendealer handelt es sich eindeutig um Schwerekriminalen, die unendliches Leid und unzählige tote Jugendliche aus reiner Profitgier skrupellos auf dem Gewissen haben. Solche skrupellosen schwerekriminalen Elemente müssen wissen, dass sie im Land Bremen auch unter Einsatz von Brechmitteln zur Beweismittelsicherung richtig rigoros zur Verantwortung gezogen werden können. Ich höre von den Grünen von der Integrationsdrossel Marie-Luise Beck immer die schönen Worte, die Würde des Menschen ist unantastbar. Das ist normalerweise auch richtig. Ich aber sage Ihnen: Schwerekriminelles Gesindel, das aus reiner Profitgier den grausamen und langen schmerzvollen Tod unzähliger Kinder und Jugendlicher zu verantworten hat, hat keine Würde und auch keine Achtung! Ich frage Sie: Wo bleibt die Würde und Achtung der unzähligen qualvoll und grausam ermordeten Kinder und Jugendlichen? Es ist für die Deutsche Volksunion unerträglich, wie in diesem Land immer wieder die Täter zu Opfern und die Opfer zu Tätern gemacht werden.

Meine Damen und Herren, ich sage es Ihnen noch einmal, damit es sogar die grünen Kuschelpädagogen endlich begreifen: Drogendealer, in der Mehrzahl schwarzafrikanische Drogendealer, sind potentielle Mörder, die skrupellos und rücksichtslos junge Menschen und ihre Familien ins unermessliche Leid stürzen, und es wird Zeit, dass hier endlich rigoros damit aufgeräumt wird. Darum fordert die

(A) Deutsche Volksunion schon seit Jahrzehnten: Ausländische Drogendealer und andere schwerkriminelle Ausländer missbrauchen unser Gastrecht, unsere Gastfreundschaft und müssen deshalb sofort abgeschoben werden. Dies ist auch im Interesse und zum Schutz der vielen anständigen hier lebenden Ausländer in Deutschland.

Es ist doch unerträglich und ein Wahnsinn, dass unsere Polizeibeamten, die jetzt schon überdimensional hoch belastet sind, die keinen politischen Rückhalt haben und dazu noch unterbezahlt sind, dramatische, unverantwortliche Kürzungen in Kauf nehmen müssen, sprich Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und so weiter, zusätzlich dadurch gebunden werden sollen, indem sie vier Tage auf den Stuhlgang der Dealer warten sollen, um darin nach Beweismitteln zu suchen. Das ist unerträglich! Wahnsinniger und unzumutbarer geht es ja wohl wirklich nicht mehr! Es muss doch wohl sichergestellt werden, dass ohne freiwillige Einwilligung der schwerkriminellen Drogendealer wichtiges Beweismaterial sichergestellt werden kann.

Wer sich seiner Festnahme widersetzt, darf sich nicht wundern, wenn es zum Brechmitteleinsatz kommt, und hier brauchen unsere Beamten dringend den erforderlichen politischen Rückhalt und nicht solche unrealistischen Mickymaus-Anträge vom Bündnis 90/Die Grünen oder von der FDP. Die können Sie sich sparen!

(B)

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Ganz sicher nicht!)

Im Zusammenhang mit dem Brechmitteleinsatz wird das Wort Folter eindeutig missbraucht. Nun will ich den Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen einmal erklären, was wirkliche Folter ist! Wirkliche, realistische Folter ist das, was die amerikanischen Streitkräfte und die Engländer täglich im Irak nachweislich dem irakischen Volk antun. Das ist wahre Folter, aber kein Brechmitteleinsatz im Land Bremen!

Meine Damen und Herren, es ist doch unerträglich, dass zum Beispiel am 12.1.2005 zahlreiche mutmaßliche schwarzafrikanische Drogendealer gegen Gewalt demonstrieren, um anschließend am Hauptbahnhof einen ebenfalls vermutlich schwarzafrikanischen Drogendealer, meines Wissens mit dem Schild „Senator Röwekamp ist ein Mörder!“, zusammenschlagen, meine Damen und Herren, weil dieser mutmaßliche schwarzafrikanische Drogendealer gegen die Solidaritätsabmachung – ach, wie gütig –, am heutigen Tag einmal nicht mit Drogen zu handeln, verstoßen hat. Ich frage Sie: In was für einem Land leben wir eigentlich, wo so etwas möglich ist?

Wenn dann noch der FDP-Abgeordnete Willy Wedler in der „taz“ aussagt, ich zitiere mit Ge-

nehmigung der Präsidentin, „Verbrecher sind auch Menschen und haben das Recht auf eine menschenwürdige Behandlung“, dann muss ich mich fragen: In was für einer unrealistischen Scheinwelt leben Sie eigentlich?

(C)

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Des Grundgesetzes, Herr
Tittmann!)

Regen Sie sich nur auf, das ist gut so! Dann weiß ich wenigstens, dass ich richtig liege!

(Unruhe auf dem Besucherrang)

Nun zu Ihnen, Herr Böhrnsen! Ich finde es absolut skandalös und abstoßend, wie Sie und Ihre SPD mit diesem sehr wichtigen Thema Drogenhandel und Drogenbekämpfung umgehen. Sie können doch heute nicht so tun, als sei dieses Mittel über zehn Jahre lang gegen den Willen der SPD angewandt worden. Ganz im Gegenteil, Ihr damaliger SPD-Justizsenator und jetziger Bürgermeister Dr. Scherf, SPD, ist doch erst maßgeblich für den Brechmitteleinsatz im Land Bremen verantwortlich! Hier und heute eine solche Rede zu halten ist an Scheinheiligkeit und Unehrlichkeit nicht mehr zu überbieten! Ich darf Sie auch daran erinnern, dass Ihre SPD mit der blutroten mauer mordenden Partei der PDS-Kommunisten aus Machtgier mächtig gut zusammenarbeitet. Da haben Sie keine Skrupel!

(D)

Meine Damen und Herren, es gab unter einer SPD-geführten Landesregierung in den achtziger Jahren Zeiten, da war das Rauschgift in Bremen günstiger zu haben als in der Drogenhochburg Amsterdam. Der Grund hierfür war, die Polizei ging wegen fehlender politischer Rückendeckung nicht gegen die in der Mehrzahl ausländischen Drogendealer vor. Herr Senator Röwekamp, solche unerträglichen Zustände wollen wir im Land Bremen nicht mehr haben! Ich hoffe ja nur, dass Sie sich von den selbst ernannten so genannten Gut-Menschen nicht beirren und einschüchtern lassen. Bleiben Sie rigoros bei Ihrem eingeschlagenen Kurs, rudern Sie nicht verweichlicht zurück, und bleiben Sie standhaft! Der Einsatz von Brechmitteln darf nicht verwässert oder abgeschafft werden. Setzen Sie ein hartes Zeichen, ein deutliches Zeichen gegen den Drogenhandel! Zirka 70 Drogentote im Jahr in Bremen sind genau 70 Drogentote zuviel. Herr Senator Röwekamp, Sie haben sich in dieser Sache, ich betone, in dieser Sache, kein politisches Fehlverhalten vorzuwerfen.

Meine Damen und Herren, Drogendealer, die die Seele und die Zukunft unserer Kinder so grausam und qualvoll über Jahre rücksichtslos und skrupellos zerstören, die dafür verantwortlich sind, dass unzählige unschuldige Kinder über Jahre seelisch

(A) lebendig tot dahinvegetieren müssen, bis sie an einer Überdosis Rauschgift qualvoll und langsam sterben müssen, solche Mörder haben absolut kein Mitleid und kein Mitgefühl verdient.

Wenn ich draußen Plakate lese mit dem Spruch „Bleiberecht für alle für immer!“, dann kann ich namens der Deutschen Volksunion diesen Forderungen nur uneingeschränkt zustimmen und sie unterstützen. Die Deutsche Volksunion ist auch für ein dauerhaftes und uneingeschränktes Bleiberecht, wir wollen nämlich auch, dass kriminelle Ausländer für immer und dauerhaft in ihren Heimatländern zu Hause bleiben. Ich lehne den Misstrauensantrag gegen Herrn Senator Röwekamp uneingeschränkt ab.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wedler, FDP-Fraktion – nein, FDP.

Abg. **Wedler** (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Leider nicht Fraktion, dann hätte ich vorhin eine längere Redezeiten gehabt!

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis
90/Die Grünen – Abg. **T i t t m a n n**
[DVU]: Gott behüte uns!)

(B) Bei den Dringlichkeitsanträgen zur Brechmittelvergabe handelt es sich natürlich um ein sehr schwieriges Thema, schwierig nicht nur in der Sache, sondern eben auch in Bezug auf die Einordnung in unser Rechtssystem und bei der Abwägung der verschiedenen Interessen, die wir hier nach unserem Grundgesetz haben. Meine Auffassung und die der FDP zum Drogenhandel und zur strafrechtlichen Relevanz dieses Handels habe ich schon deutlich gemacht, ich muss sie hier nicht noch einmal wiederholen. Auch auf das große Unheil, das der Gebrauch von Drogen insbesondere bei jungen Menschen anrichtet, und auf die weiteren Straftaten im Gefolge dieses Handels habe ich schon hingewiesen.

Wenn das allgemeiner Konsens ist, dann muss unser Rechts- und Sozialsystem, dann müssen die Verfolgungsbehörden auch so ausgerichtet und ausgestattet werden, dass der Drogenhandel und seine Folgen wirksam bekämpft werden können. Liberale wollen, dass Gesetze eingehalten werden. Sie wollen nicht Verbrecher schützen, sondern Unschuldige. Sie wollen, dass Straftaten aufgeklärt und möglichst schon im Ansatz verhindert werden. Uns ist dabei aber nicht jedes Mittel recht. Es gilt nämlich die Unschuldsvermutung bis zum Beweis des Gegenteils. Menschen haben auch im staatlichen Gewahrsam ein Recht auf körperliche Unversehrtheit, jedenfalls grundsätzlich, solange sie nicht tötlich werden gegenüber Polizisten oder dem Vollzugspersonal, denn diese dürfen sich

dann unter Umständen wehren mit möglichen Folgen dann auch für die Person im Gewahrsam. (C)

Schließlich gilt das Verhältnismäßigkeitsprinzip, das heißt, das staatliche Handeln muss geeignet, erforderlich und angemessen sein. Man kann einen flüchtenden Taschenräuber nicht einfach töt-schießen, und man kann einen festgenommenen Drogendealer auch nicht einfach zwecks Beweismittelerhebung „ersäufen“, ohne dass ich damit sagen will, dass dies in diesem konkreten Fall geschehen ist. Der bedauerliche Tod des festgenommenen Drogendealers gibt Anlass, über die zwangsweise Verabreichung von Brechmitteln zur Beweissicherung und ihre Praxis hier neu nachzudenken. Das gilt auch in dem Fall, dass sich herausstellen sollte, dass die eigentliche Todesursache nicht primär auf die zwangsweise Verabreichung des Brechmittels zurückzuführen ist.

Ein Blick über die Landesgrenze zeigt, dass die Praxis der Beweismittelbeschaffung bei festgenommenen mutmaßlichen Drogendealern, bei denen man vermutet, dass sie Drogenkugeln oder Drogenpäckchen verschluckt haben, sehr verschieden ist, obwohl das Grundgesetz und die Strafprozessordnung bundesweit gelten. Wenn ich höre und lese, dass zum Beispiel in Niedersachsen ein Brechmittel per Spritze verabreicht wird oder in Bayern eine Drogetoilette, eventuell unterstützt durch Abfuhrmittel, zur Anwendung kommt und andere Bundesländer offensichtlich keine statistisch wahrnehmbare Praxis haben, dann verwundert mich das sehr. Wenn ich dann die jeweiligen Begründungen dafür höre, dass man nämlich die Verhältnismäßigkeit der Mittel jeweils unterschiedlich gewichtet, dann bin ich erst recht verwundert. Vorhin wurde ja ein Zitat aus Niedersachsen gebracht, das kann man an dieser Stelle genauso unterstützen, und ähnliche Begründungen gibt es auch aus Bayern, wenn die ihre Maßnahmen begründen. Es ist schon erstaunlich, wie hier mit dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz umgegangen wird. (D)

Ob die zwangsweise Verabreichung von Brechmitteln an sich wehrende verdächtige Drogendealer verhältnismäßig und damit rechtmäßig ist, darüber sind sich unsere Juristen und unsere Gerichte offensichtlich nicht einig, wenn ich das richtig sehe. Selbst das Bundesverfassungsgericht ist hier nicht eindeutig. Ob ein längerer Polizeigewahrsam oder eine etwas längere U-Haft im Verhältnis zu einer zwangsweisen, eventuell mit körperlichen Schäden verbundenen „Behandlung“ eines Verdächtigen das mildere oder das härtere Mittel ist, ist juristisch offensichtlich höchst umstritten. Wenn das so ist, kann man sich zu dieser Thematik nur politisch einlassen. Wir, die FDP, haben angesichts des Todesfalls zunehmend Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer zwangsweisen Brechmittelvergabe per Magensonde an mutmaßliche Drogendealer zwecks Beweismittelbeschaffung. Wir wollen

(A) deshalb auf diese unter körperlichem Zwang erfolgende Art der Beweismittelbeschaffung verzichten. Die freiwillige Einnahme eines Brechmittels ohne körperliche Gewaltanwendung wollen wir jedoch weiterhin zulassen, obwohl man auch hier rechtliche Zweifel haben kann.

Ich kann dem, was der Senat am Montag zur Neuregelung in diesem Bereich beschlossen hat, durchaus zustimmen. Gleichwohl bin ich der Meinung, dass dies nicht das Ende der Überlegungen sein kann. Die andere Praxis in einigen Bundesländern sollte hier zu Rate gezogen werden. Eventuell gibt es ja auch weitere Möglichkeiten, die auf ihre medizinische und rechtliche Relevanz geprüft werden können. Mir scheint, dass der Senat gefordert ist, uns alternative, unter Umständen auch mit körperlichem Zwang verbundene Möglichkeiten – und die Spritzenverabreichung ist körperlicher Zwang, und selbst die verlängerte U-Haft ist, wenn Sie so wollen, Zwang, denn damit wird die Freiheit des Einzelnen, die ja durch unser Grundgesetz geschützt ist, auch beeinträchtigt, es sind also alles Zwangsmaßnahmen des Staates –, also auch Möglichkeiten und Konzepte zur Beweismittelbeschaffung bei mutmaßlichen Drogentätern aufzuzeigen. Zentrale Vorgaben dabei müssen jedoch unsere verfassungsrechtlichen Prinzipien sein und bleiben. Zugleich erwarte ich vom Senat Vorschläge zu eventuellen landesrechtlichen und organisatorischen Veränderungen als Folge-
(B) rung aus den aufgezeigten alternativen Möglichkeiten. Ich bitte Sie also sehr herzlich, meinem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen!

Zum Antrag der Grünen möchte ich sagen, dass ich diesen Antrag so nicht mittragen kann. Dieser Antrag geht in der Begründung und in Nummer eins davon aus, dass die zwangsweise Brechmittelvergabe in jedem Fall gegen die Strafprozessordnung und gegen das Grundgesetz verstößt, ihr Einsatz also von vornherein nicht rechtskonform ist. Das ist, wie gesagt, unter Juristen und unter Gerichten streitig. Auch das Bundesverfassungsgericht ist da nicht eindeutig, wenn ich die Kurzinfo über dessen Urteil richtig deute. Außerdem wollen Sie dauerhaft und damit endgültig auf die zwangsweise Brechmittelvergabe verzichten, obwohl Situationen denkbar sind, in denen so etwas sogar geboten sein kann, wenn zum Beispiel die Gesundheit des festgenommenen Verdächtigen in Gefahr ist und der Staat zum Handeln verpflichtet ist.

Die Nummer zwei Ihres Antrags beinhaltet nur einen Prüfauftrag an den Senat, er fordert den Senat nicht dazu auf, alternative Möglichkeiten und Konzepte zu entwickeln und die eventuell notwendigen landesrechtlichen und organisatorischen Folgerungen aufzuzeigen. Das ist mir zu wenig. Wir wollen, dass das Recht nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch durchgesetzt werden kann. Deshalb will ich diesen Antrag ablehnen.

Der Koalitionsantrag, der mir heute Morgen auf den Tisch geflattert ist, beinhaltet ja das neue Senatskonzept. Zum Senatskonzept hatte ich eben schon etwas gesagt. Dieses Senatskonzept stellt jetzt wohl die Grundlage für das künftige Vorgehen hier in Bremen dar. Dieses neue Senatskonzept kann ich im Grundsatz mittragen, ich sagte es schon. Es ersetzt die zwangsweise Brechmittelvergabe durch ein längeres Festhalten des vermuteten Drogendealers, so wie das in Bayern gehandhabt wird. Weitere Möglichkeiten, zum Beispiel die niedersächsische Variante einer Spritze, sollen nicht näher in Betracht gezogen werden.

Ob unsere Gerichte beziehungsweise die hiesigen Richter so mitspielen werden, wie das vom Senat gewünscht wird, ist allerdings ungewiss. Mir scheint, dass der angekündigte Erfahrungsbericht mit der neuen Lösung um weitere Punkte ergänzt werden sollte, Punkte, die ich schon angesprochen habe, und Punkte, die man sicherlich noch überlegen kann, die vielleicht noch gefunden werden. Damit möchte ich mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken, vielen Dank!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort Bürgermeister Dr. Scherf.

Bürgermeister Dr. Scherf: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Anlass unserer Debatte und Anlass des Misstrauensantrags ist der Tod eines Menschen im polizeilichen Gewahrsam. Das hat mich sehr erschreckt. Bis heute ist es schwer, diesen Vorgang zu werten, weil die Ermittlungsverfahren noch nicht abgeschlossen sind. Es ist da Widersprüchliches gesagt worden über den Vorgang, der Gutachter hat noch nicht abschließend votiert, wir wissen noch nicht einmal genau, was ursächlich war an dem Tod. Trotzdem will keiner von uns, weder im Senat noch von der Polizei noch bei der Staatsanwaltschaft noch irgendwo, dass jemand, der im öffentlichen Gewahrsam ist, zu Tode kommt. Wir wollen alle, dass unsere öffentlichen Dienstleistungen, auch das, was wir tun, natürlich zum Wohle der Menschen eingesetzt wird, und wir wollen nicht bewirken und ursächlich dafür sein, dass jemand auf diese Weise zu Tode kommt.

Ich habe lange überlegt, ob das tragisch ist. Ich traue mich noch nicht einmal zu sagen, ob das tragisch ist, weil man sich damit nicht entlasten kann. Das ist eine Verantwortung, die wir hier zu beraten haben, die auf uns allen liegt und vor der wir uns auch abmühen müssen.

Es ist richtig, dass wir seit Jahren diese Praxis des Brechmitteleinsatzes haben. Wir haben sie Anfang der neunziger Jahre gründlich beraten, hier übrigens auch im Parlament, Herr Güldner war noch nicht im Parlament, aber er war Mitarbeiter bei einer senatorischen Dienststelle, er er-

(C)

(D)

(A) innert sich, glaube ich, daran, und wir haben damals ein Einvernehmen über diesen Einsatz hergestellt und haben über lange Zeit dafür auch auf der fachlichen Ebene von allen Seiten Bestätigung dafür bekommen, dass es so, wie es praktiziert worden ist, zielführend war.

Herr Kastendiek hat Recht, das Bremer Oberlandesgericht hat diese Praxis beurteilt und hat gesagt, daran ist kein Anstoß zu nehmen. Darum, denke ich, muss man sich mit dieser bisherigen Regelung auseinandersetzen, übrigens auch als Abgeordneter und nicht nur als Innensenator und Justizsenator. Wir haben nach Regeln gearbeitet, die bisher für korrekt gehalten worden sind. Wenn Herr Wedler sagt, der Justizsenator sei dafür verantwortlich, gut, ich fühle mich dafür verantwortlich, ich fühle mich aber im Einvernehmen mit dem Parlament.

Ich fühle mich auch im Einvernehmen mit mehreren unterschiedlichen Regierungen, die über diese Praxis beraten haben und sie für möglich gehalten haben, für zielführend gehalten haben. Bis heute wird in der Bundesrepublik sehr unterschiedlich damit umgegangen. Es ist ja nicht nur so, dass wir die Einzigen sind, sondern man kann wirklich über den Rand des Landes hinwegschauen und kann sich Beispiele dafür holen, wie andere Länder damit umgehen.

(B) In der Regel ist die Polizei diejenige, die solche Einsätze machen muss, weil keine Zeit verbleibt, einen Antrag bei der Staatsanwaltschaft zu organisieren und eine Gerichtsentscheidung einzuholen, weil es beim Brechmitteleinsatz ganz schnell gehen muss. Darum ist es in der Regel so, dass die Polizei selbst entscheiden muss, ist das der Fall, ist das richtig. Darum ist es auch in der Regel so, dass der Innensenator, weil die Polizei den ersten Zugriff hat, dafür verantwortlich gemacht wird, wenn etwas schief geht. Das passiert nicht nur Thomas Röwekamp so, sondern das passiert allen Innenministern in der Republik.

Wir wären nicht gut beraten, wenn wir die politische Verantwortung für das, was unter Zeitdruck passiert oder passieren muss, einfach wegdiskutieren, undifferenziert verurteilen und sagen, dafür muss der jeweilige politische Minister oder Senator den Hut nehmen. Nein, wir müssen auch Situationen aushalten, in denen etwas außer Kontrolle geraten ist, und müssen dafür sehen und sorgen, dass das Ermittlungsverfahren korrekt vorangetrieben wird. Wir müssen nicht vorschnell einfach sagen, wir machen kurzen Prozess. Wir sind interessiert daran, korrekte Aufklärung zu haben. Wir wollen das fördern, und erst nach Abschluss der strafrechtlichen Verfahren kann man Zuordnungen wirklich verantwortungsbewusst vornehmen. Natürlich muss der verantwortliche Minister dafür sorgen, dass das seinen Gang geht.

(C) Ich fände es noch nicht einmal hilfreich, wenn er den Hut genommen hätte, sondern ich hätte dann gesagt, lieber Thomas Röwekamp, wir müssen das aufklären. So etwas kann jedem von uns passieren. Da müssen wir die Nerven haben, dafür zu sorgen, dass es ein geordnetes und faires Verfahren gibt. Diesen Teil, denke ich, trage ich mit ihm ohne Wenn und Aber zusammen. Da, finde ich auch, müssen Sie, wenn Sie nachher das Kreuz machen, immer mitdenken, ich hätte in genau die gleiche Lage kommen können. Machen Sie es sich nicht zu einfach! Versuchen Sie sich nicht einfach zu entlasten dadurch, dass Sie sagen, dem schieben wir das zu, und alles andere verdrängen wir!

Jetzt kommt die zweite Sache, dass er sich in der Öffentlichkeit so exponiert hat! Wir haben darüber geredet, die beiden haben das eben auch richtig referiert. Die gleichen Leute, die Thomas Röwekamp als Journalisten vorwerfen, er hätte zu schnell geredet, werfen mir vor, ich hätte bisher meinen Mund nicht aufgemacht. Macht Sie das nachdenklich? Das geht doch nicht! Manchmal sind es sogar die gleichen Journalisten, die an deinem Auftritt und an meinem Auftritt Interesse haben. Verstehen Sie, was da läuft? Wir sind als Politiker in schwierigen Lagen, dass wir über das öffentliche Interesse, auch über das Interesse der Journalisten, aktuelle Nachrichten und Einschätzungen zu bekommen, in Situationen gedrängt werden, endlich doch etwas zu erklären, in denen wir klugerweise den Mund halten sollten oder klugerweise sagen sollten, es ist noch nicht geklärt und noch nicht zu Ende gebracht, ein abschließendes Urteil kann man nicht bringen.

(D) Er hat das ausgeräumt, er hat das auch gemerkt, dass das eine unzureichende Information war. Er hat übrigens alles, was ihm vorgelegt worden ist, genutzt, aber es ist ihm eben nicht alles vorgelegt worden. Auch das kann jedem von uns passieren. Ich habe solche Situationen schon erlebt, dass ich in öffentlichen Situationen Erklärungen abgeben musste und nicht wirklich abschließend und umfassend vorbereitet worden war. Das kann man zuordnen, aber das muss man auch korrigieren können. Ich finde, das, was Thomas Röwekamp in diesen Tagen darauf an Erklärungen für dieses Verhalten abgegeben hat, uns allen öffentlich, der Deputation – da soll es übrigens sehr friedlich zugegangen sein, haben mir alle gesagt, das muss eine ganz integre und keine schwierige Deputations-sitzung gewesen sein –, das, was er da gemacht hat, ich war nicht dabei, das, was er dann öffentlich gemacht hat und in der Fraktion der SPD gesagt hat, ist eindeutig und klar und macht auch deutlich, dass man ihm nicht vorwerfen kann, ihm sei das egal, er sei zynisch.

Es ist auch unkorrekt, ihn in die Nähe von Herrn Tittmann zu rücken. Daran hat nur Herr Tittmann ein Interesse, aber niemand anders von uns hat

(A) das Interesse, ein Mitglied des großen Koalitions-senats in Tittmanns Nähe zu rücken. Damit schädigen wir uns alle selbst und beschädigen übrigens auch das Land. Das wollen wir nicht! Da muss ein klarer, deutlicher Graben sein. Wir wollen mit all unseren Talenten und Möglichkeiten dafür sorgen, dass wir bitte sehr im Rahmen unserer verfassungsrechtlichen Verantwortung unsere Arbeit machen und nicht demagogisch aufgemischt werden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Jetzt kommt der nächste Schritt, den ich sehr konstruktiv finde: Wir haben uns angesichts dieses Toten verständigt, dass wir das in Zukunft anders organisieren, aber bitte sehr nicht, weil wir von der Drogenkriminalität zurückweichen, sondern weil wir natürlich im Rahmen unserer verfassungsrechtlichen Kompetenz und Möglichkeiten weiter alles daransetzen wollen, um diesen dringend notwendigen Kampf gegen Drogenhandel und Drogenmissbrauch zu führen, um dies auch mit repressiven Mitteln zu bekämpfen, aber natürlich auch mit Mitteln, die vorsorgen sollen. Wir brauchen eine nicht unterbrochene, eine energisch und wirklich auch entschlossen vorangetriebene Bekämpfung des Drogenmissbrauchs.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(B) Das überlassen wir nicht Herrn Tittmann, sondern das ist unsere Sache. Wir wollen unsere Gesellschaft mit allen zulässigen Mitteln, die wir haben und erreichen können, schützen. Wir wollen kein offenes Tor für Drogenhandel und für Drogenmissbrauch sein. Darum ist es richtig, dass wir sagen, wir wollen kontinuierlich die Drogenkriminalität bekämpfen. Ich bin sicher, dass das im Einvernehmen zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft und auch Justiz geht, denn ich kenne keinen Richter in Bremen, Herr Wedler, dem das egal ist. Ich kenne keinen Richter in Bremen, der sagt, seht doch zu, wie ihr es macht! Alle, wie sie da sind, leben in der Realität dieser bedrohlichen Entwicklung. Jeder Tote, das ist das Einzige, was ich akzeptieren kann von Tittmann, jeder Drogentote ist ein Toter zuviel. Solange das hier weitergeht, dürfen wir nicht bequem werden und einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir wollen das weiter mit genauso entschiedener und durchgehaltener, übrigens abgestimmter Politik weiter bekämpfen.

Dass nun so viele Fernsehleute und so viele Journalisten hier sind, hängt nun nicht nur mit dem Brechmitteleinsatz zusammen, sondern hängt damit zusammen, das haben Sie beide auch gesagt, dass wir hier nun so etwas wie eine Probeabstimmung über die große Koalition haben, ausgerechnet an diesem Punkt. Das müssen wir uns überlegen. Die CDU, denke ich, überlegt das, aber die

Sozialdemokraten müssen das auch überlegen, ob das der richtige Punkt ist, voneinander zu lassen.

(C)

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir einen Auftrag vom Wähler bekommen haben, der eindeutig ist und uns nicht erlaubt wegzulaufen, dass wir diesen Wählerauftrag in diesen vier Jahren Legislaturperiode umsetzen müssen und alle Talente und alle Durchsetzungskraft, die wir haben, und natürlich auch alle Erneuerung nutzen müssen, um zu bestehen. Das ist zurzeit so schwierig, weil uns das Geld des großen Sanierungsvertrages nicht mehr zur Verfügung steht, weil ich niemanden in der Bundesregierung sehe, der das einfach quer schreiben will, sondern weil das anstrengend wird, was ich da vor mir habe. Ich kann übrigens in Berlin nur sinnvoll verhandeln, wenn ich hier heute über die Runden komme.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das wissen hoffentlich alle meine großkoalitionären Abgeordneten, dass sie dann auch dieses Thema beenden.

Wir brauchen einen neuen Anlauf, der glaubwürdig nach innen wie nach außen ist, der uns in die Lage versetzt, diesen vor knapp zwei Jahren bekommenen Auftrag, dieses Land zu sanieren, zu erfüllen. So habe ich das verstanden. Das war nicht technokratisch im Sinne des Vertrages gemeint, sondern das war inhaltlich gemeint, tut alles, damit es hier bitte sehr mit diesem schönen großen, Jahrhunderte alten Staat Freie Hansestadt Bremen weitergeht. Vor diesem Wählerauftrag, vor dieser Herausforderung müssen wir bestehen, müssen die Lage, die wir heute haben, sortieren, zuordnen und müssen uns gemeinsam in die Lage versetzen, das, was in den nächsten Wochen und Monaten von uns zu handeln ist, zu bewältigen, uns nicht gegenseitig die Schuld zuweisen, nicht Abstand halten voneinander.

(D)

Das hatte ich die Monate vorher beobachtet, dass man immer lieber über den anderen in der Koalition redet als über sich selbst. Das ist nicht zielführend, sondern zielführend ist, wenn wir unsere Gemeinsamkeit wirklich nutzen, um Lösungen und Vorschläge in den nächsten Wochen und Monaten zu erarbeiten, die allen, die uns begleiten, klar machen, die wissen, wo es lang geht, die arbeiten für die Selbständigkeit dieses Landes, dieses Zwei-Städte-Staates, die vertreten auf eine vitale, überzeugende Weise eine von ganz vielen, nicht nur vom Parlament getragene Politik. Da habe ich mich vor ein paar Monaten ja in die Nesseln gesetzt, als ich gesagt habe, es gibt außer dem Parlament auch noch andere, die an der Sanierung Bremens und Bremerhavens arbeiten.

Ich spüre es deutlich, dass es ganz viele Menschen gibt, die uns begleiten, die sagen, lasst das

(A) nicht aus den Händen gleiten, sondern reißt euch zusammen, packt es und bringt dieses Schiff wieder auf Kurs. Darum bitte ich alle Koalitionsabgeordneten, lasst mich hier nicht allein, bei Herrn Rówekamp wird auch über mich entschieden!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu Beginn ein Wort zu den Ausführungen des Abgeordneten Tittmann von der Deutschen Volksunion sagen! Der zentrale Satz in seiner Aussage war: Diese Menschen, Tatverdächtige, Täter, haben keine Würde. Damit hat er sich hier ganz deutlich außerhalb des Konsenses der Demokraten, des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gestellt. Ich weise das hier, ich hoffe, im Namen aller Kolleginnen und Kollegen, entschieden zurück!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

(B) Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn es stimmt, dass die DVU gemeinsam mit der NPD, die sich im Moment in Sachsen immer mehr als eine wirklich entschiedene Gruppe von Neonazis entpuppt, zur Bundestagswahl 2006 in diesem Land antreten will, dann sollten Sie, Herr Tittmann, und Ihre Freunde sich dies überlegen, ob Sie mit Neonazis, die sich in Sachsen jetzt wieder noch einmal massiv außerhalb nicht nur unseres Grundgesetzes, sondern auch unseres Wertekonsenses gestellt haben, gemeinsame Sache machen wollen! Da hätten Sie genug nachzudenken, dann könnten Sie hier ruhig einmal eine Pause machen mit Ihren unerträglichen Reden, wie Sie heute wieder eine gehalten haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Zu dem Beitrag von Bürgermeister Scherf: Ich glaube, es ist nicht nur verständlich, sondern es ist nachgerade ureigenste Aufgabe eines Regierungschefs, seinen eigenen Laden, wenn ich es einmal so flapsig sagen darf, zusammenzuhalten. Wer würde einem Regierungschef den Vorwurf machen, dass er versucht, seinen Laden, wenn er auch noch so weit auseinander driftet, irgendwie zumindest bis zum Ende der Legislaturperiode zusammenzuhalten? Dafür habe ich vollstes Verständnis.

Manchmal allerdings, in einigen dieser Versuche, finde ich, schießen Sie etwas über das Ziel hinaus.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Sie sagen, ja – und das hat mich sehr gefreut –, wir müssen uns nachdenklich auch unserer eigenen Verantwortung stellen, egal, ob wir nun Innen- oder Justizsenator, ob wir Abgeordnete sind, wir müssen uns dieser Verantwortung im Allgemeinen stellen. Damit haben Sie völlig Recht, weil niemandem damit gedient ist, wenn die einen auf die anderen zeigen und wir lediglich mit Schuldzuweisungen in diesem Fall arbeiten.

Es stört mich allerdings dann doch, wenn immer von der Politik, den Abgeordneten die Rede ist und somit eine Pauschalierung vorgenommen wird. Sie sagen, es hätte immer einen Konsens auch in diesem Hause gegeben, diese Praxis so zu handhaben, und schließlich hätten sich die Beteiligten dann ja auch darauf verlassen müssen. Ich habe vorhin am Anfang meiner Rede noch einmal ausführlich aus der Debatte 2001 zitiert. Nachdem in Hamburg bereits ein Mensch gestorben war, gab es einen Antrag, der genau das Gegenteil forderte, der begründet worden ist und dem nur die Abgeordneten vom Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt haben. Es gab also auch in diesem Haus durchaus unterschiedliche Auffassungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten.

(D) Es hätte die Chance gegeben, nachdem wir einen solchen Hinweis aus Hamburg hatten, dass es eben doch zu erheblicheren Gesundheitsfolgen kommen kann, diese Praxis bereits damals zu stoppen. Das hätte auch etwas mit der von Ihnen eingeforderten Verantwortung, mit der Ernsthaftigkeit im Umgang mit diesem Thema zu tun gehabt, wenn wir es schon bei diesem Anlass in Hamburg im Jahr 2001 hier in dieser Bürgerschaft getan haben. Das muss man auch dazu sagen, auch das ist die Wahrheit in dieser Auseinandersetzung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt haben Sie in letzter Zeit häufiger auch Journalisten, angegriffen wäre zuviel, aber zumindest kritisiert, weil Sie sagen, sie drängten uns sozusagen in eine bestimmte Richtung, sie säßen uns so nah auf der Pelle, sie wollten von uns unbedingt die eine oder andere Aussage haben.

Ich kann mir das nicht vorstellen bei den Redakteuren von „Buten un binnen“, als sie den Innensenator am 4. Januar einluden. Es war nahe liegend, dass sie den Innensenator einluden, da sie am selben Tag von diesen Vorgängen gehört hatten, die bis dahin schon seit zehn Tagen vertuscht worden waren, es war nahe liegend, dass sie ihn nach diesen Vorgängen fragen würden, und kein Journalist hindert einen Senator daran, sich vor einem solchen Statement umfassender zu informieren als mit schon mehrere Tage alten Tagesmeldungen der Polizei! Kein Journalist sagt einem Senator, dass er nicht die Verantwortung wahrnehmen soll, hier ein differenziertes und gut informier-

(A) tes Bild abzugeben, sondern mit einem emotionalen Impuls, hier könnte man möglicherweise politisch etwas reißen, in eine Fernsehsendung zu gehen, die er dann hinterher doch nur sehr halbherzig bedauert, und Aussagen zu machen! Das kommt dann von den politisch Handelnden schon selbst. Hier kann man die Verantwortung von politisch Handelnden nicht auf die Presse oder die Journalisten abwälzen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt haben Sie am Ende, Herr Bürgermeister Scherf, etwas gemacht, was ich auch verstehen kann, was Sie auch, und das finde ich immer sehr sympathisch, in einer sehr transparenten und durchsichtigen Art und Weise machen,

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit der Tür ins Haus!)

(B) nicht so hinten herum und versteckt, dass man es vielleicht nicht merkt, sondern Sie machen es so, dass auch jeder genau merkt, was Sie vorhaben. Das finde ich eher sympathisch als unsympathisch. Sie haben gesagt: Wir stimmen hier nicht über Brechmitteleinsatzanträge ab, wir stimmen nicht darüber ab, ob einzelne Abgeordnete noch Vertrauen zu einem Innensenator haben, der sich in dieser Weise verhalten hat, sondern wir stimmen darüber ab, ob ich Bürgermeister der großen Koalition bleiben soll, und wir stimmen darüber ab, ob ich ein günstiges Verhandlungsklima mit Kanzler Schröder zum Kanzlerbrief habe.

Wenn es nach so vielen Jahren der Sanierung und nach so vielen Haushaltsproblemen tatsächlich bei der Frage der Entscheidung des Parlaments über einen ganz konkreten Vorgang hier in Bremen, nämlich das Verhalten des Innensensors und der Umgang mit den Brechmitteln, davon abhängen sollte, ob Sie mit Kanzler Schröder erfolgreich zum Kanzlerbrief verhandeln, ob wir die Haushalts-sanierung hinbekommen, dann, lieber Herr Scherf, ist im Grunde genommen Ihre Sanierung und Ihr ganzes Vorhaben schon gescheitert, wenn das der letzte Strohalm ist, an den Sie sich noch klammern können! Es gibt keinen Zusammenhang zwischen diesen beiden Dingen. Sie haben den Auftrag selbst angenommen, Bremen zur Sanierung zu führen, Sie sagen auch, Sie wollen es zu Ende bringen, und Sie haben die Erfolge versprochen, sowohl den Haushalt auszugleichen als auch Bremen finanziell wieder nach vorn zu bringen.

Gleichzeitig ist hier jeder einzelne Abgeordnete und jede einzelne Abgeordnete gefragt, in einer Sache, die damit nichts, aber auch gar nichts zu tun hat, zu entscheiden. So stehen die beiden Dinge zueinander. Ich glaube, dass es auch die

Mehrzahl der Abgeordneten so sehen wird. – Vielen Dank, meine Damen und Herren! (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist interfraktionell vereinbart, zuerst über die Sachanträge abstimmen zu lassen.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/509 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Abg. T i t t m a n n [DVU] und Abg. W e d l e r [FDP])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab. (D)

Ich lasse über den Antrag des Abgeordneten Wedler, FDP, abstimmen.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Wedler mit der Drucksachen-Nummer 16/515 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. W e d l e r [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 16/517 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. W e d l e r [FDP])

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und
Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Misstrauensantrag.

Meine Damen und Herren, die Bürgerschaft hatte zu Beginn der Sitzung beschlossen, dass die Abstimmung geheim in Kabinen erfolgt. Das Verfahren richtet sich dann analog nach Paragraph 58 Absätze 5 und 6 der Geschäftsordnung.

(B) Zum Verfahren lassen Sie mich folgende Anmerkungen machen: Die Schriftführerinnen haben Stimmzettel zurückzuweisen, die außerhalb der Kabine gekennzeichnet oder in den Umschlag gelegt wurden beziehungsweise nicht in den Wahlumschlag gelegt wurden. Außerdem sind Stimmzettel zurückzuweisen, die sich in einem Wahlumschlag befinden, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält. Stimmzettel, die Zusätze oder Kennzeichnungen enthalten, sind ungültig, wenn sie den Willen des Abstimmenden nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder die Person des Wählers erkennbar wird. Sie haben die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Enthaltung zu stimmen.

Ich bitte die Schriftführerinnen, ihre Plätze bei den Wahlkabinen einzunehmen!

Die Ausgabe der Stimmzettel und Umschläge erfolgt nach Namensaufruf an dem Tisch rechts neben den Kabinen.

Besteht Klarheit über die Durchführung der Abstimmung? – Das ist der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgerufenen Damen und Herren, ihre Stimme abzugeben.

(Es folgt der Namensaufruf – Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, haben alle Abgeordneten ihren Stimmzettel abgegeben? – Das ist der Fall.

Dann ist die Abstimmung beendet.

Wir kommen jetzt zur Auszählung der abgegebenen Stimmen.

(C) Ich bitte die Schriftführerinnen, die Auszählung vorzunehmen, und ich unterbreche die Sitzung, bis das Ergebnis vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 12.44 Uhr)

★

Vizepräsidentin Dr. Mathes eröffnet die Sitzung wieder um 12.54 Uhr.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Bevor ich das Abstimmungsergebnis bekannt gebe, weise ich darauf hin, dass gemäß Artikel 110 Absatz 3 der Landesverfassung der Beschluss auf Entziehung des Vertrauens zustande kommt, wenn die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl, das sind 42 Abgeordnete, zustimmt.

Ich werde jetzt das Abstimmungsergebnis bekannt geben, wie es von den Schriftführerinnen festgestellt wurde.

Misstrauensantrag gegen den Senator für Inneres und Sport, Senator Thomas Röwekamp: ausgegebene Stimmzettel 81, abgegebene Stimmzettel 81, vernichtete Stimmzettel keiner!

Antrag, Drucksache 16/508: Es stimmten mit Ja 19, Nein 60, Enthaltungen zwei.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.55 Uhr)

★

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.31 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Gesetz zur Schaffung von Standortgemeinschaften in Stadtquartieren

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 30. November 2004 (Drucksache 16/478)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Eckhoff.

(A) Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Medikamentenwahl war eine etwas andere als die des Präsidenten Weber, aber trotzdem könnte es sein, dass es mit meiner Stimme hier und da hakt, das bitte ich schon jetzt zu unterstützen!

(Senator E c k h o f f : Welches Medikament hast du denn eingenommen? – Heiterkeit)

Ich bin ja nicht der gesundheitspolitische Sprecher, von daher weiß ich das nicht so genau!

Meine Damen und Herren, wir legen Ihnen hier heute, und zwar alle drei Fraktionen des Hauses, einen Antrag vor, mit dem wir wollen, dass ein neues Gesetz im Land Bremen geschaffen wird. Das allein ist, glaube ich, ein Punkt, der schon seine Würdigung verdient, weil ja die allgemeine politische Diskussion derzeit darauf hinausläuft, Gesetze abzubauen.

(Unruhe)

Herr Wedler hat den Antrag nicht unterzeichnet, daher klatscht er an der Stelle!

(B) Die allgemeine Diskussion, die FDP ist da sicherlich besonders stark, sagt ja, Gesetze abzubauen sei der Trend der Zeit, und es gehe um Deregulierung. Wir haben uns dazu entschlossen, doch ein Gesetz zu machen, aber nicht, um zwinghaft zu regulieren, sondern um Möglichkeiten zu bieten und dafür zu sorgen, dass, wenn diese Möglichkeiten ergriffen werden, sie dann auch wirklich alle Beteiligten, vor allem alle, die Vorteile daraus ziehen, einbeziehen.

Dieses Gesetz, das wir vorschlagen, könnte „Gesetz zur Schaffung von Standortgemeinschaften in Stadtquartieren“ heißen. Worum geht es in dem Zusammenhang? Wir haben vor mehreren Jahren, das ist mittlerweile schon einige Jahre her, seitens des Landes und der SPD-Fraktion gesagt, wir können nicht nur in dem Bereich der Innenstadt etwas für die Qualität unserer Quartiere tun, sondern wir müssen als öffentliche Hand auch in dem Bereich der vitalen Stadtquartiere, so haben wir es genannt, Akzente setzen und dafür sorgen, dass wir Stabilität in den Stadtquartieren bekommen.

Diese damalige Herangehensweise der SPD ist heute Programm des Senats und Programm hier im Hause, und ich habe den Eindruck, dass der Programmteil Förderung von Stadtquartieren auch breit getragen wird. Dafür tut die öffentliche Hand

*) Vom Redner nicht überprüft.

viel. Wir tun mit investiven Mitteln viel dafür, dass die Stadtquartiere stabilisiert werden, dass Handel und Gewerbe sich dort ordentlich entwickeln, dass aber auch Aufenthaltsqualität und Wohnqualität gestärkt werden, so dass wir in Bremen und Bremerhaven keine Situation bekommen, wo wir auseinander fallende Quartiere vorliegen haben.

(C)

Dieses Ganze, sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven, ist immer damit verbunden gewesen zu sagen, wir tun hier öffentlich etwas, wir machen öffentliche Anstrengungen, aber wir erwarten, dass sich auch die Privaten in den Stadtquartieren engagieren und sich aktivieren. Es gibt da, das will ich an dieser Stelle deutlich sagen, ganz hervorragende Initiativen in vielen Quartieren, die sich vielfach schon seit Jahren abmühen, Vorteile hinzubekommen, die Stärken zu stärken, insbesondere Händler und Grundeigentümer dafür zu gewinnen, dass man etwas in Gang bekommt. Es gibt da aber ganz schwierige Resultate. Ich will hier nicht die Geschichte der Sögestraße in Bremen aufmachen, wo es schwer war, die Anlieger zu gewinnen, sich an schon zugesagten Maßnahmen zu beteiligen.

Vor dem Hintergrund, und so muss ein Gesetz, so muss die Überlegung zu einem Gesetz entstehen, ist das keine Kopfgeburt, die wir hier im Parlament geboren haben, sondern es gibt dafür zwei wesentliche Ansätze. Das eine ist eben der Problembefund, dass das private Engagement in den einzelnen Quartieren in den Gewerbebereichen leider nur punktuell ausgerichtet ist und nie alle umfasst, es gibt immer die berühmten Trittbrettfahrer.

(D)

Der zweite Anstoß ist: Es gibt seit 20 bis 30 Jahren eine Praxis insbesondere in angelsächsischen Ländern, vorrangig in den USA, aber auch in Kanada und in Großbritannien, unter der Überschrift „Business Improvement Districts“. Sie sagt, schließt euch in den Quartieren zusammen, dann gibt es eine über die öffentliche Hand und die staatlichen Organe organisierte Abgabe, diese Abgabe fließt an euch aber wieder zweckgebunden zurück, und damit wird das Engagement der Anrainer und die Standortqualität in den Quartieren selbst verstärkt.

Dieser Gedanke wird mit dem Gesetz aufgegriffen, das wir vorschlagen. Mit diesem Antrag bitten wir heute den Senat, einen solchen Gesetzentwurf möglichst zügig zu erarbeiten. Er soll eben diese Rahmenbedingung schaffen, und dann, wenn das Gesetz Lebendigkeit erhalten soll, muss das in den jeweiligen Quartieren organisiert werden, dort muss Engagement entstehen, das dann zu solchen Standortgemeinschaften führen kann.

Ich will einen Punkt gleich ansprechen, denn ich vermute, der wird hier in der Debatte noch kommen. Man hat schon einige Stimmen aus der Kaufmannschaft gehört, die sagen, da wollen sie sich

(A) doch von ihren Aufgaben entlasten, und dafür wollen sie uns wieder neue Abgaben und Steuern aufdrücken. Dazu will ich erstens sagen, dass hiermit überhaupt nicht verbunden ist, dass sich die öffentliche Hand von ihren Anstrengungen entlastet, sondern wir müssen doch die Ergänzungsfunktion zusammenbekommen, wir müssen doch das Hand-in-Hand-Greifen von öffentlichen und privaten Aktivitäten hiermit auf den Weg bringen.

Das Zweite ist, dass natürlich hier, wenn man zu solch einer Regelung kommt, jeder Grundeigentümer zu einem Aufschlag auf seine Grundsteuer herangezogen wird. Dieses Geld fließt aber, wie gesagt, zurück. Wir haben nun einmal leider die Situation, dass in vielen Quartieren gerade die Eigentümer oder Einzelhändler oder auch Gastronomen, die dort tätig sind, alles versuchen, um Marketing zu betreiben, um die Fassadengestaltung besser zu machen und Ähnliches. Es gibt aber immer wieder gerade bei finanzkräftigeren Eigentümern, so wird es jedenfalls oft berichtet, die ja häufig nicht vor Ort sind, ein Verhalten, dass man sich schlicht und einfach in die Büsche schlägt, wenn es darum geht zu zahlen, man aber natürlich gern den Gewinn und die Vorteile solcher Maßnahmen mitnehmen will. Damit muss Schluss sein!

Es ist ein zentrales Ziel dieses Gesetzes, alle in das Boot der Aktivität im Quartier zu bringen und alle dabei zu haben. Dafür wird es gewisse Foren geben, die notwendig sind, aber auch dies wird im Gesetz zu regeln sein und ist dann auch völlig klar und praktizierbar.

(B)

Wir sind in Bremen damit nicht ganz allein. Ich muss selbst sagen, ich hatte einmal die Hoffnung, wir könnten da Vorreiter sein. Wir als SPD-Fraktion haben uns damit erstmalig im Herbst 2003 befasst und beschlossen, dass wir solche Standortgemeinschaften unterstützen, aber so etwas dauert immer ein bisschen und braucht ein wenig Zeit, und so sind wir jetzt sogar schon von einem anderen Bundesland überholt worden. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat noch Ende letzten Jahres ein solches Gesetz beschlossen, das am 28. Dezember 2004 verkündet worden ist. Es schafft die Möglichkeit, eben solche Standortgemeinschaften einzurichten. Wir wären an der Stelle Nummer zwei. Ich finde, es ist immer noch gut, dass sich an der Stelle das Bundesland Bremen mit Bremerhaven auch als innovative Region zeigt und solche neuen Möglichkeiten aufnimmt und zügig umsetzt.

Ich will auch sagen, es gibt politischen Handlungsspielraum für so etwas, wo es natürlich an das Geld der Grundeigentümer in den Bereichen herangeht. Ich denke – das ist in dem Zusammenhang vielleicht ein bisschen eine politische Äußerung –, die Steuerpolitik, die die rotgrüne Bundesregierung in den letzten Jahren betrieben hat, hat natürlich zu Entlastungen geführt. Diese Ent-

lastungen hatten aber immer den Sinn und den Zweck, wirtschaftliche Aktivität anzutreiben.

(C)

In diese Logik wollen wir uns hier einreihen, wirtschaftliche Aktivität anzustoßen, zu verstärken und natürlich auch vor Ort in den einzelnen Gebietskörperschaften diese Möglichkeiten zu schaffen. Darum ist es auch legitim – und es gibt auch den finanziellen Handlungsspielraum, eben wegen dieser Steuerpolitik, die gemacht worden ist –, dass wir hier in Bremen eine solche Zusatzabgabe realisieren, soweit sich die Betroffenen in den Quartieren darauf verständigen, und dafür die Grundlage hier und heute zu schaffen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss! Wir legen hier einen Vorschlag für ein Rahmengesetz vor, das, wenn es ausgeführt wird, eine gute und kluge Ergänzung unserer Politik zur Stärkung von Stadtquartieren ist und Handel und Wandel verstärken soll. Es ist ein Gesetz, das gewünscht wird, auch in den Teilen der betroffenen Wirtschaft, wo man sagt, wir brauchen jetzt diese Rahmenbedingungen, damit wir handeln und das umsetzen können, was hier erforderlich ist. So gesehen ist es ein Gesetzesvorschlag, der hier erarbeitet werden soll, der, glaube ich, zu Recht von allen drei Fraktionen eingebracht wird. Ich bitte da um breite Unterstützung, und, Herr Wedler, vielleicht bekommen wir auch Ihre Hand für diesen Vorschlag. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

(D)

Vizepräsident Ravens: Nächster Redner ist der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieses Gesetz, das wir hier mit dem Ziel vorschlagen, dass es entworfen, beraten und beschlossen werden soll, soll nicht dazu dienen, mehr Bürokratie aufzubauen, sondern im Gegenteil, es soll helfen, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, analog zu vielen Beispielen, die wir in anderen Ländern, insbesondere aber in Nordamerika, gesehen haben. Dort hat sich dieses Instrument „Business Improvement District“, das wir hier übersetzt Standortgemeinschaft nennen, als sehr erfolgreich zur Revitalisierung und Stärkung von Innenstädten, Nebenzentren und Quartieren herausgestellt und entwickelt. Das gibt es dort schon seit über 30 Jahren. Es haben sich allein in Nordamerika über 1200 dieser Districts gebildet, die sehr erfolgreich die Revitalisierung ihrer Stadtgebiete vorgenommen haben.

Das Entscheidende und Gute bei dieser Sache ist, dass das Geld, das dort eingenommen wird, ausschließlich den Leuten selbst zur Verfügung gestellt wird und sie selbst bestimmen, was sie mit

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) diesem Geld machen. Es ist also keine Abgabe, die an den Staat fließt, sondern es ist eine Abgabe, die direkt an die Gemeinschaft fällt, die das Geld dann für ihre Zwecke gemäß Businessplan, den sie sich selbst gibt, verwendet. Das ist eigentlich das Entscheidende, denn wir stellen ja in den letzten Jahren immer wieder fest, dass sich Stadtteile, Nebenzentren und Stadtteilzentren schlecht entwickeln, weil Einkaufsmöglichkeiten in großen Zentren geschaffen worden sind oder auf der grünen Wiese etwas anderes entstanden ist, so dass doch Probleme in den einzelnen Bereichen gekommen sind.

Dann bilden sich Interessengemeinschaften, Werbegemeinschaften in einem Bezirk meinetwegen mit 20 oder 30 Grundstückseigentümern, von denen sich dann zehn oder zwölf beteiligen, eine ganze Menge Geld ausgeben für Werbung, Sauberkeit und Sonstiges, und die Übrigen sehen zu, tun nichts und profitieren nur davon, was die anderen da getan haben. Das führt dazu, dass auf die Dauer auch diese Aktivitäten einschlafen, weil natürlich die Leute nicht für die anderen mitbezahlen wollen. Dieses Gesetz, das hier jetzt geschaffen werden soll, soll sozusagen ein Instrument sein, um zu ermöglichen, wenn sich eine Mehrheit der Grundstückseigentümer in einem solchen Bezirk dafür entscheidet, so etwas zu tun, dass dann die anderen auch allerdings gezwungen werden, dort mitzumachen und auch mit einzubezahlen.

(B) Ich finde, das ist eine sehr gute Sache, und das lässt sich eben leider auf freiwilliger Basis nicht richtig regeln hier in Deutschland. Da hat es Pilotprojekte gegeben, die analog dem amerikanischen Vorbild das tun sollten im Ruhrgebiet und in mehreren Städten, aber es führt nicht zu dem Ergebnis, dass sich eben im Endeffekt alle beteiligen, und wenn sich nicht alle beteiligen, dann hat das Ganze keinen Sinn, weil dann die Revitalisierung und die Neubestimmung in diesen Stadtteilen oder in diesen Quartieren nicht richtig gelingen.

Es ist ja auf der anderen Seite auch nicht nur eine staatliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass alles bestens floriert, weil auch die Grundstückseigentümer ein besonderes Interesse daran haben müssen, dass es in ihren Quartieren funktioniert, dass die Kunden kommen, dass es ordentlich aussieht. Das ist für die Immobilie gut, weil sie dann werthaltiger ist. Es ist aber auch für die Vermietbarkeit der Immobilie besser, weil durch ein anständiges und ansprechendes Quartier natürlich auch die Kundenfrequenz wesentlich höher ist, damit auch bessere Ergebnisse erzielt werden können und die Werthaltigkeit der Immobilien gesteigert werden kann. Das kann der Staat natürlich nicht leisten, und insofern ist dort auch eine Eigeninitiative erforderlich.

Mit diesem Gesetz wird allerdings auch keiner gezwungen, denn wenn diese bestimmten Quo-

ren nicht erreicht werden in einem Quartier, dann kann auch so eine Standortgemeinschaft nicht gebildet werden. Deswegen ist es natürlich auch der Initiative der einzelnen Quartiere nachher überlassen, ob sie es nun tun wollen oder nicht. Wir wollen auf jeden Fall das Angebot dafür geben, weil wir glauben, dass erstens der Staat das nicht leisten kann auf Dauer, aber zweitens, weil wir das durch die Interessen- und Werbegemeinschaften, die es überall gibt, auch wissen, dass viele Leute sich sehr wohl dessen bewusst sind, dass sie selbst etwas dafür tun müssen, dass sie ihre Immobilien werthaltig erhalten, und man diejenigen, die nur Trittbrettfahrer sein wollen, dazu zwingt, sich in diese Gemeinschaft mit einzubetten. Wenn mehrheitlich über diese Dinge beschlossen werden kann, dann, glaube ich, wird auf Dauer auch derjenige, der keine Lust gehabt hat zu zahlen, merken, dass es besser für ihn ist.

Es ist ja auch in anderen großen Malls oder Einkaufszentren nicht anders. Da wird sich kein Ladenmieter oder Besitzer weigern können, sich an den Unkosten zu beteiligen, was Werbung oder Events oder so etwas betrifft. Die sind von vornherein dabei und müssen das tun, und so gesehen kann man das praktisch auch übertragen auf kleine Quartiere, Einkaufsnebenzentren oder auch Innenstadtzentren.

(D) Uns schwebt auch vor, dass wir mit zwei oder drei solcher Initiativen natürlich versuchen, jetzt diesen ganzen Weg zu begleiten, denn es ist nicht so ganz einfach zu sagen, wir machen das Gesetz, und dann sollen die das einmal tun, sondern das muss in einer breiten Öffentlichkeitsarbeit erfolgen. Es muss mit Kammern, Verbänden, Interessengemeinschaften gesprochen werden, die es auch gibt im Ostertor oder in Bremen-Nord, in Vegesack oder in der Wachmannstraße. Da haben wir schon mehrere Punkte, wo man auch praktisch mithelfen kann, so etwas zu entwickeln. Das muss den Menschen und den Grundstückseigentümern oder den Einzelhändlern auch nahe gebracht werden, dass es ein positives Zeichen ist, das hiermit gesetzt werden kann.

Es soll keine Zwangsabgabe erfolgen, es soll eine Abgabe erfolgen, womit selbst etwas verbessert werden kann. Das fließt nicht in irgendeinen Topf, sondern in das Quartier, das sich für diese Maßnahme entschieden hat. Ich glaube, wenn wir in den nächsten Monaten diesen breiten Diskussionsprozess führen, werden wir auch in der Lage sein, bis Mitte des Jahres so ein Gesetz verabschieden zu können.

In Hamburg ist dieser Prozess geführt worden in den letzten Monaten, was zum Ergebnis hatte, dass dieses Gesetz verabschiedet worden ist. Zwei Standortgemeinschaften sind schon in Gründung, und wenn uns das hier gelingen würde, dann wäre

(A) das ein guter Ansatz für die weitere Arbeit. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Einzelhandel in der Bundesrepublik steckt, bei Licht besehen, in einer ziemlichen Krise. Man muss, wenn man über die Frage der Business Improvement Districts reden will, glaube ich, an den Anfang stellen, was das eigentlich für Probleme sind, die der Einzelhandel hat, vor allem auch der kleinflächige Einzelhandel.

Ich sage Ihnen das einmal heruntergebrochen auf Bremen. Wir haben in Bremen das Roland-Center mit 30 000 Quadratmetern, wir haben in Bremen den Weser-Park mit 120 000 Quadratmetern, wir haben das Hansa-Carré mit 18 500 Quadratmetern, das Walle-Center mit 17 000 Quadratmetern, das Haven Hööv't mit 11 000 Quadratmetern, und der Space-Park, der ja immer noch nicht eröffnet ist, soll quasi auch noch einmal mit 44 000 Quadratmetern dazukommen.

(B) (Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Nun nennen Sie doch einmal Dodenhof und andere!)

Herr Pflugradt, hören Sie doch erst einmal zu! Bleiben Sie ganz ruhig, bleiben Sie gelassen, hören Sie einfach einmal zu, das hat etwas mit Analyse zu tun, zum besseren Verständnis dessen, warum wir diesen Antrag mittragen!

Es ist so, dass die Konkurrenz der Malls gegenüber dem kleinflächigen Einzelhandel für den kleinen Einzelhändler kaum zu tragen, kaum zu überleben ist, vor allem eben auch wirtschaftlich nicht. Man kann eine Rechnung aufmachen, was man eigentlich für einen Umsatz pro Quadratmeter machen kann, und da liegt Deutschland mit rund 3 600 Euro pro Quadratmeter im europäischen Vergleich relativ niedrig. Das heißt, dass die Situation von zwei Seiten her schwierig ist. Einmal haben Sie in der Konjunkturlaute sowieso weniger Kaufkraft, die an den Markt kommt, und zweitens haben Sie ein extremes Überangebot in Bremen an großflächigem Einzelhandel. Das macht gerade dem kleinflächigen Einzelhandel schwer zu schaffen, und das ist gerade das Problem des kleinflächigen Einzelhandels, dass er dieser Konkurrenz nicht standhalten kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Aus unserer Sicht ist es deswegen wichtig, nach Möglichkeiten zu suchen, insbesondere, das betone ich an dieser Stelle noch einmal, dem kleinflächigen Einzelhandel zu helfen. Ich glaube, dass ein Gesetz über Business Improvement Districts oder Standortgemeinschaften oder wie immer man das nennen will, eine Möglichkeit ist zu helfen. Man muss jetzt nicht annehmen, dass, wenn man dieses Gesetz verabschiedet hat, der Rest dann wie von selbst geht, das ist mitnichten so. Wir werden künftig in der politischen Auseinandersetzung über die Frage von großflächigem und kleinflächigem Einzelhandel sehr, sehr genau nachdenken müssen, wir werden bei jedem Bebauungsplan die Frage aufwerfen müssen, ob das noch verträglich ist, dass man weiterhin großflächigen Einzelhandel akzeptiert und zulässt.

Ich ganz persönlich kann ein Bekenntnis dazu ablegen, dass ich absoluter Fan der europäischen Städte bin. Ich will nicht eine Stadt, die im Innenstadtbereich keine Läden mehr hat, sondern nur noch in den Randregionen quasi nur per Auto erreichbare Einkaufsmalls hat, und die kleinflächigen Läden, gerade auch in etwas schwierigeren Lagen, gehen daran kaputt. Gehen Sie durch das Osterortviertel, sehen Sie sich die Leerstände in Bremen-Nord an oder eben in anderen Bereichen! Es ist augenfällig, gerade in Bremen-Nord ist es extrem deutlich, dass wir mit der Errichtung des Haven Hööv'ts deutliche Schwierigkeiten haben in der Fußgängerzone in der Gerhard-Rohlf's-Straße.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Die hätten wir auch ohne Haven Hööv't gehabt!)

Schwierigkeiten hat man immer auch ohne etwas, aber das verstärkt die Schwierigkeiten allemal.

Man muss ja – dies ist von meinen Vorrednern schon gesagt worden – an dieser Stelle darauf hinweisen, dass wir hier nicht ein Gesetz beschließen, sondern nur einen Antrag, der den Senat auffordert, ein Gesetz zu machen, das ist ja ein Unterschied. Wir werden uns natürlich in der Diskussion über das Gesetz selbst noch einmal gründlich darüber unterhalten müssen, wie das Gesetz gemacht wird, und ich hoffe, dass wir am Ende der ganzen Veranstaltung immer noch gemeinsam dastehen und gemeinsam dann auch ein Gesetz beschließen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zwei Dinge will ich an dieser Stelle aber schon einmal ansprechen. Ich glaube, wenn man in dieser Frage ehrlich ist, werden ein paar Einkaufslagen nicht überstehen können. Davon bin ich fest überzeugt. In der Konkurrenz wird nicht jeder Laden sozusagen, auch nicht mit diesem Gesetz,

(C)

(D)

(A) so eine Art Bestandsschutz bekommen können. Das ist auch Unsinn, das wird so nicht sein, es kann auch so nicht sein. Wir werden aber bestimmte Einkaufslagen stärken können mit diesem Gesetz, fördern können und vor allen Dingen auf die Selbstheilungskräfte des Einzelhandels setzen.

Wenn ich in der Vordiskussion zu diesem Antrag mit Einzelhändlern geredet habe, haben sie mir häufig diesen ach so berühmten Satz gesagt: Ein Einzelhändler heißt Einzelhändler, weil er einzeln handelt! Das ist eine Philosophie, die sie haben, die aber genau auch einen Teil ihrer Probleme ausmacht, weil sie sich nicht gegen die Malls, die durch einen Mallmanager geleitet werden, zusammenschließen, sondern weil sie auch noch in schwierigen Lagen, in schwierigen Zeiten eher den Konkurrenzgedanken im Kopf haben als den Gedanken, wie können wir zum Beispiel eine bestimmte Hauptstraße, eine Einkaufsstraße attraktiv machen, damit auch die Kunden Interesse haben, ihre Läden zu besuchen.

Die Stärke des kleinflächigen Einzelhandels muss immer auch darin liegen, ein gutes Beratungsangebot vorzuhalten, sich zusammenzutun für Verbesserungen – ich will jetzt gar nicht wiederholen, Dieter Focke und Carsten Sieling haben ja schon aufgezählt, welche Möglichkeiten das beinhaltet –, das ist dann die Chance tatsächlich auf eine gemeinsame Entwicklung von schwierigen Lagen.

(B) Diese Chance kann Politik nur als Gesetz anbieten. Wir können, und das finde ich insofern auch richtig, es nicht verordnen. Deswegen ist die Regelung in Hamburg ja auch so, dass es ein Quorum gibt. Wenn eine bestimmte Anzahl von Einzelhändlern sich zusammenschließen und sagt, wir wollen das, erst dann wird das in Kraft treten und gemacht. Wenn die Mehrheitsverhältnisse so nicht sind in der Straße, wird es auch nicht passieren. Dann gibt es eine Abgabe, und die Abgabe wird von denjenigen, die zu diesem Business Improvement District oder meinetwegen auch der Standortgemeinschaft gehören, die in diesem Bereich sich zusammengeschlossen haben, im Wesentlichen selbst verwaltet und eingesetzt, weil wir davon ausgehen, dass diejenigen, die vor Ort sind, auch am besten wissen, was nutzbringend für ihre Lage ist.

Nächster Punkt: Worauf wir sehr aufpassen müssen, ist tatsächlich, dass nicht originär staatliche Tätigkeiten, ich sage da nur einmal Straßenreinigung, gleich mit von diesen Business Improvement District gemacht werden sollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das kann nicht sein, dass es am Ende sozusagen einfach nur ein Sparprogramm ist, es muss mehr sein als ein Sparprogramm.

Letzter Punkt, den man sehr kritisch hinterfragen muss, ist meinem Empfinden nach, man muss dafür sorgen, dass der öffentliche Raum auch öffentlicher Raum bleibt. Das heißt, dass es nicht so weit geht bis hin zu polizeihöheren Aufgaben oder so. Das funktioniert alles nicht. Das ist sozusagen in den Malls anders. So eine Mall ist tatsächlich privat, und ein Business Improvement District muss meiner Meinung nach öffentlich bleiben. Das muss man wissen, wenn man ein Gesetz dazu macht.

Gleichzeitig müssen wir aber auch, und das müssen sich Politik und Verwaltung klarmachen, einen Teil des eigenen bisherigen Handelns in die Hände dieser Gemeinschaften legen. Man kann nicht glauben, dass man konsequent das so weitermacht wie bisher und schafft da eine Standortgemeinschaft, die dann im Grunde genommen handlungsunfähig ist. Den Balanceakt zwischen öffentlichem Raum und Abgabe von politischer Handlungsmöglichkeit muss man sehr sorgfältig gestalten, und ich hoffe, dass das sich im Gesetzentwurf so am Ende auch wiederfindet.

In diesem Sinne bin ich ganz zuversichtlich, weil, wie gesagt, der Antrag, ein Gesetz zu entwickeln oder vorzubereiten, von den drei Fraktionen hier ja gemeinsam eingebracht wird. Das hat ja damit zu tun, dass wir auch eine gemeinsame Diskussion im Vorfeld darüber geführt haben. Insofern bin ich also zuversichtlich, dass uns das gelingen wird. Dass die FDP meint, an dieser Stelle die Diskussion über die Frage Bürokratieabbau führen zu können, halte ich gelinde gesagt für ziemlich absurd, weil nicht jedes Gesetz per se Bürokratie und schlecht und dumm ist, sondern weil man eben kluge Gesetze machen muss, und ich hoffe, dass dies ein kluges Gesetz wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nicht in den Jubelchor über dieses geplante Vorhaben eintreten.

(Abg. Grotheer [SPD]: Schade!)

Das wäre auch der Grund gewesen, warum ich einen solchen interfraktionellen Antrag nicht mitgemacht hätte. Es verwundert mich im Übrigen, dass die CDU hier so flockig dabei ist. Das erstaunt mich insbesondere deswegen, als Sie hier nicht nur – darauf komme ich gleich zu sprechen – bürokratische zusätzliche Regeln machen, sondern Sie führen auch eine zusätzliche Zwangsabgabe

(C)

(D)

(A) ein, die Sie erst einmal den Betroffenen deutlich machen müssen.

(Abg. F o c k e [CDU]: Unsinn! Sie haben es nicht verstanden!)

Es geht hier also um die Schaffung eines zusätzlichen, neuen Gesetzes. Das haben Sie eben lautstark hier verkündet. Das steht eigentlich im Widerspruch zu dem Anliegen, das wir alle haben, das uns eigentlich auch zusammenbringt, nämlich Bürokratie abzubauen und insbesondere zu deregulieren. Wir haben ja hier einen Vorschlag des Senats über Vorschriften, die er schlankweg streichen oder aussetzen will. Das wäre zum Beispiel ein solches Thema, das da unbedingt hineingehört. Das steht im Widerspruch genau zu dem, was wir alle wollen, nämlich Bürokratie abzubauen, zusätzliche Bürokratien nicht erst entstehen zu lassen und zu deregulieren.

Hilfe zur Selbsthilfe wurde eben gesagt! Das ist, glaube ich, eine Hilfe zur Selbsthilfe, hinter der die Knute des Staates steht,

(Abg. F o c k e [CDU]: Quatsch!)

(B) so dass man sich natürlich fragen kann, ob dies wirklich nun Hilfe zur Selbsthilfe ist oder ob das nicht staatlicher Zwang ist, der hier ausgeübt wird. Es würde mich sehr interessieren, was unsere Kammern zu diesem Vorhaben sagen.

(Abg. F o c k e [CDU]: Die begrüßen das!)

Wenn ich die Kammern richtig verstanden habe, und ich habe schon häufiger mit ihnen geredet, gerade was Bürokratieabbau, was Deregulierung, was Zwangsabgaben anbetrifft, kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, dass die Kammern einem solchen Vorhaben zustimmen können, denn das würde genau im Widerspruch stehen zu dem, was sie sonst immer verkünden.

Es geht um die Einführung einer zusätzlichen Zwangsabgabe. Ich denke mir, wir sollten alle ein Interesse daran haben, dass wir solche zusätzlichen Zwangsabgaben vermeiden und verhindern. Wir haben schon genügend Abgaben dieser Art. Zwangsabgaben, selbst wenn Sie jetzt damit kommen, dass das eine zweckgebundene Abgabe sei, bleiben Zwangsabgaben, egal ob das nun in dieses Quartier hineinfällt oder nicht. Auf jeden Fall ist es eine Zwangsabgabe, die hier erhoben wird.

Die Details des Gesetzes kenne ich noch nicht. Wenn hier davon die Rede war, die Erhebung von einem Quorum abhängig zu machen, habe ich sogar gewisse Zweifel, ob das überhaupt rechtlich handhabbar ist, denn mit einem Quorum und dann

(C) mit einer Verpflichtung für die Gesamtheit habe ich meine Probleme.

Das Nächste, was ich noch sagen wollte! Nicht alle betroffenen Anlieger sind auch Eigentümer der Objekte, um die es geht. Ich weiß nicht, wie die Abgabe ausgestaltet werden soll, ob Geschäftsinhaber ohne Rücksicht darauf einbezogen werden sollen, ob sie Eigentümer sind, die Immobilie ihnen selbst gehört, ob sie nur Mieter oder Pächter sind, das heißt, das ist völlig offen für mich, im Moment geht das aus dem Antrag auch nicht hervor. Wenn Sie ansetzen bei den Besitzabgaben, dann haben Sie erhebliche Probleme, weil Sie die Mieter und Inhaber sonstiger Rechte nicht tangieren und treffen werden, denn das ist genau die Ausnahme, die Sie dann möglicherweise in Kauf nehmen müssen.

Ich würde als FDP eher dafür plädieren, das sollte weiterhin auf freiwilliger Grundlage passieren, ergänzt durch das, was der Staat machen kann. Ich denke, das ist eigentlich auch die Philosophie, die hier eine Rolle spielen kann. Wir haben ja Verbände, Einzelhandelsverbände zum Beispiel, die sich engagieren könnten. Wie gesagt, mir ist ein privates Engagement sehr viel lieber, als wenn Sie hier ein Engagement durch staatlichen Zwang auslösen. Das ist mir als FDP-Mitglied, als Liberalem eigentlich von Grund auf zuwider.

(D) Sie haben damit auch noch nicht das Problem der Leerstände gelöst. Das Problem des Einzelhandels bekommen Sie meines Erachtens durch so etwas nicht gelöst. Die Probleme des Einzelhandels haben nämlich etwas mit der Kaufkraft, mit der Nachfrage zu tun, und sie haben weniger damit zu tun, wie ein Quartier ausgestattet und ausgestaltet wird. Das ist zwar wichtig, das will ich gern zugestehen, aber das ist für mich primär eine öffentliche Aufgabe, oder aber, wenn neue Gebiete erschlossen werden, dann ist es einmalig über Anliegerbeiträge zu erheben, dann wird es zu einer öffentlichen Aufgabe.

Das Anliegen als solches würde ich grundsätzlich unterstützen, nur dieser staatliche Zwang und diese zusätzliche gesetzliche Bürokratie, die dort zwangsläufig entstehen muss, denn das Gesetz muss exekutiert werden, die Abgabe muss erhoben und veranlagt werden, lehne ich ab. Sie müssen dann auch überlegen, wie Sie mit Nichtzahlern umgehen, das heißt also, Sie produzieren zusätzliche Bürokratie, und das bekommen Sie möglicherweise gar nicht richtig in den Griff. Wie handeln Sie dann bei Leerständen, die wir bedauerlicherweise im Innenstadtbereich, viele auch in Bremerhaven haben? Das ist ein großes Problem, das wir hier zu bewältigen haben.

Eine letzte Bemerkung noch zu den angelsächsischen Ländern! Ich kann mir schlechterdings nicht vorstellen, ich kenne die Details aus Ameri-

(A) ka oder aus England jetzt nicht, dass die dort mit staatlichem Zwang gearbeitet und die Geschäftsinhaber gezwungen haben, die zu diesem Quartier gehören, eine Abgabe zu zahlen. Das kann ich mir für Amerika insbesondere überhaupt nicht vorstellen. Ich glaube, das hatte dort eher einen Appellcharakter, und über die Verbände, die es vielleicht dort auch gibt, ist das dann exekutiert worden, aber nicht per staatlichem Zwang und staatlicher Zwangsabgabe. Ich werde diesem Antrag nicht zustimmen. – Vielen Dank!

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wedler, ich weiß, dass es als Einzelabgeordneter sicherlich schwer ist, aber Sie haben gesagt, Sie kennen die Situation in Amerika, in Großbritannien, in den anderen Ländern nicht, Sie wissen auch nicht so genau, wie das in Deutschland, in Hamburg abgewickelt wird, und die anderen Diskussionen haben Sie auch nicht verfolgt, aber ablehnen wollen Sie das Ganze erst einmal.

(B) Das finde ich schade, weil Sie eigentlich als FDP ein elementares Interesse daran haben müssten, dass den Einzelhändlern in den Stadtteilen geholfen wird, die heutzutage mit vielen Problemen zu tun haben. Da ist übrigens nur ein Problem, dass es zunehmend Einkaufszentren gibt, das hat natürlich Auswirkungen, da muss man sich nichts vormachen, ein anderes Problem ist der Trend, doch mehr über Teleshopping und Internet einzukaufen, die Umsätze müssen ja auch irgendwo herkommen. Deshalb ist es eigentlich gerade im elementaren Interesse der Einzelhändler – ich dachte immer, FDP und Einzelhandel hätten ein bisschen miteinander zu tun –, dass man eigentlich jede Maßnahme ausschöpft, um die Situation vor Ort zu verbessern, und so ist dieses Ganze zu verstehen. Deshalb bin ich den Fraktionen, die den Antrag hier gestellt haben, sehr dankbar, dass das Thema aufgegriffen wurde.

Es gab ja eine längere Diskussion über das Erstgeburtsrecht dieses Antrags. Das zeigt, dass zumindest alle Fraktionen von der Idee insgesamt angetan sind, dass wir das als eine Chance begreifen, freiwillige Initiativen, die es in einem Bereich gibt – freiwillige, es wird also keiner zwangsverpflichtet, sondern die Initiative kommt aus diesen Zentren –, mit verlässlichen Finanzierungs- und Masterplänen zu unterstützen, dass man also wekommt von dieser allgemeinen theoretischen Diskussion, man müsste einmal in dem Bereich A das machen, und man könnte einmal in dem Bereich B jenes machen, sondern dass man dies in

*) Vom Redner nicht überprüft.

ganz konkret überprüfbare Pläne hineinschreibt. (C) Dann will ich Ihnen nur sagen, welche Möglichkeiten es gibt.

Normal ist es, dass man Projekte und Maßnahmen klar definiert wie zum Beispiel Leerstandsmanagement, Stadtgestaltung, Quartiersmanagement, Sicherheit, Sauberkeit und auch Werterhaltung und -steigerung der Immobilien. Das kommt in einen Plan, darin kann man nachlesen, welche Ziele wir uns für einen Zeitraum von drei oder fünf Jahren setzen. Das finde ich ganz wichtig, das finde ich im Übrigen auch wichtig im Zusammenhang mit anderen Aktionen, die wir in Bremen schon immer einmal gemacht haben, dass jeder, der dort dabei ist, auch von vornherein für sich weiß, wie viel Geld in jedem Jahr aufzuwenden ist. Das heißt, er kann abwägen, ist es diese Maßnahme wert, will ich das in diesem Quartier erreichen, dann kostet mich das pro Jahr dies und jenes.

Es ist nicht so, wie wir es in manchen Bereichen schon erlebt haben, dass gerade auch die öffentliche Hand voran marschiert und sagt, wir machen erst einmal etwas, und dann schaut man immer, wo ist die Karawane! Die ist irgendwann einmal abgebrochen. Deshalb haben wir natürlich auch als Politik ein gemeinsames Interesse, in solche Verbesserungen in den einzelnen Stadtquartieren auch mehr Verlässlichkeit hineinzubringen.

(D) Wir haben gute Ansatzpunkte hier in Bremen, der Kollege Focke hatte das angesprochen. In Bremen gibt es schon freiwillige Interessenten. In der Wachmannstraße wird das diskutiert, in Vegesack wird das diskutiert, ob man dort etwas machen kann. Mir würde das aber auch zum Beispiel in Bremerhaven sinnvoll erscheinen. Warum muss das im Bereich der südlichen Innenstadt alles von oben passieren? Dort gibt es auch private Eigentümer, die man aufrufen könnte, setzt euch zusammen, macht entsprechende Vorschläge, was im Bereich der südlichen Innenstadt in Bremerhaven gemacht werden kann!

Ich glaube, dass dies eine sinnvolle Maßnahme ist, wie man die Situation auch ganz konkret für den Einzelhandel verbessern kann. Ich finde, wir haben mit Hamburg auch schon ein Vorbild. Es ist ja nicht so, dass wir nun völlig neu anfangen. In Nordrhein-Westfalen wird dies übrigens auch gerade relativ intensiv diskutiert.

(Abg. F o c k e [CDU]: In Berlin wollen sie es auch machen!)

Wenn man sich das in Hamburg ansieht, wie das Gesetz dort aussieht, dann ist es nämlich so: Die Initiative erfolgt von privater Seite, im lokalen Umfeld ein BID gründen zu wollen. Der Antrag kommt von privater Seite an die Landesgesetzgebung über ein BID-Gesetz oder ein Gesetz zur

(A) Erprobung von BIDs als Modellprojekt, die Gründung von BIDs zu ermöglichen, dann die Erarbeitung eines BID-Gesetzes auf Landesebene unter Einbeziehung privater Initiativen und kommunaler Vertreter, dann kam die Verabschiedung des Gesetzes und dann die Gründung der ersten BIDs, nämlich im Bereich der Innenstadt und in Bergedorf.

Ich finde, das ist schon ein guter Weg, auf den wir uns jetzt auch hier stützen sollten. Eine breite Diskussion, das sage ich Ihnen auch zu, Herr Wedler, mit den Kammern ist selbstverständlich.

(Abg. F o c k e [CDU]: Das ist sehr positiv!)

Die brauchen wir dazu.

Wenn Sie sich aber die Erfahrungen in den USA ansehen, gerade in den großen Städten, die sehr darunter zu leiden hatten, dass in den siebziger Jahren plötzlich an jeder Ecke Shoppingmalls gebaut wurden – übrigens bis heute ungebremst, wenn Sie sich anschauen, welche Shoppingmalls KanAm noch heute in der Nähe der Großstädte in den USA baut –, werden Sie feststellen, trotzdem ist es gelungen mit Hilfe der BIDs, in einzelnen Bereichen konkrete Verbesserungen zu erreichen.

(B) Das größte dieser Vorhaben war dann schon wieder eine Innenstadtmaßnahme, das ging allerdings nur mit dem Zusammenschluss der Eigentümer dort in Chicago. Wenn Sie die Innenstadt von Chicago vor zehn Jahren durchlaufen hätten, dann hätten Sie Angst haben müssen, dort überfallen zu werden, weil es doch schon ein bisschen grauig war. Zwei Drittel der Geschäfte standen leer, man fühlte sich nicht mehr sicher. Innerhalb von acht oder zehn Jahren hat dort ein kompletter Wechsel stattgefunden, es ist in Chicago gelungen, den Innenstadtbereich wieder aufzuwerten.

In New York gibt es viele kleine, einzelne Bereiche, die mit Hilfe solcher Maßnahmen ganz konkret aufgebessert worden sind. Mittlerweile ist dies auch ein gängiges Verfahren in anderen Ländern. Großbritannien hatten Sie selbst erwähnt, aber darüber hinaus findet man solche Maßnahmen auch in Australien, in Schweden und in Südafrika.

Vor diesem Hintergrund, finde ich, ist das ein gutes Beispiel, das wir jetzt hier mit den Kammern diskutieren sollten. Wichtig ist aber, dass die Initialzündung eigentlich geschlossen vom Parlament ausgeht. Es ist nicht diese Debatte, die Sie führen, es ist genau das Gegenteil. Sie sagen, macht nicht noch mehr Bürokratie. Wollen wir auch nicht! Aber dies soll gerade sein, um diesen privaten Initiativen eine staatliche Sicherheit zu geben, auch dort verpflichtend Maßnahmen hineinzuschreiben.

Es ist nicht so, weil wir feststellen, im nächsten Jahr müssen wir vielleicht an der Stelle des Haus-

halts ein bisschen mehr kürzen, deshalb haben wir uns für ein Jahr auf ein Gebiet konzentriert, und im nächsten Jahr stellen alle fest, es ist kein Geld mehr dafür da, wir machen jetzt nichts mehr, sondern soll auch die Sicherheit für die Privaten schaffen. Das ist ein mehrjähriger Plan mit ganz konkreten Maßnahmen, und dort wird auch entsprechend dann Geld zur Verfügung gestellt. Das heißt, es dient gerade der Sicherheit von privaten Initiativen, und deshalb ist es ein gutes Gesetz. Deshalb, Herr Wedler, hat es nichts mit den Ängsten zu tun, die Sie hier gerade vorgetragen haben.

Ich hoffe, dass wir diese Arbeiten bis zur Sommerpause abgeschlossen bekommen, dass wir dann hier ein ordentliches Gesetz machen, aber noch wichtiger finde ich, Herr Sieling, Herr Focke, dass es uns dann auch gelingt, zwei richtig gute Pilotprojekte zu haben, wo wir sagen, da soll das dann auch einmal mit ganz konkreten Taten belegt werden.

(Abg. B ö d e k e r [CDU]: Drei! Eines in Bremerhaven!)

Drei, mit Bremerhaven! Aber von den zweien hätte ja auch eines in Bremerhaven sein können, Paul! Seit wann habt ihr eine solche falsche Bescheidenheit? Drei, meinerwegen auch, und dann eines davon in Bremerhaven, aber dass man wirklich gute Pilotprojekte hat, so dass wir das dann schnell mit Leben erfüllen!

(Abg. Frau W i e d e m e y e r [SPD]: Wir wären froh, wenn ganz Bremerhaven mitmachen würde!)

In diesem Sinne bedanke ich mich, dass dieser Arbeitsauftrag an uns erteilt wurde. Ich bin mir sicher, dass es ein Weg ist, gerade auch die Stadtteilzentren zu stärken. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur ganz kurz noch einmal auf Herrn Wedler eingehen, weil ich es wirklich schade finde, wenn Sie sich hier hinstellen und über etwas reden, was Sie überhaupt nicht verstanden haben.

(Abg. Dr. S c h u s t e r [SPD]: Das kommt ja sonst nie vor!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Nein, das kommt sonst nie vor. Es ist aber wirklich traurig, sich hier hinzustellen und zu sagen, es kann gar nicht sein, dass es in Amerika so ist.

Herr Wedler, ich will Ihnen sagen, Sie müssen sich dann schon, wenn Sie über so einen Antrag reden, darüber wirklich einmal erkundigen, was denn eigentlich Sache ist. Sache ist natürlich, dass es in Amerika diese Gesetze gibt, die besagen, wenn sich mehr als 50 Prozent eines Quartiers dafür aussprechen, dass eine solche Gemeinschaft gebildet wird, dann tritt dieses Gesetz in Kraft, dann wird dieser BID gegründet, und dann wird auch eine Abgabe erhoben von den restlichen 50 Prozent. Das ist Gesetz in den USA. Danach sind über 1200 dieser Distrikte mittlerweile gegründet worden und arbeiten. Einige sind mittlerweile schon abgeschlossen.

Das Zweite ist, die Kammern finden diese Idee hervorragend, die Handelskammer in Hamburg, die Handelskammer in Nordrhein-Westfalen, die Handelskammer in Bremen, mit der mein Kollege Sieling und ich natürlich vorher gesprochen haben. Sie begrüßen es ausdrücklich, dass wir diese Initiative voranbringen, haben selbst Diskussionen geführt, haben Workshops in der Handelskammer gemacht. Es wäre gar kein Problem gewesen, da eben einmal anzurufen, bevor Sie sich hier hinstellen und sagen, sie lehnen es garantiert ab.

(B) Das sind alles Dinge, die wohl überlegt sind. Wir haben hier keinen Schnellschuss gemacht, wir machen es, weil wir uns davon erhoffen, dass wir Bewegung in viele dieser etwas heruntergekommenen Quartiere hineinbekommen. Natürlich sagen wir aber auch, diejenigen, die sich selbst beteiligen möchten und dazu beitragen möchten, nämlich die Besitzer, die sollen dann auch in dem Maße unterstützt werden, indem man nämlich so eine Möglichkeit schafft, wenn es ein bestimmtes Quorum gibt, dass sich die anderen dann eben auch mit daran beteiligen müssen. Das finde ich nur sehr gerecht.

Natürlich ist es in unserer rechtlichen Situation hier in der Bundesrepublik nicht ganz einfach, so ein Gesetz auch wirklich konform hinzubekommen. Wir haben aber gesehen, dass es in Hamburg geht. In Hamburg gibt es ein Quorum, dass 70 Prozent zustimmen müssen. Wenn mehr als 30 Prozent ausdrücklich mit Nein stimmen, dann ist es hinfällig, dann kann so ein BID nicht gegründet werden. Wenn das Quorum aber bei 70 Prozent liegt, dann können auch die restlichen 30 Prozent verpflichtet werden, sich an dieser Abgabe zu beteiligen.

Die Abgabe, die dann erhoben wird, die erfolgt nicht an das Finanzamt, sie wird natürlich vom Staat eingezogen, aber sie fließt praktisch auf das Konto dieses Quartiers, das dann selbständig über dieses Geld entscheidet gemäß einem von allen verabschiedeten Businessplan, nämlich über das, was sie sich

in den vier oder fünf Jahren vorgenommen haben, was sie machen wollen. Ich finde, es ist eine Diskussion wert, und es ist ein sehr ordentliches Anliegen, das wir hier vorgetragen haben. Das kann man nicht einfach so ohne irgendwelches Wissen ablehnen. – Danke sehr!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling (SPD)*):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich teile die Argumente meiner Vorredner voll und ganz, möchte aber zu Herrn Wedlers Intervention eher sagen, dass ich ihm dankbar bin, dass er es hier vorgetragen hat. Ich finde, wir sollten jetzt auch nicht so darüber hinweggehen. Ich bin deshalb dankbar dafür, da wir diese Diskussionen doch brauchen. Wenn Sie hier den Advocatus Diaboli spielen, ist es vielleicht an dieser Stelle ganz hilfreich, denn wir müssen am Ende überzeugt sein.

Ich verstehe Ihre Enttäuschung über das Verhalten der CDU, dass sie nun dafür ist, oder der Kammern, die auch in sehr starkem Maße – Herr Focke sagte dies – dafür sind. Das ist ja nicht von selbst gekommen. Vor einem Jahr, als wir es in der SPD-Fraktion beschlossen hatten und ich zu den CDU-Kollegen gegangen bin, habe ich natürlich auch erst einmal Stirnrunzeln geerntet. Das ist doch klar. Da denkt doch jeder, meine Güte, ist das schon wieder so ein – ich darf einmal ein Wort Ihres Parteikollegen Lambsdorff benutzen – sozialistisches Marterwerkzeug, das da entwickelt werden soll.

Es gab vor gut einem Jahr in einer Bremer Zeitung ein „Streitgespräch“, ein freundschaftliches Streitgespräch zwischen mir und einem Geschäftsführer der Handelskammer. Da war dort genau dieselbe Skepsis, genau die Sorgen, die Sie hier vortragen. In beiden Fällen, sowohl bei der CDU als auch bei der Handelskammer, hat sich diese Haltung sehr verändert. Sie hat sich deshalb verändert, weil, glaube ich, diese guten Argumente bestehen, dass wir eben nicht die Situation haben, dass das, wofür Sie plädieren, wofür ich sofort wäre, von allein läuft, freiwillig läuft, dass sich alle beteiligen würden. Meine Güte, super! Ich glaube, keiner hier im Hause würde es anders sehen. Es läuft aber eben leider nicht vollständig.

Wenn Sie mit den Händlerinitiativen, die es gibt, reden, werden sie Ihnen sofort das Trittbrettfahrerproblem vorlegen. Da haben wir eine Verantwortung, eine Rahmensetzung vorzunehmen, dass man dem entgehen kann. Herr Focke sprach das Quorum an, 70 Prozent müssen dafür sein. Es gibt also sozusagen auch ein demokratisches Element, und es geht deutlich über die einfache Mehrheit

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) hinaus, sondern man braucht hier sogar mehr als zwei Drittel, um so etwas einzuführen.

Dieses Gesetz ist eine Möglichkeit und soll Möglichkeiten schaffen, eine erweiterte Möglichkeit zur Standortstärkung hinzubekommen. Da braucht man eben manchmal sanften Druck. So würde ich es eher verstehen. So ist es doch im Leben, das wissen wir alle. Ich sage es jetzt hier, weil ich Sie natürlich überzeugen möchte, vielleicht nicht schon jetzt, aber wenn wir dann das Gesetz hier vorliegen haben, und weil es auch wichtig ist, dass wir in der Öffentlichkeit genau in diese Richtung argumentieren und die Leute dafür gewinnen.

Natürlich brauchen wir Pilotprojekte. Von zweien sprach Senator Eckhoff. Ich kenne auch eine ganze Reihe von Initiativen. Wenn jetzt Bremerhaven hinzukäme, was ganz hervorragend wäre, dann wäre es völlig richtig. Wir brauchen viele Felder, in denen es in Gang kommt. Ich glaube, Herr Senator, wir werden auch in der ersten Phase vielleicht ein bisschen unser Innenstadt-Stadtteilprogramm nutzen müssen, um dort Unterstützung zu bieten, um den Anschlag hinzubekommen.

(B) Vielleicht aber richtet es sich noch nicht einmal so in Richtung des Bausenators. Ich will hier sagen, das ist eigentlich die originäre Aufgabe von Wirtschaftsförderung und den dort von uns geschaffenen Gesellschaften, dass sie so etwas aufnehmen und dafür dann auch das Know-how anbieten, um so etwas zu unterstützen und realisierbar zu machen. Um das Eigenengagement der Leute zu unterstützen, die in den Stadtteilen aktiv sind – sie müssen ja auch ihren Laden erfolgreich weiterführen, sie können ja nicht nur herumlaufen und alle Grundeigentümer überzeugen, dass sie sich dem nun anschließen –, dafür brauchen wir die Instrumente, die wir haben.

Ich finde, es ist eine Aufgabe der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsförderung, sich das hier zu Eigen zu machen. So gesehen hoffe ich, dass beim nächsten Mal nicht nur der Bausenator, sondern auch der Wirtschaftssenator hier sitzt und dieses Gesetz ebenso unterstützt und befürwortet. Ich habe aber auch nichts anderes gehört und will hier keinen Verdacht aufkommen lassen.

Lassen Sie mich ein Allerletztes sagen! Wenn wir das hier hinbekommen, dann ist es für mich auch ein Beleg, dass es sich lohnt, dass wir in Bremen ein selbständiges Bundesland haben. Wenn wir hier in Bochum wären, da gibt es eine Freiwilligeninitiative, oder wenn wir gar eine Stadt in Niedersachsen wären, meine Damen und Herren, dann hätten wir nicht den kurzen Weg, dass eine Idee, die in Bremen vielleicht 15 Monate alt ist, die jetzt plötzlich richtig Unterstützung bekommen hat, sofort in ein Gesetz umgesetzt werden kann und dass die Rahmenbedingungen für das Engagement der Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden können.

(C) Diese Chance haben wir nur, weil wir ein Bundesland sind, weil wir hier die kurzen Wege haben, weil wir schnell handlungsfähig sind und weil wir sozusagen hier auch ein bisschen Laborfunktion machen können. Wir können sagen, wir probieren es hier aus, wir sind nahe daran an dem, was gewollt wird. Das ist doch ein richtig starkes Argument auch dafür, als Bundesland selbständig zu bleiben. Wenn wir das alles miteinander verknüpfen, teffen wir hier, glaube ich, eine gute Entscheidung, wenn wir eine gute Mehrheit für diesen Antrag bekommen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

(D) Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehen Sie, Herr Wedler, so geht Politik eben nicht, sozusagen pure Ideologie, sich nirgendwo zu informieren, weder bei den Kammern noch zu hinterfragen, was ist in Amerika eigentlich los, und dann hierher zu kommen und zu sagen, ich glaube aber, das ist da auch so. Das stimmt nicht. Verstehen Sie, wir haben in den Diskussionen mit den Einzelhändlern im Grunde genommen von denen, die es machen wollen, die Aufforderung erhalten: Seht zu, dass ihr ein Gesetz dafür hinbekommt, dass wir das machen können! So herum wird ein Schuh daraus und nicht, sich einfach hier im guten Glauben hinzustellen, die FDP würde sowieso immer den Einzelhandel vertreten, dann sei es schon irgendwie unerschwinglich richtig. Nein, ganz verkehrt, Herr Wedler! Informieren Sie sich, diskutieren Sie mit den Kammern!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und bei der CDU)

Im Zweifel können Sie durchaus auch einmal nach Amerika fahren,

(Abg. **B ö d e k e r** [CDU]: Wenn er
dann da bleibt!)

das bildet bekannterweise auch, oder nach Südafrika. Wie ich jetzt gehört habe, hat der Bausenator ja auch gerade eine Bildungsreise dahin gemacht, was dann manchmal auch ganz hilfreich ist.

Der zweite Teil meiner Einlassung hier ist von meinen Mitdiskutanten leider bis jetzt wenig berücksichtigt worden, die Frage, wie wird mit dem großflächigen Einzelhandel umgegangen. Ich will Ihnen, Herr Wedler, auch einmal auf die Sprünge helfen, was das betrifft. Ich möchte mit Genehmi-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) gung des Präsidenten aus dem Branchenbericht der Handelskammer 2003 zitieren: „Gerade in den Stadtteilzentren müssen vordringlich leer stehende Flächen entwickelt und wieder in den Markt eingeführt werden. Gleichzeitig wird darauf zu achten sein, dass neue Einzelhandelsgroßprojekte in ihrer Verträglichkeit auf andere Zentren mit großer Sensibilität geprüft werden. Neuansiedlungen dürfen vorhandene, stabile Strukturen nicht gefährden.“

Sehen Sie, Herr Wedler, das sagt die Kammer, hinter der Sie sich verstecken wollen! In Wahrheit ist es so, dass wir tatsächlich aufpassen müssen, gerade auch wenn man sich die Einzelhandelsverkaufsfläche in Bremen in der Gesamtentwicklung anschaut. Wir haben seit 1993 mit 748 000 Quadratmetern eine Steigerung bis zum Jahre 2000 auf über 800 000 Quadratmeter. Das ist eine Steigerung von Einzelhandelsfläche insgesamt bei, wie man ja weiß, relativ schwächerer Kaufkraft auf der Gegenseite.

Ich glaube gleichwohl, dass dieses Gesetz nichts mit Bürokratie zu tun hat, da ich das für eine ziemlich dumme Ausrede halte, hinter der man sich nicht verstecken kann. Soll es denn jetzt etwa dazu führen, dass wir hier als Parlament, als Gesetzgeber überhaupt keine Gesetze beschließen sollen, oder wie denken Sie es sich, Herr Wedler?

(B) Es ist unsere originäre Aufgabe, genau an dieser Stelle auch dieses Gesetz hinzubekommen. Wir können uns gern, und da wird die Diskussion jetzt ja auch nicht Halt machen, im Verlauf der Entwicklung dieses Gesetzes darüber unterhalten, wie die Ausformung des Gesetzes am Ende ist. Da glaube ich auch, dass es sehr darauf ankommt, dass es leicht handhabbar ist, dass es leicht umsetzbar ist und dass dieses Gesetz die Anforderungen an das, was wir hier inhaltlich erreichen wollen, erfüllt. Erzählen Sie hier aber nicht, wir brauchen dieses Gesetz nicht! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Doch, Herr Möhle, genau das sage ich! Wir brauchen dieses Gesetz nicht, da ich der Meinung bin, das können die Privaten viel besser organisieren, insbesondere die Verbände. Da gibt es ja auch Kammern, da gibt es unter Umständen auch Zwangsmitgliedschaften, so dass man da theoretisch natürlich etwas überlegen kann.

Pure Ideologie ist natürlich Unsinn. Das hat mit Ideologie überhaupt nichts zu tun, wenn ich mich hier dagegen wehre, dass wir ein neues Gesetz bekommen und dass wir in diesem Gesetz zusätz-

liche Zwangsabgaben einführen. Das hat mit Ideologie doch überhaupt nichts zu tun. An anderer Stelle sagen Sie genau dasselbe, nur eben in diesem Fall bejubeln Sie das Ganze.

Ich möchte jetzt nur noch einmal an einen Zusammenhang erinnern, der hier verloren gegangen ist. Wir haben kommunales Planungsrecht. Da können Bebauungspläne, Flächennutzungspläne gemacht werden, und gleichzeitig gibt es da auch Satzungen über Anliegerbeiträge. Das heißt also, in dem Rahmen können Sie vieles von dem, was Sie hier eben erzählt haben,

(Abg. **F o c k e** [CDU]: Unsinn! Sie haben überhaupt keine Ahnung!)

was Zweck dieses Gesetzes sein soll, organisieren. Ich kann mich daran erinnern, Paul, wie es in der Hafensstraße in Bremerhaven mit der Umlegung der Anliegerkosten war, welches Theater da passiert ist!

(Zuruf des Abg. **B ö d e k e r** [CDU])

Entschuldigung, genau darum geht es doch! Das ist doch ein zentrales Thema.

Sie haben vorhin gesagt, dass die Stadtreinigung ausgenommen sein soll. Dann bleibt eigentlich nur noch eine Werbegemeinschaft. Die gibt es in Bremerhaven, die gibt es mit Sicherheit auch hier in Bremen. Das heißt also, vieles von dem, was Sie hier als Zweck des Gesetzes, als Inhalt aufgezählt haben, kann über diese Wege erreicht werden. Insofern seien Sie bitte ein bisschen vorsichtig, wenn Sie mir hier vorwerfen, ich sei hier ein Ideologe! Ich argumentiere nur aus der Sache.

Was die Leerstände im Handel, in den Geschäften anbetrifft, bekommen Sie es doch mit diesem Instrumentarium überhaupt nicht in den Griff. Das Einzige, was Sie damit machen können, Sie können die Quartiere attraktiver gestalten. Ich sagte Ihnen aber eben schon, über Veränderungen in den Bebauungsplänen, über Anliegerbeiträge, die Sie umlegen können –

(Abg. **F o c k e** [CDU]: Das geht doch gar nicht!)

natürlich! –, da bekommen Sie vieles hin, wenn dann noch zusätzlich öffentliche Förderung dazu kommt, was wir ja auch haben.

(Abg. **F o c k e** [CDU]: Nein!)

Schauen Sie sich doch einmal an, was wir hier im Innenstadtbereich in Bremen gemacht haben,

(Abg. **F o c k e** [CDU]: Hören Sie doch auf, so einen Schwachsinn zu reden!)

(C)

(D)

(A) was in Bremerhaven in der südlichen Innenstadt gemacht wird! Da sind viele öffentliche Ausgaben, die dort getätigt werden. Damit werden diese Quartiere doch auch gefördert.

Insofern bin ich im Moment nach wie vor der Meinung, dass wir hier eine zusätzliche Zwangsabgabe einführen, über deren Sinnhaftigkeit man durchaus nachdenken sollte. Das möchte ich hier zu den Vorwürfen, die mir gegenüber gemacht wurden, sagen. – Vielen Dank!

(Abg. F o c k e [CDU]: Das ist noch schlimmer geworden!)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/478 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(B) (Dagegen Abg. W e d l e r [FDP])

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Keine unzulässigen Energiepreiserhöhungen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU vom 7. Dezember 2004 (Drucksache 16/485)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Eckhoff.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich bei meinen Kollegen und Kolleginnen von der SPD und der CDU bedanken,

dass sie diese grüne Initiative mittragen und wir hier jetzt einen gemeinsamen interfraktionellen Antrag debattieren. Das ist besonders wichtig, um der swb AG, das heißt den ehemaligen Stadtwerken, ganz klar zu sagen: So geht es nicht! Die Energiepreise können von dem Unternehmen nicht beliebig erhöht werden. Es darf keine Bereicherung privater Unternehmen durch Ausnutzen der Monopolstellung geben. Dabei sind nämlich letztendlich die Leidtragenden die Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie sollen die Zeche zahlen. Diese Entwicklung wollen wir stoppen, und deshalb dieser gemeinsame interfraktionelle Antrag!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, worum geht es im Einzelnen? Der bremische Energieversorger swb AG hat mit Wirkung zum 1. Oktober 2004 eine Erhöhung der Gaspreise um 0,25 Cent pro Kilowattstunde vorgenommen. Zum 1. Januar dieses Jahres wurden die Gaspreise nochmals um 0,2 Cent pro Kilowattstunde erhöht. Das ist zwar ein bisschen weniger als angekündigt, nämlich 0,05 Cent pro Kilowattstunde, es ist aber weiterhin eine deutliche Erhöhung.

Da wir den Antrag bereits im Dezember letzten Jahres eingebracht hatten, bezieht er sich auf die Ankündigungen, und ich möchte das an dieser Stelle korrigieren, wie gesagt, es ist eine Erhöhung erfolgt, die 0,05 Cent pro Kilowattstunde geringer ist. Zusammengefasst bleibt dennoch festzuhalten: Mit dem jetzt zu zahlenden Gaspreis ist die swb AG mit Ausnahme von dem in Hannover der teuerste Anbieter in Norddeutschland. Zu Recht haben mehrere tausend Einzelpersonen und die Verbraucherzentrale dagegen protestiert. Auch wir, das Parlament, schließen uns diesem Protest gegen die Kostensteigerungen an.

Meine Damen und Herren, das Bundeskartellamt hat stichprobenartig geprüft, ob aufgrund der Monopolsituation der Energieversorger die Preisentwicklung, wie sie auch bei anderen Energieversorgern und damit bundesweit zu beobachten ist, überzogen ist und gestoppt werden kann. Diese Prüfung des Bundeskartellamtes beschränkt sich aber auf die teuersten Unternehmen, zu denen die swb AG gesamt gesehen in der Bundesrepublik nicht gehört. Prüfungen und die Durchführung von Misstrauensverfahren des Bundeskartellamtes sind zwar wichtig, reichen aber nicht aus. Sie werden eben nur stichprobenartig wie auch jetzt in dem Fall wieder durchgeführt, und sie werden im Nachhinein durchgeführt.

Wir Grünen wollen für die Zukunft Lösungen, die Missbräuche im Vorhinein verhindern, und zwar flächendeckend. Um unzulässige Preiserhöhungen einzudämmen, muss das Energiewirtschaftsgesetz verbessert werden. Das hat die rotgrüne Bundes-

(A) regierung auf den Weg gebracht. Mit der anstehenden Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes soll der ungezügelten Preisentwicklung Einhalt geboten werden. Gaspreiserhöhungen, die nach dem 1. August 2004 beschlossen wurden, sollen nach diesem bisherigen Gesetzentwurf rückwirkend durch eine neu eingerichtete Regulierungsbehörde kontrolliert werden.

Zukünftig sollen unzulässige Preiserhöhungen nicht mehr vorkommen, und das Instrument ist das Energiewirtschaftsgesetz, das in naher Zukunft zumindest im Bundesrat sein soll. Darauf bezieht sich auch unsere Forderung in dem Antrag der Grünen mit der SPD und der CDU, nämlich: Wir fordern den Senat auf, sich bei den Beratungen des Energiewirtschaftsgesetzes im Bundesrat für die Errichtung einer Regulierungsbehörde einzusetzen und zweitens alle Möglichkeiten für eine schnelle Verabschiedung des Gesetzes auszuschöpfen. Das Gesetz ist mehr als überfällig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es muss also dringend zu einer Einigung im Bundesrat kommen, und umso erfreulicher ist natürlich, dass das hier von allen im Parlament vertretenen Fraktionen gesehen wird.

(B) Ein paar Anmerkungen wollte ich noch zum Stromsektor machen! Ich habe mich bisher auf die Frage der Gaspreiserhöhungen bezogen. Es ist aber so, dass die swb AG nicht nur die Gaspreise erhöht hat, sondern zum 1. Januar dieses Jahres ist auch der Strompreis für die Bremer Kundinnen und Kunden um 0,8 Cent pro Kilowattstunde gestiegen. Damit und auch durch die zeitliche Verzögerung der Behandlung unseres Antrags hier im Parlament hat sich der zweite Punkt aus dem Antrag damals nun erledigt. Wie gesagt, die Preiserhöhung, deren konsequente Prüfung wir gefordert haben, ist erfolgt, so dass ich diesen Punkt jetzt an dieser Stelle zurückziehe.

Es bleibt aber für den Strombereich anzumerken, dass im Gegensatz zum Gassektor jeder Kunde seinen Versorger frei wählen kann. Man kann seinen Stromanbieter frei wählen. Ich selbst habe das gerade vollzogen und bezahle jetzt für meinen Ökostrom weniger als für den konventionell, umweltbelastend erzeugten Strom der swb AG.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Resümee: Mit diesem gemeinsamen Antrag von Grünen, SPD und CDU zeigt die Bremische Bürgerschaft Flagge. Sie wendet sich gegen die völlig überzogenen Preissteigerungen, die ihre Ursache nicht in der Ökosteuer haben, sondern beim Gas durch die faktische Monopolstellung der En-

ergieversorgungsunternehmen verursacht sind. – (C)
Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Manchmal zeigt sich, dass trotz gemeinsamer Anträge die Begründungen dafür nicht unbedingt gleich sein müssen. Ich kann ehrlich gesagt nicht beurteilen, ob die Preiserhöhungen, die die swb AG vorgeschlagen beziehungsweise durchgeführt hat, gerechtfertigt sind oder nicht. Das ist auch keine Sache, die ich mir hier im Parlament anmaße zu entscheiden. Um dies zu prüfen, müsste man in der Tat die Kostenstrukturen der swb AG überprüfen, ihre Zulieferpreise, die sie selbst zahlen muss, welche Veränderungen dort eingetreten sind und so weiter. Das wäre die Aufgabe. Danach könnte ich das beurteilen. Ich kann aber jedes privatwirtschaftliche Unternehmen verstehen, das sagt, meine Kostenstrukturen gebe ich nicht nach außen.

Damit kommen wir zu einem Punkt, den man grundsätzlicher ansprechen muss. Dann begründet sich, warum wir eine staatliche Preisaufsicht und eine staatliche Regulierung brauchen, um bestimmte Fehlentwicklungen zu verhindern. Ich kann aber nicht jetzt schon unterstellen, dass diese unbedingt gegeben sind. (D)

Es gibt zwei Entwicklungen, die in diesem Fall zusammenreffen. Zum einen gibt es einen Entwicklungstrend zur Energiepreissteigerung, solange Energie auf der Basis –

(Abg. Karl Uwe O p p e r m a n n
[CDU]: Fossiler!)

danke schön, Herr Oppermann! – fossiler Brennstoffe gewonnen wird. Das wird so weitergehen, weil zum einen diese Brennstoffe zum Teil knapper werden, zum anderen allerdings die Weltnachfrage gigantisch steigt. Das haben wir bei allen diesen Energieträgern, dass die Preise nach oben gehen. Das werden wir auch nicht stoppen. Das ist ja der Grund, warum gerade Vertreterinnen und Vertreter der SPD und auch der Grünen immer wieder dafür werben, fossile Brennstoffe zu substituieren, neben der Tatsache, dass diese äußerst umweltschädlich sind, auch weil sie CO₂ freisetzen und damit für die Weltklimaerwärmung mit verantwortlich sind. Wie gesagt, das ist der eine Grund für die Entwicklung der Energiepreise, diese wird man nicht stoppen können.

Dann gibt es aber eine zweite Sache: Es ist zu einer Marktliberalisierung gekommen, die aller-

(A) dings keineswegs die versprochenen Ergebnisse hatte. Es gibt nämlich wirklich nicht mehr Wettbewerb, sondern es ist in Deutschland zu einem ganz klaren Angebotsoligopol gekommen sowohl bei Gas als auch bei Strom. Auch wenn man formal die Möglichkeit hat, irgendwo anders seinen Strom zu beziehen, so ist das, wenn man sich die realen Entwicklungen anschaut, keinesfalls passiert. Es scheint so zu sein, obwohl die Energieerzeuger das wahrscheinlich immer wieder verneinen würden, dass es faktische Gebietsmonopole gibt. Zumindest kann man nur so erklären, weshalb in bestimmten Bereichen bestimmte Unternehmen mehr oder weniger aktiv sind oder es erst gar nicht versuchen, dort tätig zu werden. Das wiederum bringt das Problem, dass damit Marktmacht besteht, die radikal ausgenutzt werden kann. Ob sie das wird, das kann ich im Moment nicht beurteilen. Es gibt dafür Anzeichen und Anhaltspunkte, es gibt aber auch Möglichkeiten, dass das nicht der Fall ist, sondern auf anderen Entwicklungen basiert.

Wir entscheiden jetzt nicht, so verstehe ich den Antrag auch für die SPD, was richtig oder falsch ist, weil wir das aufgrund der Datenlage gar nicht tun können. Wir müssen aber Vorkehrungen treffen, damit eben nicht Marktmacht missbraucht werden kann, und das geht nur, wenn der Energiemarkt einer entsprechenden staatlichen Regulierung und Preisaufsicht unterzogen wird. Deswegen setzen wir uns so für die Regulierungsbehörde ein, wobei, wenn ich heute die Zeitung gelesen habe, man auch noch einmal sehr deutlich schauen muss, was da genau wie reguliert wird. Inhaltlich scheint der SPD-Wirtschaftsminister einen Vorschlag gemacht zu haben – ich persönlich weiß nicht, was genau vorgeschlagen wurde, aber zumindest, wenn man der „Frankfurter Rundschau“ glauben darf –, der Industriekunden auf Kosten der Privatkunden entlastet. Das hielte ich nicht unbedingt für die beste Preisregulierung, die man in diesem Bereich durchführen kann. Ich glaube auch nicht, dass die rotgrüne Regierung so etwas am Ende verabschieden wird, aber genau in diesem Bereich der Marktregulierung entsprechend anzusetzen ist wichtig.

(B) Ich glaube, das ist auch der einzige Punkt, wie es gelingen kann, die Auseinandersetzung und den Ärger in der Öffentlichkeit zu versachlichen. Im Moment, das muss man auch sagen, ist die Debatte verfahren. Egal, was die swb AG sagt, selbst wenn in Vergleichstests herauskommt, dass sie im Vergleich zu vielen anderen gar nicht so hoch liegt, wird das jeweils immer nur als Beleg gedeutet, dass ihre Preise zu hoch sind. Das ist eine Debatte, die schlicht nicht im Sinne des Erfinders ist. Wir müssen die Auseinandersetzung auf eine einigermaßen objektive Grundlage stellen, und dazu brauchen wir eine staatliche Preis-

Zum Schluss will ich auch noch sagen, auch wenn es vielleicht bei einigen bewusst falsch ankommt: Ich glaube, es ist weder energiepolitisch noch für den Standort besonders günstig, wenn der größte heimische Energieversorger in einer Art und Weise in der Kritik steht, bei der er sich nicht wehren kann. Wir brauchen eine objektivierte Basis, damit nachvollziehbar wird, ob es ein Fehlverhalten der swb AG gibt. Wenn es das gibt, muss es abgestellt werden, aber wenn es das nicht gibt, dann braucht auch keine Änderung zu erfolgen.

Ich verspreche mir davon, dass wir durch eine entsprechende Preisaufsicht Rationalität in diesen Bereich bringen und Marktmacht begrenzen können, die ohne Zweifel vorhanden ist. Missbrauch muss verhindert werden. So kommen wir letztendlich auch zu einer besseren Energiepolitik. – Danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer ärgert sich nicht, wenn immer wieder Preiserhöhungen durchgeführt werden? So ist es auch bei den jetzigen Preiserhöhungen, die bei Strom und Gas durchgeführt worden sind. Deswegen, aber das ist nur ein Hintergrund, gibt es auch diesen interfraktionellen Antrag hier, denn wir alle wollen, dass es keine unzulässigen Preiserhöhungen gibt. Ich kann mich da auch nur dem Kollegen Schuster anschließen.

Man muss natürlich darauf achten, wie man damit nach außen geht. Wir selbst können oder ich persönlich kann natürlich nicht beurteilen, was zulässig oder was unzulässig ist, das müssen schon Fachleute tun, und die müssen das hier im Ressort tun. Ich denke, sie haben das gemacht, und das müssen wir auch weiterhin so halten. Ein wesentlicher Punkt, darauf kommen wir ja gleich noch einmal, ist das Energiewirtschaftsgesetz, das im Bundesrat verabschiedet werden soll.

Auf jeden Fall möchte ich in diesem Zusammenhang doch erst einmal die Strompreise der letzten Jahre ansprechen. Der Start der Liberalisierung: Mit Inkrafttreten des Energiewirtschaftsgesetzes im Jahr 1999 wurden die Energiepreise komplett umgewälzt. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es in Deutschland zum Teil sehr unterschiedliche Preise für Elektrizität. Durch die damals geschützten Gebiete der einzelnen Energieversorger, zirka 900, gab es auch genauso viele unterschiedliche Preise. Nach der Liberalisierung sind die Strompreise in Deutschland sehr schnell gesunken oder haben sich ziemlich angeglichen. Nach dem Grundsatz „Konkur-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) renz belebt das Geschäft“ kann seitdem jeder Verbraucher seinen eigenen Stromanbieter und damit auch günstigere oder teurere Preise wählen.

Mittlerweile hat sich aber der Strompreisverfall auch wieder umgedreht. Langsam, aber ständig ist der Strompreis wieder angestiegen und hat fast das Niveau von vor der Liberalisierung wieder erreicht. Mit der Liberalisierung des Strommarktes hat die alte CDU-Bundesregierung einen Schritt für die vertretbaren Energiepreise gemacht, also auch einen richtigen Schritt für den Verbraucher. Doch durch die Steuererhöhung der rotgrünen Bundesregierung von 28 auf 40 Prozent, die hauptsächlich auf die Ökosteuer zurückzuführen sind, haben sich die Preise natürlich auch wieder erhöht. Für die höheren Preise ist also auch die rotgrüne Bundesregierung verantwortlich, und ich meine, das muss man hier auch einmal sagen dürfen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Meine Damen und Herren, in unserem Antrag fordern wir den Senat auf, sich schnell für eine Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes im Bundesrat einzusetzen, damit die Verbraucher nicht die Leidtragenden durch Wettbewerbsverzerrungen sind. Bisher gibt es im Bundesrat keine Einigung über das Energiewirtschaftsgesetz. Das möchte ich jetzt einmal etwas näher beleuchten. Dass das meine beiden Vorredner aus den anderen Fraktionen nicht gemacht haben, kann ich verstehen, weil die Seiten natürlich auch nicht so gut aussehen. Trotzdem, einer muss es sagen, geplant war die von der EU vorgegebene Umsetzung der Energiewirtschaftsgesetznovelle zum 1. Juli 2004. Das hat die Bundesregierung aber nicht geschafft, denn die Vorlage dieses Gesetzes hat sie über ein Jahr verschleppt und verzögert, aus welchen Gründen auch immer.

Fakt ist auch, dass die rotgrüne Bundesregierung dann, nämlich unter Zeitdruck, einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, der im Bundesrat keine Mehrheit gefunden hat, weil er nicht im Sinne des Verbrauchers war, denn die CDU sowie auch die Mehrheit der Bundesländer wollen, dass es eine Überprüfung von Strompreisen gibt, bevor der Preis erhöht wird und nicht, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist beziehungsweise die Strompreise erhöht worden sind. Ich denke, das war ein unzulänglicher Gesetzentwurf der Bundesregierung. Das wäre ja genauso, als wenn ich mir eine Kuh kaufen würde und dann nachschauen würde, ob ich überhaupt noch Milchquote liefern kann.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis
90/Die Grünen)

Da kann man nicht das Kind zum Pferd machen!

(Heiterkeit)

(C) Auch hat die Bundesregierung sich bis heute noch nicht zur Nettosubstanzerhaltung geäußert. Die Nettosubstanzerhaltung soll regeln, dass auch die nötigen Investitionen der Energiebetriebe zukünftig möglich sein können, doch die Bundesregierung schweigt. Ich frage mich: Was ist mit der verbraucherfreundlichen Politik der Bundesregierung? Sie ist wahrscheinlich in den Schlagzeilen der Zeitungen mit unter den Tisch gefallen. Die Bundesregierung muss endlich sagen, was sie will. Die Länder sind dazu bereit, und es gibt auch eine Mehrheit dazu. Interne Streitereien vom Bundeswirtschaftsminister Clement dürfen sich nicht nachteilig für den Verbraucher auswirken.

(Abg. Manfred O p p e r m a n n [SPD]:
Rede doch einmal zum Antrag!)

(D) Meine Damen und Herren, unstrittig ist – ja, es ist unbequem, Herr Oppermann, aber das muss man sich dann auch einmal anhören! –, dass wir das Energiewirtschaftsgesetz novellieren müssen. Das gibt die EU vor, und das wollen wir alle im Sinne des Verbrauchers, denn wenn die Durchleitungsgebühren Dritter zukünftig überprüft werden, gibt es auch für den Konsumenten keine Wettbewerbsverzerrungen mehr. Unstrittig ist auch, dass Energiepreise, bevor sie erhöht werden, überprüft werden müssen. Ich freue mich, dass alle Fraktionen hier im Hause sich einig sind, dass wir das machen wollen, dass wir den Senat auffordern, schnell und gut im Sinne des Verbrauchers im Bundesrat zu handeln. Die Bremer CDU-Fraktion steht genauso wie die Bundes-CDU für eine marktwirtschaftliche, aber auch verbraucherfreundliche Politik, und das wird mit diesem Antrag auch deutlich. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir behandeln heute mit der Drucksachen-Nummer 16/485 den Antrag mit der Überschrift „Keine unzulässigen Energiepreiserhöhungen“. Dieser Antrag hört sich im ersten Moment sehr gut an. Leider hat er nur einen großen Fehler, er kommt um einige Jahre zu spät.

Es ist Ihnen doch nicht erst seit gestern bekannt, dass die Energieversorger schon seit Jahren eine unverschämte und meines Erachtens unzulässige Preispolitik auf Kosten der Bürger betreiben. So hat das bremische Energieunternehmen swb AG mit Wirkung zum 1. Oktober 2004 eine unverschämte und unsoziale Erhöhung der Gaspreise um sage und schreibe 0,25 Cent pro Kilowattstun-

(A) de beschlossen, und weitere unsoziale drastische Energiepreiserhöhungen für das Jahr 2005 sind bereits jetzt schon angekündigt. Die swb AG will laut Pressemitteilung unabhängig von der Entwicklung des Ölpreises für das Jahr 2005 weitere Gaspreiserhöhungen vornehmen. Zwar wurde diese Mitteilung am nächsten Tag wieder bestritten, aber ich glaube, sagen zu dürfen, dass es bei der ersten Mitteilung bleiben wird. Hinzu kommt noch, dass die Strompreise für die Bremer Bevölkerung in diesem Jahr auch noch erhöht werden sollen.

Meine Damen und Herren, wie Sie sehen, werden unserer Bürgerinnen und Bürger so unsozial und skrupellos abgezockt wie noch nie zuvor. Diese unverschämte und nicht mehr zu rechtfertigende Preisentwicklung muss beendet werden. Es haben nicht umsonst mehrere 1000 Bremer Bürger gegen diese überzogene und ungezügelter Kostenexplosion zu Recht demonstriert. Wenn wir schon einmal beim Thema sozial und soziale Gerechtigkeit sind, dann sage ich Ihnen im Namen der Deutschen Volksunion: Es ist eine Riesensauerei und für die Deutsche Volksunion unerträglich, dass zum Beispiel der ehemalige sehr gut verdienende SPD-Bürgermeister Wedemeyer seinen Strom quasi für umsonst bekommen hat, während einem Rentner oder einem armen Mütterchen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, die wirklich jeden Euro dreimal umdrehen müssen, um zu überleben, und ihre Stromrechnung einmal nicht bezahlen können, rigoros der Strom abgestellt wird.

(B) Meine Damen und Herren, das hat mit sozialer Gerechtigkeit nichts mehr zu tun, das ist eine Riesenschweinerei, die Sie politisch mit zu verantworten haben. Darum sage ich im Namen der Deutschen Volksunion: Schluss mit den unzulässigen Energiepreiserhöhungen! Zwar hat die Energieleitstelle als zuständige Kontrollbehörde über dieses Ansinnen einer Preiserhöhung noch nicht entschieden, darum ist es heute umso wichtiger, dass wir diesem Antrag mit den berechtigten Forderungen zustimmen: „Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, erstens sich bei der Beratung des Energiewirtschaftsgesetzes im Bundesrat für die Errichtung einer Regulierungsbehörde einzusetzen, alle Möglichkeiten für eine schnelle Verabschiedung des Gesetzes auszuschöpfen. Zweitens: Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet weiterhin vom Senat eine konsequente Überprüfung der angekündigten Strompreiserhöhung mit dem Ziel, unzulässige Preiserhöhung zu verhindern.“

Bedenken Sie, unsere Bürgerinnen und Bürger bekommen kein Geld für das Nichtstun von großen Energiekonzernen wie zum Beispiel die CDU-Abgeordnete Ahrens jährlich 60 000 Euro vom Stromkonzern RWE, oder Laurenz Meyer wurde ebenfalls vom Stromkonzern RWE sehr gut bezahlt oder die niedersächsische SPD-VW-Fraktion oder unzählige FDP-Skandalpolitiker wie Herr Döhring,

der vorbestrafte Graf Lambsdorf und so weiter oder der mit dem Visa-Skandal in die Schlagzeilen gekommene grüne Ex-Staatsminister Volmer, Bündnis 90/Die Grünen, die grünen Bonusmeilenflieger Cem Özdemir, Rezzo Schlauch und so weiter! Alle Skandalpolitiker aufzählen zu wollen, würde meine Redezeit bei weitem überschreiten.

(Abg. Imhoff [CDU]: Die eigenen nicht vergessen!)

Ich weiß gar nicht, warum Sie sich so aufregen! Doch, doch, hier vorne! Wenn Sie der Meinung sind, dass ich Ihnen die Unwahrheit gesagt habe, dann können Sie mich gern wegen Beleidigung oder Volksverhetzung anzeigen. Ich werde dem Antrag mit der Drucksachen-Nummer 16/485 „Keine unzulässigen Energiepreiserhöhungen“ zustimmen.

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies ist ein ganz schwieriges Thema, das in dem Antrag aufgegriffen wurde und in den letzten Monaten hier in Bremen viele 1 000 Menschen bewegt hat. Das muss man, glaube ich, zur Kenntnis nehmen, und darauf muss man auch reagieren. Es ist politisch in verschiedenen Diskussionen aufgegriffen worden. Ich finde es deshalb auch richtig, dass die Fraktionen der Bürgerschaft einen Antrag an das Parlament stellen, an den Senat gerichtet, wie zukünftig verschiedene Maßnahmen verbessert werden können.

Ich will das einmal so sagen: Natürlich müssen wir auch versuchen, auf Bundesebene die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher durchzusetzen. Das halte ich für ganz wichtig. Da gibt es zwischen Bundesumweltminister und Bundeswirtschaftsministerium nicht nur in dieser Frage unterschiedliche Auffassungen. Das ist ja nahezu ein Dauerkonflikt zwischen diesen beiden Häusern, der in der rotgrünen Bundesregierung läuft, wie tatsächlich die entsprechende Energiepolitik in diesem Land aussehen soll. Das ist nicht nur bei der Frage von regenerativen Energien immer wieder auffällig, sondern hat auch jetzt bei der Zuteilung im Rahmen des nationalen Allokationsplans bei den Emissionen eine ganz entscheidende Rolle gespielt, worüber sich diese auch erst nach einem größeren Streit verständigen konnten.

Dies hat dazu geführt, und deshalb hat der Abgeordnete Imhoff dort nicht ganz Unrecht, dass die EU-Richtlinie, die eigentlich schon eine Umsetzung in nationales Recht zum 1. Juli 2004 verlangt hätte, bis jetzt durch die Bundesregierung nicht erfüllt wurde. Ich will das ganz deutlich sagen: Ich finde das schade. Ich finde dies auch nicht ver-

(C)

(D)

(A) braucherfreundlich, sondern eher verbraucherfeindlich. Wir müssten ein Interesse daran haben, Klarheit über die Nebenkosten von Erdgaspreisen tatsächlich zu bekommen, transparente Durchsichtigkeit, und dies nicht erst, wenn Tarifierhöhungen entsprechend in Kraft getreten sind, sondern schon zu einem früheren Zeitpunkt.

Vor diesem Hintergrund, finde ich, kann man die Bundesregierung nur auffordern, dort möglichst schnell ihre Hausaufgaben zu machen und tatsächlich dies endlich in nationales Recht zu gießen. Von daher freue ich mich über diese Unterstützung durch das gesamte Parlament und insbesondere auch durch die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, weil das natürlich ein Antrag ist, der auch den Finger in die Wunde ihrer eigenen Bundesregierung legt.

Zweite Auffassung: Wir haben lange darüber diskutiert. Herr Tittmann hat auch gerade versucht, diese Empörung über fehlende Transparenz aufzugreifen, die es hier in Bremen gab über für den einen oder anderen Verbraucher nicht nachzuvollziehende Erhöhungen. Ich finde, dass wir dort in verschiedener Hinsicht die Interessen des Verbraucherschutzes stärken müssen. Dazu haben nicht nur diese Veranstaltungen gedient, die ja auch mit den Parteien jeweils stattgefunden haben, sondern wir müssen auch sehen, was wir hier tatsächlich machen können, um diese Transparenz herzustellen.

(B)

Einen kleinen Beitrag dazu hat das Bundeskartellamt geleistet. Ich finde, das muss man an dieser Stelle auch sagen, auch, um im Nachhinein vielleicht noch eine Aufklärungsarbeit zu leisten. Frau Dr. Mathes hatte das angesprochen: In einer Pressemitteilung vom 21. Dezember 2004 hat das Bundeskartellamt festgestellt, dass wegen des Verdachts missbräuchlicher Preisgestaltung gegen fünf Gasversorgungsunternehmen förmliche Missbrauchsverfahren eingeleitet werden. Gleichzeitig hat das Bundeskartellamt vier Gasversorgern in seinem Zuständigkeitsbereich mitgeteilt, dass gegen sie wegen der aktuellen Preiserhöhung kein förmliches Missbrauchsverfahren eingeleitet wird. Dazu gehören zum einen die Stadtwerke Bremen, zum andern auch die EWE in Oldenburg, also die für uns wichtigsten Versorger in diesem Bereich.

Man muss dann vielleicht auch noch einmal die Begründung dieser Untersuchung vorlesen. Diese Unternehmen haben zum Teil im informellen Vorverfahren des Bundeskartellamtes angekündigt, beabsichtigte Preiserhöhungen zu reduzieren beziehungsweise keine weiteren Erhöhungen in der laufenden Heizperiode und teilweise auch darüber hinaus durchzuführen sowie Rückerstattungen an ihre Gaskunden vorzunehmen, falls die Erlöse aus den Preiserhöhungen die Erhöhungen der Bezugskosten übersteigen. Das Bundeskartellamt hat fer-

ner berücksichtigt, dass diese vier Gasversorger nicht zu den teuersten Anbietern zählen.

(C)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Erklärung vielleicht gleich am Anfang hätte vielen Verbrauchern, glaube ich, den Wind aus den Segeln genommen. Sie hätte auch zu einer entspannten Diskussion über dieses Thema geführt und Herrn Tittmann jetzt nicht die Möglichkeit gegeben, dieses Thema auch noch populistisch für seine Wählerinteressen zu nutzen. Insofern sollte man sich überlegen, ob man solche Debatten nicht am Anfang führt, wenn man solche Preiserhöhungen plant, und nicht am Ende.

(Beifall bei der CDU)

Zum zweiten Punkt des Antrags will ich auch etwas sagen. Frau Dr. Mathes, ich finde nicht, dass Sie ihn zurückziehen müssen. Ich weiß nicht, ob Sie das nur für sich erklärt haben oder für alle, aber da steht: „Die Bürgerschaft erwartet weiterhin vom Senat eine konsequente Überprüfung der angekündigten Strompreiserhöhungen mit dem Ziel, unzulässige Preiserhöhungen zu verändern.“ Dazu kann ich Ihnen sagen, das wird mein Haus auch in Zukunft weiter vornehmen. Das haben wir in den letzten Jahren intensiv gemacht, und ich kann Ihnen sagen, dass der Mitarbeiter meines Hauses dort schon bei den jeweiligen Energieunternehmen gefürchtet ist, weil er sich sehr genau mit diesem Thema beschäftigt, weil er die einzelnen Positionen entsprechend hinterfragt und weil er dort auch im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher tatsächlich eine Überprüfung dieser Preiserhöhungen durchführt.

(D)

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage – Glocke)

Sofort! Ich kann Ihnen sagen, dass zumindest in den beiden letzten Jahren auch bisher die gewünschten Anträge nie eins zu eins genehmigt worden sind, sondern dass es dort entsprechende Abschlüsse gab, weil in dem Rahmen der Prüfung dieser Erhöhungen festgestellt worden ist, dass dort Positionen eingerechnet wurden, die für solche Erhöhungen nicht legitim waren. Vor diesem Hintergrund werden wir das im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der Verbraucher in unserem Land schon genauestens vornehmen. Daher, Frau Dr. Mathes, habe ich überhaupt kein Problem damit, dass Sie diese Position im Antrag belassen und uns gern in dieser schweren Arbeit – denn ich verstehe das auch als eine Unterstützung des Parlaments – dann auch tatsächlich unterstützen.

Vizepräsident Ravens: Aus dem „sofort“, Herr Senator, habe ich entnommen, dass Sie bereit sind, eine Zwischenfrage anzunehmen.

(A) Frau Dr. Mathes, bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Würden Sie dem zustimmen, dass so ein Antrag immer im Gesamtkontext gelesen werden muss und dass, wenn man im Vorspann auf die aktuelle Preiserhöhung eingeht, sich dann natürlich auch der Punkt in der Forderung darauf bezieht. In Anbetracht der Tatsache, dass ich da eine Klarstellung haben wollte, dass das zeitlich aktuell ist, habe ich entsprechend in Abstimmung mit den umweltpolitischen Sprechern der beiden anderen Fraktionen den Änderungsantrag hier eingebracht. Ansonsten glaube ich aber, dass wir da eigentlich in der Sache keinen Handlungsbedarf haben.

Senator Eckhoff: Aber dann streichen Sie einfach den dritten Absatz aus dem Antrag und lassen die Forderung darin, dann ist die Aktualität heraus,

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]: Das können wir auch gern machen!)

und man hat das weiterhin dem Senator mit auf den Weg gegeben.

(B) (Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]: Gern!)

Ich sage Ihnen auf jeden Fall zu, egal, ob Sie es jetzt herausstreichen oder nicht, dass wir im Interesse der Bremerinnen und Bremer diese Prüfung bei den Strompreisen weiterhin genau vornehmen und sehr genau darauf achten werden, dass tatsächlich nur die Kosten, die auch anzurechnen sind, dort berücksichtigt werden. In diesem Sinne hoffe ich, dass auch die rotgrüne Bundesregierung ihren Streit möglichst schnell beendet, dass wir das gleiche Ergebnis, das wir bei den Stromtarifen haben, auch bei den Erdgaspreisen erreichen, auch im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher. Dann sind wir schon einen deutlichen Schritt nach vorn gekommen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur noch einmal zur Klarstellung: Der Änderungsantrag in Absprache auch mit den anderen beiden Fraktionen besteht darin, dass der drit-

te Absatz im Vorspann zu streichen ist, der ursprüngliche Änderungsantrag, Punkt zwei zu streichen, nicht vollzogen wird, aber in diesem Teil das Wort „angekündigten“, das ist leider nämlich auch noch nicht ganz richtig, Herr Eckhoff, auch noch gestrichen werden muss. Dann sind wir aber, glaube ich, aktuell und gemeinsam in der Sache auf dem gleichen Weg. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Frau Dr. Mathes, ich muss jetzt noch einmal eben fragen! Ich nehme an, ich habe es verstanden: Der dritte Absatz wird gestrichen, und in Punkt zwei, wo Sie den Senat auffordern, wird das Wort der „angekündigten Strompreiserhöhung“ gestrichen, oder?

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Bei Strompreiserhöhungen in der Regel immer, also das „angekündigten“ streichen! „Von Strompreiserhöhungen“ statt „der angekündigten Strompreiserhöhungen“!

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, Sie haben es vernommen, Frau Dr. Mathes hat jetzt darum gebeten, und die Antragsteller haben es übernommen: Im Antrag wird der dritte Absatz im Vorspann, der mit „Jetzt ist bekannt“ beginnt und mit „nicht entschieden“ endet, gestrichen, und in der Aufforderung des Senats in Punkt zwei wird gestrichen „der angekündigten“, dort heißt es dann „von Strompreiserhöhungen“. Besteht Klarheit? – Gut!

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 16/485 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

bremen_service, die neubürgeragentur Controllingbericht 2 zum Abschluss der Pilotphase 2002 bis 2004

Mitteilung des Senats vom 2. November 2004
(Drucksache 16/447)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Röwekamp, Senator Eckhoff und Frau Senatorin Röpke.

(C)

(D)

- (A) Die Beratung ist eröffnet.
Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Jahr 2001 wurde aus einer parlamentarischen Initiative der Koalition die Entwicklung des Projekts Neubürgeragentur, später *bremen_service*, die Neubürgeragentur, angeschoben.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Die SPD-Fraktion hatte hier die zündende Idee und an der Stelle wahrlich ein gutes Näschen für ein wirklich konstruktives Vorhaben.

(Beifall bei der SPD)

Es ist für diese Stadt, wie wir alle wissen, von sehr großer Bedeutung, neue Bürger für Bremen zu gewinnen und Einwohner mit Abwanderungstendenzen zu halten. Darüber hinaus bringt die Neubürgeragentur einen nicht zu unterschätzenden Imagezuwachs für unsere Stadt und beinhaltet inzwischen eine breite Palette, zum Beispiel durch überregionale Werbung und umfangreiche Serviceleistungen nicht nur für Neubürger.

- (B) Die Ziele der Neubürgeragentur sind, Neubürger zu gewinnen, Einwohner zu halten, positive Standorterwartungen zu schaffen und effektive und kundenfreundliche Organisation und Begleitung anzubieten. Wenn man sich den zweiten Controllingbericht ansieht und ihn mit dem ersten vergleicht, kann man schnell feststellen, dass hier kontinuierlich an den Zielen weitergearbeitet wurde. Der Controllingbericht weist für das Jahr 2004 eine Verdreifachung der Beratung von 893 auf 2519 aus. Eindrucksvoll ist auch der Zuwachs von 521 Neubürgerinnen und Neubürgern. Es wurde errechnet, dass sich unter Betrachtung der ermittelten Kosten für die Neubürgeragentur und der zusätzlichen Einnahmen des Landes Bremen nach dem Länderfinanzausgleich durch neue Einwohner eine Wirtschaftlichkeit der Neubürgeragentur bereits ab zirka 300 vermittelten Neubürgern ergibt. Der Break-Even-Point ist somit deutlich überschritten, und das Ergebnis kann sich sehen lassen.

Nach zwei Jahren Betrieb kann laut Bericht für alle Ziele eine Zielerreichung von etwa 80 Prozent festgestellt werden. Dieses Ergebnis ist im positiven Sinne bemerkenswert, und ich möchte an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von *bremen_service* ein großes Lob aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Die Neubürgeragentur allein ist jedoch kein Grund, nach Bremen zu ziehen. Sie kann zur Entscheidungsfindung beitragen, vorausgesetzt, das Produkt Bremen ist besser zu vermarkten als andere Kommunen in der Region. An dieser Stelle sind wir gefordert, auch in Zukunft in Bereiche zu investieren, die Menschen wirklich überzeugen. Dazu gehören in erster Linie vorhandene Arbeitsplätze, ein attraktives Wohnumfeld sowie eine gut ausgebaute Bildungs- und Sozialkultur und Freizeitinfrastruktur. Die Voraussetzungen dafür wurden zum Beispiel mit dem Anschlussinvestitionsprogramm, dem Entwicklungsprogramm für Stadtteile und die Innenstadt und den Investitionen in Bildungs- und Betreuungsangebote geschaffen.

Eine umfangreiche Befragung von Neubürgern durch das Bremer Institut für Tourismuswirtschaft und Freizeitforschung hat in 724 ausgewerteten Fragebögen ergeben, dass es der Neubürgeragentur in nur zwei Jahren Geschäftsbetrieb gelungen ist, einen Bekanntheitsgrad von 47 Prozent bei Neubürgern zu erzielen. Die Beurteilung der Leistungen durch die Kunden der Neubürgeragentur ist durchweg positiv bis sehr positiv.

Wir von der SPD-Fraktion sind davon überzeugt, dass die Neubürgeragentur ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen und weiterentwickeln muss. Allerdings ist im Haushalts- und Finanzausschuss darüber Einigkeit hergestellt worden, dass um eine restriktive Haushaltsführung gebeten wird mit dem Ziel, den maximalen Rahmen von 910 000 Euro nicht auszuschöpfen. Das finde ich auch völlig in Ordnung, denn wenn es möglich ist zu sparen, sind wir alle gefordert.

(Beifall bei der SPD)

Bis zum Abschluss des europaweiten Ausschreibungs- und Besetzungsverfahrens wird die Geschäftstätigkeit in der bisherigen Konstruktion fortgeführt. Erfreulich ist auch, dass es gelungen ist, bremische Firmen und Einrichtungen für Kooperationen und Spenden für die neu Eingebürgerten zu gewinnen, die teilweise über das Begrüßungspaket hinausgehen. Eine unmittelbare finanzielle Beteiligung bremischer Unternehmen am Geschäftsbetrieb der Neubürgeragentur konnte bis heute jedoch nicht erzielt werden. Natürlich handelt es sich bei dem Ziel der Einwohnergewinnung um eine Landesaufgabe, und so wird es offenbar auch wahrgenommen. Ich finde jedoch, dass eine gute Vermarktung des Standortes Bremen auch für große und kleine Betriebe von erheblicher Bedeutung ist, wenn es darum geht, qualifizierte Mitarbeiter zu werben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wenn ich in Baden-Württemberg wohne und ein interessantes Stellenangebot aus Bremen habe,

(C)

(D)

(A) dann bin ich darauf angewiesen, schnell, unbürokratisch und umfangreich von den Qualitäten dieser Stadt überzeugt zu werden, um zu einer positiven Entscheidung für den bremischen Arbeitgeber zu kommen. Es ist völlig klar, dass an dieser Stelle nicht nur Bremen profitiert, sondern eindeutig auch ein Arbeitgeber, der die Qualität seines Betriebes dadurch sicherstellt. Es wäre doch bedauerlich, wenn potentielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei einem interessanten Angebot abwinken, weil es niemanden gibt, der die Arbeits-, Wohn- und Lebensqualität dieser Stadt überzeugend vermittelt. An der Aufgabe, bremische Unternehmen davon zu überzeugen, sich auch finanziell in größerem Umfang zu beteiligen, sollte weiter selbstbewusst gearbeitet werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Anforderungen an die Mitarbeiter werden durch die beabsichtigte Neuordnung der Bürger-Service-Center in Bremen sicher größer werden. Zukünftig wird dem Bürger-Service-Center Mitte sicher eine noch größere Bedeutung zukommen, als es jetzt schon der Fall ist. Das muss man genau beobachten, wie die Entwicklung dort weitergeht. Schon jetzt wird der Betrieb in Mitte immer mehr in Anspruch genommen, weil er zentral liegt und ein Personalausweis neben dem Einkaufen in der Stadt bequem zu verlängern ist.

(B) Ich will an dieser Stelle davon absehen, die vielen Aktionen und Kooperationen von *bremen_service* aufzuzählen, denn das würde zu lange dauern. Es geht von der Einrichtung des barrierefreien Internetauftritts zum barrierefreien Wohnen in Bremen bis zur Pendleransprache. Auch der Internetauftritt ist umfangreich und übersichtlich.

Kaum hier und schon da sind auch immer noch Vadder und Hein. Diese beiden kann man mögen, muss man aber nicht. Man kommt jedoch nicht an ihnen vorbei. Entweder höre ich zu, weil mir die Geschichten gefallen, oder ich höre zu, weil ich sie nicht so toll finde. Entscheidend ist doch das Produkt, also Bremen, für das geworben wird, und das, meine Damen und Herren, bekommen alle mit. Nachdem es im NDR die Sendung „Neues aus Büttenwarder“ mit Jan Fedder gibt, glauben auch viele, Büttenwarder liegt in Hamburg, und das, meine Damen und Herren, ist für Hamburg sicher kein Nachteil.

Abschließend möchte ich feststellen, das Geld ist gut angelegt, und man darf gespannt sein, ob es gelingt, die avisierten 652 Neubürger durch den errechneten Steigerungsfaktor 2005 zu erzielen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke. (C)

Abg. **Focke** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will die Debatte nicht wesentlich verlängern, weil Frau Garling in aller Ausführlichkeit fast jede Seite beschrieben und dargestellt hat, wie erfolgreich die Neubürgeragentur bisher gearbeitet hat. Ich finde auch, das ist beeindruckend. Das konnte nicht unbedingt von vornherein gesagt werden, dass gerade im letzten Jahr die Kontakte und Gespräche in enormer Weise ausgeweitet worden sind. Das ist mehr als eine Verdreifachung gewesen.

Wenn man feststellt, wie viele Neubürger man dadurch generieren kann, also der Break-Even-Point überschritten ist, dann heißt das doch in Wirklichkeit, dass die Neubürgeragentur das Geld, das sie kostet, auch eingespielt hat. Das ist doch ein entscheidender Faktor.

(Beifall bei der CDU)

Selbst wenn nicht die hundertprozentigen Ziele, die man sich hier vorgenommen hat, erreicht worden sind, aber wenn in einer Pilotphase über 80 Prozent erreicht werden, finde ich, ist das schon ein Grund, davon zu sprechen, dass es eine erfolgreiche Sache ist.

Nun wissen wir alle, dass wir kein Geld haben, dass das Geld auch nicht mehr, sondern eher noch weniger wird und dass wir uns enorm anstrengen müssen, die Haushalte in den nächsten Jahren überhaupt richtig hinzubekommen. So ist es völlig richtig, dass man auch hier sagt, hier darf nicht übermäßig Geld ausgegeben werden. Wir müssen aber alles daran setzen, dass das Projekt jetzt nicht beerdigt wird, sondern dass es auch 2005 mit etwas weniger Mitteln durchgehalten werden kann und dass wir auch Möglichkeiten finden, es noch die weiteren Jahre weiterzuführen.

Es wird ein schwieriges Unterfangen, aber wir haben hier eben festgestellt, und das wurde auch durch die Details deutlich, die Frau Garling hier mitgeteilt hat, dass die Neubürgeragentur erfolgreich gearbeitet hat und im Prinzip ihr Geld selbst verdient hat. Dann müssen wir auch dafür sorgen, dass aus diesem Geld dann praktisch die Weiterführung möglich wird, weil wir davon ausgehen, dass wir dadurch jedes Jahr mehr Neubürger bekommen, weil diese Agentur jetzt viel breiter wirbt.

Schade finde ich auch, dass es immer noch nicht gelungen ist, mehr private Firmen dazu zu bewegen, sich hier aktiver, auch finanziell, einzubringen. Zum Beispiel für Wohnungsbaugesellschaften ist das ein interessanter Markt, wo sie ansprechen und werben können, und nicht nur für große

*) Vom Redner nicht überprüft.

(D)

(A) Firmen, die Fachpersonal suchen, für die besonders auch, aber es ist eben ebenso für andere Firmen eine interessante Sache, sich dort zu beteiligen. Dafür sollte man noch einmal verstärkt Werbung machen in den einzelnen Verbänden und Kammern, damit sichergestellt ist, dass das, was wir finanziell nicht mehr leisten können, dann über diese Verbände, Kammern oder private Firmen dargestellt werden kann, denn das ist zum Nutzen des gesamten Landes. Vielleicht gelingt es ja im weiteren Verlauf, weil sich die Agentur immer besser und mehr etabliert, dass sie weiter in dieses Segment eindringt. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte gern in dieser Debatte noch etwas grünes Wasser in Ihren Wein gießen.

(Abg. F o c k e [CDU]: Bonschenwasser!)

(B) Wir diskutieren hier einen Bericht des Senats über die Pilotphase der Neubürgeragentur, die für einen bestimmten Zeitraum geplant und finanziert wurde, nämlich bis 2004, um dann an der Auswertung sehen zu können, ob wir das für Bremen weiter so haben wollen, ob wir das weiter finanzieren wollen und ob sich das, was die Neubürgeragentur gemacht hat, bewährt hat. Vielleicht kann man auch aus der Arbeit lernen, was man in dem Kernbereich des öffentlichen Dienstes in Zukunft besser und anders machen kann.

Die Grünen finden einen Teil der Tätigkeiten, die die Neubürgeragentur unternommen hat, gut. Da gibt es engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und sie haben außerhalb der Struktur des öffentlichen Dienstes, was immer so besonders betont wird, wie positiv und flexibel das ist, Sachen gemacht, die vorher vom öffentlichen Dienst her eher unüblich waren, also Personen angesprochen, die Pendler sind, und gefragt, ob es nicht vielleicht sinnvoller ist für ihre Lebensplanung, sich in Bremen anzusiedeln und ähnliche Dinge.

Mit dem, was ich hier sage, will ich nicht die Tätigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier in Abrede stellen oder ihre Erfolge, sondern es geht uns mehr darum, nach dieser Zweijahresfrist zu bewerten, ob es sinnvoll ist, das so fortzuführen, und da sind die Grünen eher der Auffassung, dass es Probleme gegeben hat mit der Neubürgeragentur und dass man in Zukunft einige Dinge anders machen soll. Auf die Probleme will ich hier aus grüner Sicht noch einmal eingehen.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) Aus unserer Sicht hat es sich nicht bewährt, die Neubürgeragentur in eigenständiger Rechtsform zu gestalten. Sie ist angesiedelt bei Bremen Marketing. Es ist aber im Grunde so, dass man, wenn man wirklich Bürgerinnen und Bürger gewinnen will, nach Bremen zu ziehen, ein koordiniertes Verfahren und Vorgehen aller Ressorts benötigt. In allen Ressortzuständigkeiten und Bereichen hat man Angebote oder kommt man auf Bereiche, wo es sinnvoll sein könnte, mit Menschen in Kontakt zu kommen, die vielleicht nach Bremen umziehen könnten, und das Herauslösen aus dem öffentlichen Bereich hat eine Reihe von Vorteilen, was zum Beispiel die Flexibilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrifft, es hat aber auch den Nachteil, dass es zu größeren Reibungsverlusten kommt. Ich glaube, dass sich das nicht bewährt hat. Die Ziele, gezielt neue Bremerinnen und Bremer zu gewinnen, sind gut, aber die Grünen setzen sich eher für ein integriertes Verfahren ein.

Was ich hier in der Debatte nicht so gut finde, ist, dass doch ein bisschen sehr über den vom Senat vorgelegten Text, ich sage einmal, so ein wenig hinweggeschludert wird. Die Bedingung an die Neubürgeragentur war, dass die eine Million Euro, die wir an Steuermitteln dafür einsetzen, sich irgendwie wieder für Bremen bezahlt machen muss. Dann wird ausgerechnet, bei wie vielen Menschen, die wir neu als Bürger gewonnen haben, sich denn diese eine Million Euro rechnet. Dazu sagt der Bericht des Senats, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten, auf Seite sieben der hier vom Senat vorgelegten Vorlage, die wir jetzt debattieren wollen, Folgendes:

„Einwohnerentwicklung in Bremen: Die Darstellung der Einwohnerentwicklung der letzten Jahre verdeutlicht, dass die Stadt Bremen entgegen der bisherigen Prognosen keine Einwohner verliert“ – welche Prognose war das denn jetzt eigentlich? Bisher hat die große Koalition immer das Gegenteil gesagt, aber gut –, „sondern gewinnt.“ Dann steht in der Vorlage des Senats: „Diesen Erfolg reklamieren viele Väter für sich.“ Es gibt also völlige Uneinigkeit darüber, woran es denn nun gelegen hat, dass Menschen nach Bremen gezogen sind. Dann heißt es weiter in dem Text: „Immerhin ist durch die Geschäftstätigkeit der Neubürgeragentur zumindest eine stabilisierende Wirkung dieses Trends zu unterstellen.“

Das muss ich Ihnen hier einmal sagen, das reicht nicht aus als Begründung, eine Million Euro im Jahr auszugeben, und es widerspricht auch der allgemeinen Lebenserfahrung, dass sich Menschen für einen Wohnortwechsel, eine Stadt wie Bremen, einen anderen Standort entscheiden ausschließlich auf der Basis der Werbetätigkeit einer Neubürgeragentur.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Insofern ist ganz klar, es ist nicht dargelegt worden, ob sich die Sache für Bremen rechnet. Sie ist vielleicht schön, macht vielleicht auch Freude, sie ist etwas, womit man sich in der Öffentlichkeit als Regierung präsentieren kann, das ist aber leider alles.

Deshalb, aus den Erfahrungen lernend, sind wir nicht der Auffassung, dass die Finanzierung, der die Grünen im Haushaltsausschuss zugestimmt haben, die Sie für das Jahr 2005 verlängert haben, in dieser Form im Jahr 2006 und 2007 fortgesetzt werden kann. Da empfiehlt der Senat in seiner Vorlage dem Haushaltsgesetzgeber, dafür Mittel einzustellen. Ich habe jetzt von Frau Garling gehört, dass es schon eine laufende Ausschreibung gibt. Da würde mich dann doch noch einmal interessieren, auf der Basis welcher bereitgestellten Mittel das eigentlich dann in Zukunft finanziert werden soll. Das Geld ist schlichtweg nicht da.

Ich erkläre für die Grünen, dass wir der Auffassung sind, dass der Senat einen Vorschlag machen soll, wie die gute Arbeit der Neubürgeragentur in Zukunft integriert in die Angebote und in die Strukturen, die wir in Bremen haben, fortgesetzt werden kann. Wir sind der Auffassung, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft spezifisch die Firmen, mit denen sie zu tun hat, auch immer ansprechen muss mit der Frage, ob es bei ihnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt, die in Bremen wohnen möchten oder könnten. Dasselbe gilt auch für die BIG.

(B) Wir sind der Auffassung, dass in allen Bürger-Service-Centern, die es in Zukunft noch geben wird, das Neubürgerpaket vorgehalten werden muss, dass in allen Bürger-Service-Centern beraten werden muss vor dem Hintergrund, wie viele in welchen Stadtteilen und mit welcher öffentlichen Unterstützung in Bremen noch wohnen könnten. Wir möchten, dass gezielter über Firmen geworben wird. Wir finden es richtig, dass über die Hochschulen geworben wird, aber das sollen auch die selbst machen und als Teil ihrer selbstverständlichen Arbeit akzeptieren. Ganz wichtig ist auch die Werbung in Schulen. Da gibt es noch große Spielräume, mit einem guten Bildungswesen zu werben, dass Menschen vom Umland her Interesse haben, nach Bremen zu ziehen.

Wir wollen eine integrierte Werbung um Bürgerinnen und Bürger, um Neubürger aus allen Ressortbereichen. Wir wollen einen Senat, der das als Querschnittsaufgabe im Rahmen seiner Gesamtverantwortung sieht und den Fokus darauf legt. Dazu hat die Neubürgeragentur beigetragen, aber die Pilotphase sollte aus unserer Sicht beendet werden.

Die Zukunft ist ganz einfach. Letztendlich wird eine gute Politik, ein wirtschaftlich prosperierendes Bremen, eine interessante Stadt darüber entscheiden, ob Menschen hierher kommen. Der de-

mographische Wandel weist auf neue Tätigkeitsfelder. Diese liegen insbesondere darin, dass wir uns hier darauf einrichten, dass ältere Menschen in größerer Zahl in Bremen wohnen werden. Da spielt die Frage, finden sie Wohnraum, finden sie Unterstützung im Falle der Pflegebedürftigkeit, und können sie auch einkaufen in der Region, in der sie wohnen, eine große Rolle. Das zeigt, welche Politik hier in Zukunft gemacht werden soll.

Ein gut funktionierender ÖPNV und auch ein Bildungswesen, mit dem man weit über Bremen hinaus für sich Werbung machen kann, ein Kulturangebot, das interessant und vielfältig ist, sind weitere Bausteine für das Gewinnen von Einwohnern. Wir möchten gern, dass in Zukunft der Schwerpunkt des Werbens von Neubürgern mehr auf der Substanz von Politik liegt und etwas weniger auf der Reklameebene.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt weiß ich, warum ich zwar Apfelschorle, aber keine Weinschorle trinke, Frau Linnert, weil der gepanschte Wein nämlich nicht so gut schmeckt wie das Original.

(D) Vor diesem Hintergrund kann ich auch Ihre Aussagen nicht so ganz nachvollziehen, die Sie hier gemacht haben. Ich muss feststellen, dass man natürlich statistisch nicht jeden Neubürger, der hier nach Bremen kommt, automatisch der Arbeit der Neubürgeragentur zurechnen kann. Dann würden wir, glaube ich, alle unsere Arbeit, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, ins falsche Licht stellen. Natürlich gehört es aber dazu, wenn man entsprechende Rahmenbedingungen zur Verfügung stellt, dass man auch gezielt Menschen anspricht, hier nach Bremen zu kommen und dann nicht nach Worpswede, Stuhr oder sonst wohin zu gehen. Das war auch das Ziel.

Ich will noch einmal die Historie darstellen, denn das war auch ein Thema in der letzten Legislaturperiode, damals fing das schon an mit den Vätern des Erfolges. Da stritten sich nämlich SPD und CDU darüber, wer denn eigentlich die Ursprungsidee hatte, diese Neubürgeragentur einzurichten. Ich weiß noch, wie ich damals mit Jens Böhrnsen über dieses Thema sprach, wie wir das denn lösen können in der Debatte und wer zuerst unter dem Antrag steht, weil es quasi eine zeitgleiche Idee der gesamten großen Koalition war, wie wir dieses Thema beleuchten.

Das Ziel der Einwohnergewinnung ist bis heute, Frau Linnert, eine Gesamtaufgabe des Senats. Das ist doch vollkommen klar. Deshalb wird Bil-

(A) dungspolitik so ausgerichtet, deshalb werden Gewerbegebiete geschaffen, deshalb wird ein vernünftiges ÖPNV-Angebot geschaffen und so weiter. Also, das Gesamtziel ist ausgerichtet darauf, hier zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner zu gewinnen. Dafür braucht man eine spezielle Einheit, die dann versucht, mit diesen Erfolgen, die Wohnmöglichkeiten, die wir hier haben, welche Gebiete zur Verfügung stehen, Gesamtpakete zu schnüren.

Frau Linnert, da kann ich nur davor warnen zu sagen, das muss dann überall irgendwie passieren. Da kann man ein bisschen Wirtschaftsförderung machen, und wenn ein alter Mensch kommt, dann soll das die Sozialsenatorin tun. Wenn ein junger Mensch kommt, dann macht das die Universität oder die Hochschule, so dass wir das Ergebnis haben, dass sich nachher keiner mehr richtig darum kümmert.

Dann sind wir wieder bei der Debatte, Frau Linnert, die wir genau im Jahr 2001 geführt haben: Brauchen wir eine solche Neubürgeragentur, um auch gezielte Maßnahmen zu unternehmen? Ich finde, dieser Bericht, Frau Linnert, zeigt sehr eindrücklich auch den Erfolg der Neubürgeragentur, selbst wenn ich von diesen statistischen Berechnungen einmal weggehe, sind das, was weiß ich, 500 Neubürger, die zugerechnet werden, oder sind es nur 330, oder sind es nur 150. Wenn Sie allein innerhalb von zwei Jahren einen Bekanntheitsgrad, einen ungestützten Bekanntheitsgrad von 47 Prozent mit einer solchen Einrichtung erreichen, so ist dies schon ein enormer Erfolg.

(B) Die Menschen wissen also durch die verschiedenen Marketingaktivitäten, dass es da offensichtlich eine Organisation gibt. Wenn diese so etwas hören, dann wissen sie auch, dass sie den Bekannten, der hier Richtung Bremen oder in die Region Bremen kommen möchten, auch einmal da hinschicken können. Mich haben diese Zahlen sehr positiv überrascht, 47 Prozent Bekanntheitsgrad nach zwei Jahren. Ich halte das für einen sensationell hohen Wert. Dies war nur möglich, Sie haben das angesprochen, weil dort eine Einheit agiert hat, die flexibel war, die schnell war und auch ungewöhnliche Wege beschritten hat. Frau Linnert, mit Verlaub, ich befürchte, dass dies im Rahmen des öffentlichen Dienstes nicht ohne Weiteres alles möglich gewesen wäre.

Ich weiß noch, Jens Böhrnsen, wir hatten damals auch darüber gesprochen, dass bei der ersten Steuerungsrunde, nachdem wir den parlamentarischen Antrag verabschiedet hatten, die sich traf, um zu überlegen, wie geht das weiter mit der Neubürgeragentur, plötzlich 27 Menschen aus, was weiß ich, sieben verschiedenen Ressorts zusammensetzen und darüber stritten, wie das nun zukünftig organisiert werden sollte. Als es dann noch zwei oder drei Treffen davon gab, hat man überlegt, ob

man da nicht auch eine andere Einheit finden kann, ein anderes Funktionsmodell, um möglichst schnell und flexibel tatsächlich auf die Ansprüche der Menschen, die in die Region Bremen kommen und dann vielleicht sich auch einen Wohnsitz in Bremen nehmen, entsprechend reagieren zu können. Dann ist das genau auf diesen privaten Sektor umgewichtet worden.

(C)

Vor diesem Hintergrund kann ich überhaupt nicht verstehen Frau Linnert, dass Sie jetzt sagen, jetzt sind die auch bekannt genug, jetzt haben die auch ordentliche Arbeit gemacht, und nun können wir das auch langsam wieder zuklappen, und es kommt überall im öffentlichen Dienst.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war doch nie als Dauerangebot geplant! Dafür haben wir doch auch das Geld nicht!)

Nein, die Frage ist nur, ist nach zwei oder drei Jahren mit so einer Einrichtung schon Schluss, und das, da stimme ich Ihnen zu, muss die Zukunft dann beantworten, oder ist es uns die Arbeit wert, dafür auch zukünftig Mittel zur Verfügung zu stellen. Das ist in letzter Konsequenz eine Entscheidung des Parlaments als Haushaltsgesetzgeber. Ich kann allerdings sagen, dass dies eine Gesamtaufgabe auch des Senats ist, bei der wir alle zusammen wirken müssen, diese Mittel tatsächlich aufzubringen und zur Verfügung zu stellen.

(D)

Ich ziehe ein positives Fazit der Arbeit, und das belege ich jetzt nicht mit den Zuzugszahlen. Ich glaube, dass wir in den nächsten Jahren natürlich auch auf die Herausforderungen flexibel reagieren müssen, die auf uns zukommen.

Da sind eine ganz wichtige Zielgruppe natürlich die älteren Menschen, da stimme ich mit Frau Linnert überein, was sie zum Schluss ihres Beitrages sagte. Es wird gerade im Umland in den nächsten zehn Jahren unheimlich viele Menschen geben, die wieder zurück in die Stadt wollen, entweder direkt in an die Innenstadt angrenzende Wohnquartiere oder an ÖPNV-Schienen, wo sie leicht in die Innenstadt fahren können. Dies ist sowohl von der Stadtentwicklung als Herausforderung aufzunehmen, von den sozialpolitischen Aspekten aufzunehmen, aber natürlich auch in der Frage, wie kann man einheitliche Angebote machen, wie kann man zum Beispiel beim Umzug Erleichterungen herbeiführen, wie kann man den organisieren, wie kann man vielleicht eine Lösung für die Immobilien finden.

In Bremen müssen wir die Frage auch in der Baudeputation beantworten, wie wir damit umgehen. In der Innenstadt stehen immer mehr Büroräume frei. Gibt es also eine Möglichkeit, Büroräume umzuwandeln, um speziell diese Zielgrup-

(A) pe, die möglichst immer nah an die Innenstadt möchte, anzusprechen und dort dann auch durch Genehmigungen bisherige Büroräume umzumünzen und dort altengerechte Wohnungen zu etablieren? Da kann man hier in Bremen auch einmal ein Modellprojekt entwickeln.

Das sind, glaube ich, Herausforderungen, die wir annehmen müssen, aber auch dann, Frau Linnert, brauchen wir die Initiative, die gezielt die Menschen im Umland anspricht, um dann nach Bremen zu kommen.

Deshalb ist die Neubürgeragentur eine Einrichtung, die sich noch längst nicht überholt hat. Andere Städte fangen gerade erst damit an, die sind noch längst nicht so weit wie wir. Hamburg zum Beispiel macht so eine Art Welcome-Center. Ich finde, wenn man einen Vorsprung mit einer Einrichtung hat, dann ist es das Schlimmste, was man sagen kann, die sind jetzt so gut, das ist jetzt verzichtbar, und das können wir jetzt wieder in die normalen Mühlen des öffentlichen Dienstes übertragen. So weit sind wir noch nicht, aber in einem stimme ich Ihnen zu, die Finanzierung ist für die nächsten Jahre sicherlich nicht gesichert,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben Sie denn ausgeschrieben?)

(B) und wir müssen entsprechende Mittel einwerben, um sie tatsächlich dann einzusetzen.

Zur Ausschreibung kann ich Ihnen im Moment, muss ich fairerweise sagen, nichts sagen. Ich war gerade auch etwas überrascht, ich hatte das auch so verstanden, aber ich kann es Ihnen jetzt nicht beantworten. Das müsste ich im Rahmen der nächsten Sitzung der Baudeputation berichten, wie der Stand der Dinge ist, dazu kann ich Ihnen im Moment aktuell nichts sagen.

(Abg. Kleen [SPD]: Ist ja schon nächste Woche!)

Das ist nächste Woche, dann würde ich das nachholen, Frau Linnert, wie der aktuelle Stand ist. – Danke!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen. Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

(C) 14. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über die Tätigkeit vom 1. Januar 2002 bis 31. Dezember 2003

Mitteilung des Senats vom 17. August 2004
(Drucksache 16/371)

Wir verbinden hiermit:

Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau zum 14. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2002 bis 31. Dezember 2003 (Mitteilung des Senats vom 17. August 2004, Drs. 16/371) vom 26. November 2004

(Drucksache 16/469)

Dazu als Vertreterinnen des Senats Frau Senatorin Röpke und Frau Hauffe.

Meine Damen und Herren, der 14. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau ist von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer 25. Sitzung am 9. September 2004 an den Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau überwiesen worden. Dieser Ausschuss legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 16/469 seinen Bericht und Antrag dazu vor.

(D) Meine Damen und Herren, die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Arnold-Cramer als Berichterstatterin.

Abg. Frau **Arnold-Cramer**, Berichterstatterin: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht der ZGF für die Jahre 2002 und 2003 liegt Ihnen allen vor. Er schildert ausführlich die Arbeit, die die ZGF geleistet hat. So möchte ich mich als Berichterstatterin auf einige wesentliche und vor allen Dingen in den jeweiligen Bereichen wegweisende Projekte oder auch Initiativen hier in der Darstellung beschränken.

Die ZGF hat federführend mit vielen Veranstaltungen, öffentlichen Diskussionen und Initiativen dazu beigetragen, dass das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Land Bremen von allen gesellschaftlichen Kreisen aufgenommen und diskutiert worden ist. Das Hearing zum Audit Beruf und Familie war der Anlass, dass mehrere Firmen und Ämter einen Landesverband Auditierung familienfreundliche Personalpolitik gebildet haben. Das Ergebnis kann sich in Bremen zunächst wirklich sehen lassen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Am Dienstag konnten wir den Medien entnehmen, dass von den bundesweit 22 Unternehmen, die jetzt ausgezeichnet wurden, vier Unternehmen aus Bremen kommen. Es sind die Stahlwerke, die Bremer Heimstiftung, die Vertriebstochter der swb und die Henry Lamotte GmbH.

Herzlichen Glückwunsch an die Unternehmen für ihren Einsatz! Wir wünschen uns natürlich, dass noch viele andere Unternehmen und öffentliche Stellen im Land Bremen diesem Beispiel folgen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis
90/Die Grünen)

Frauen und neue Medien, dies löst oft ein Schmunzeln aus. In Bremen haben es die Frauen mit viel Ausdauer, Kreativität und vor allem fachlicher Kompetenz geschafft, ein bundesweit einmaliges Frauenportal Gesche.online aufzubauen. Ebenso anerkannt sind die Arbeiten für das Online-Beratungsangebot für Essgestörte, Schlaraffenland Bremen.

Die fachliche Arbeit, in sehr vielen Stunden aber auch ehrenamtlich geleistet, konnte auch den Finanzsenator überzeugen, das Projekt von Gesche mit Hard- und Software sowie mit der Finanzierung von Programmierleistungen zu unterstützen. Weitere Mittel kommen aus dem Programm Bremen in T.I.M.E.. Gesche soll natürlich auch, wenn die zeitlich in der Höhe befristete Anschubfinanzierung ausläuft, flügge werden und mit anderen Partnern auf eigenen Füßen stehen. Wir sind davon überzeugt, dass dies sehr gut gelingen wird. Wir gehen aber auch davon aus, dass die vereinbarten finanziellen Zusagen bis zum Erwachsenwerden von allen eingehalten werden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ohne einen Preis geht es auch bei diesem Projekt nicht. Gesche.online hat Anfang 2004 immerhin den Bremer Weiterbildungspreis erhalten.

Auf einen anderen Arbeitsschwerpunkt, bei dem es keine Preise zu gewinnen gibt, der aber aus unserer Sicht gesellschaftspolitisch an erster Stelle steht, möchte ich jetzt eingehen. Es ist der Kampf gegen die Gewalt an Frauen. Die Öffentlichkeitsarbeit zum Gewaltschutzgesetz und zum Wegweisungsrecht zum Beispiel durch die Aktion, an die wir uns alle bestimmt gut erinnern, „Gewalt kommt nicht in die Tüte“, ist hier beispielhaft.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die gute ressortübergreifende Arbeit in Bremen ist auch auf das Engagement der ZGF zurückzuführen. Wir haben zu diesem Thema schon einige Male in der Bürgerschaft diskutiert. In Bremerhaven leitet die ZGF einen runden Tisch „Gewalt

gegen Frauen“ und begleitet die Maßnahmen in der Stadt zur Umsetzung des Konzeptes gegen die häusliche Beziehungsgewalt.

Im Bereich der Arbeit zum Thema Frauengesundheit hat die ZGF bundesweit dazu beigetragen, dass eine Aufklärungskampagne für einen kritischen Blick zur Hormontherapie in den Wechseljahren initiiert wurde. Wesentliche Impulse dieser Kampagne kamen aus Bremen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis
90/Die Grünen)

Aber auch in unserem Land selbst gab es unzählige Veranstaltungen, Diskussionen, Gespräche zu diesem Thema. Den interessierten Frauen war und ist heute noch immer die Möglichkeit gegeben, Informationen für eine selbstbestimmte Entscheidung für oder gegen die Hormontherapie zu erhalten.

Viele sehr bekannte und sehr nachgefragte Broschüren zu gesundheitlichen Themen sind von der ZGF veröffentlicht worden. Der Hit unter diesen Veröffentlichungen, wenn ich das einfach einmal so lax sagen darf, ist das Heft „Schwanger werden in Bremen“.

(Heiterkeit)

Jetzt gibt es ein Schmunzeln, das trifft sich aber gut mit dem Thema, das wir vorhin hatten, Neubürgeragentur. Ich hoffe, dort wird das Heft auch ausgelegt.

Wir alle haben den Haushalt der ZGF während der Haushaltsberatungen in den Fraktionen und hier im Parlament diskutiert und beschlossen. Unweigerlich kommt bei der Aufzählung dieser Aktivitäten die Frage auf: Wie ist das nur zu finanzieren? Die wesentlichen Aktivitäten sind mit Unterstützung von Sponsoren- oder anderen Drittmitteln finanziert worden. Allein aus dem Haushalt der ZGF hätte sie ihre Aktivitäten nie darstellen können. Drittmittel können aber nur dann erworben werden, wenn die Qualität der zu finanzierenden Produkte überzeugt, und das ist bei den Produkten der ZGF der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Ein ganz wichtiger Punkt kommt noch hinzu, und da treffen wir uns auch wieder mit dem Thema, das vorhin diskutiert worden ist, die ZGF hat sich mit ihrer inhaltlichen Arbeit im Lande, aber vor allem auch bundesweit zu einem Markenzeichen entwickelt. Das, finde ich, steht uns ganz gut an, das weit hinauszutragen.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Die Aufgabe der ZGF ist es aber auch, auf Defizite in der Umsetzung der Gleichstellungspolitik hinzuweisen. Sicherlich ist es richtig, wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, davon ausgehen, dass die Mitglieder im Gleichstellungsausschuss dafür zuständig sind und die Themen ausführlich beraten. Gleichstellungspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist aber auch eine Querschnittsaufgabe, und so möchte ich Sie alle auffordern, den Bericht der ZGF und den Bericht des Gleichstellungsausschusses noch einmal zu lesen und das Augenmerk auf die eigene fachliche Verantwortung zu richten! Bitte tragen Sie die Themen in die eigenen Fachbereiche, in Ihre jeweiligen Deputationen und Ausschüsse, um sie dort auch zu diskutieren und nicht ausschließlich im Gleichstellungsausschuss!

(Beifall bei der SPD)

Einen Satz aus der Einleitung des ZGF-Berichtes möchte ich hier nicht als Vorsitzende des Ausschusses, sondern als Sprecherin der SPD-Fraktion noch einmal aufgreifen und etwas dazu sagen. Es steht auf Seite drei, Herr Präsident, ich darf zitieren: „Wie in den Jahren zuvor waren ihre Bemühungen zum Teil erfolgreich, zum Teil begegneten sie weiterhin Tatbeständen und Strukturen, die der Geschlechtergerechtigkeit im Wege stehen.“

(B) Für uns alle hier im Haus ist es doch eigentlich selbstverständlich, dass eine Diskriminierung der Frauen der Vergangenheit angehört und sich die ZGF mit ihren finanziellen und personellen Ressourcen diesem Thema eigentlich nicht mehr zu widmen braucht. Leider, und darüber bin ich sehr erschüttert, ist in den letzten Wochen in Bremen eine Kampagne gestartet worden, die das Gegenteil beweist. Allgemein gültige gesellschaftliche Werte wurden gebrochen. Mit anderen Worten: Diese Aktion, die hier von jungen Leuten gestartet wurde, trägt zu einem Werteverfall vor allem bei unseren jungen Mitbürgerinnen bei.

(Beifall bei der SPD)

Worum geht es? Von der Jungen Union wurde eine Postkarte verteilt mit einem eindeutig Frauen verachtenden Text. Junge Leute, sagt man jetzt, pubertäres Gehabe, so wird schnell geurteilt, aber wir wissen doch alle, dass der Vorsitzende der Jungen Union bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion ist. Wie passt es zusammen, dass auf der einen Seite Wertevermittlung eingefordert wird, aber auf der anderen Seite gesellschaftliche Werte mit Füßen getreten werden?

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur dieser Vorgang zeigt deutlich, dass es immer noch notwendig ist, Aufklärungsarbeit zu

leisten. Eine wichtige verlässliche Institution bei dieser Arbeit in Bremen ist die ZGF, und wie dieses Beispiel gezeigt hat, können wir auf ihre Arbeit nicht verzichten. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Windler.

Abg. Frau **Windler** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau hat den überwiesenen 14. Bericht der Zentralstelle für die Gleichberechtigung der Frau in seiner Sitzung am 27. Oktober 2004 beraten.

Meine Damen und Herren, es wird Sie nicht verwundern, dass die Umsetzung des Gleichberechtigungsgesetzes eine Aufgabe ist, die allen obliegt, allen Ressorts ebenso wie der Bremischen Bürgerschaft. Der Bericht der ZGF stellt dar, dass es noch viel Arbeit gibt. Gerade diese Arbeit muss gleichberechtigt von allen getragen werden. Ein gutes Beispiel dabei ist Gender Mainstreaming. Der Bremer Senat und der Bremerhavener Magistrat haben beschlossen, Gender Mainstreaming in ihrer Verwaltung einzuführen. Dabei hat die ZGF bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming erhebliche Aktivitäten entfaltet.

Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass die Öffentlichkeit noch zu wenig über Gender Mainstreaming weiß. Es wäre wünschenswert, dies zu ändern. Gender Mainstreaming soll eine Erweiterung bisheriger Gleichstellungspolitik sein und soll ergänzend zu den notwendigen Frauenfördermaßnahmen in die bremische Verwaltung eingeführt werden. Um Maßnahmen, Programme oder Dienstleistungsangebote geschlechtergerecht gestalten zu können, müssen unterschiedliche Interessen von Männern und Frauen von Anfang an in die Planung, Entscheidung und Umsetzung einbezogen werden.

Meine Damen und Herren, zum Thema „Opfer von Frauenhandel“ haben die Bremische Evangelische Kirche und die Innere Mission Bremen e. V. im Februar 2002 eine Beratungsstelle für die Opfer von Frauenhandel gegründet, zunächst einmal als Modellprojekt und später als Beratungs- und Betreuungsstelle. Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hat einen einmaligen Zuschuss in der Zeit von März 2003 bis Herbst 2003 gewährt. Ansonsten ist diese Beratungsstelle in der Hauptsache durch Spenden und Zuschüsse finanziert worden.

In mehreren Debatten hier in der Bürgerschaft wurde dieses Thema behandelt. Vor der Bürger-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) schaftswahl hat der Senat die Bürgerschaft mit der Bürgerschaftsdrucksache 15/1455 vom 9. April 2003 informiert, dass der Senat über die Fortführung des Projekts und dessen Finanzierung im Zusammenhang mit dem Haushalt 2004 entscheiden werde. Nach der Wahl wurde in der Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien festgelegt, dass die Betreuung der Opfer im Rahmen der Regeldienste erfolgen soll. Dies ist nicht geschehen. Daher mussten Ende 2003 bereits erste Opfer von Frauenhandel abgewiesen werden. Eine Lösung ist immer wieder verzögert worden. Positiv ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass unser Innensenator, Thomas Röwekamp, kurzfristig für ein halbes Jahr bei der Finanzierung der Beratungsstelle eingesprungen ist, um den laufenden Betrieb der Beratungsstelle nicht zu gefährden.

Meine Damen und Herren, auch das Thema „Sexueller Missbrauch von Mädchen im Internet“ wird uns noch mehr beschäftigen müssen. Chatten im Internet, Gefahren für Kinder und Jugendliche? Mit dem Verein Netkids wurde ein breites Publikum über Gefahren informiert, denen Kinder und Jugendliche ausgesetzt sind, wenn sie allein zu Hause in der Chatwelt im Internet abtauchen. Es ist eine Gefahr, die wir nicht aus den Augen lassen dürfen. Mein Dank an die ZGF, die dieses Thema aufgenommen hat und in Bremen und Bremerhaven das Ergebnis des Vortrags mit dem Lehrerfortbildungsinstitut weiter bearbeiten wird! Es ist der richtige Weg.

(B)

Meine Damen und Herren, Gewalt gegen Frauen! Zu Beginn des Berichtszeitraums, nämlich am 1. Januar 2002, trat das neue Gewaltschutzgesetz in Kraft. Die Parlamentarier aller Fraktionen haben das Wegweisungsrecht auf den Weg gebracht, das mit guten Ergebnissen angewandt wird. So wird den Opfern von häuslicher Gewalt sicherer Schutz gewährt, nachdem der schlagende Partner aus dem Haus gehen muss.

Die Bremer Ärzte und Krankenhäuser müssen nun noch mehr sensibilisiert werden, um Gewalt zu erkennen, Hemmschwellen abzubauen und die Patientinnen direkt anzusprechen. Häusliche Beziehungsgewalt muss ins Licht der Öffentlichkeit. Sie darf nicht mehr im Dunkeln passieren, sie darf gar nicht mehr passieren, sie muss einfach in die Öffentlichkeit. Also, meine Damen und Herren, Gewalt kommt nicht in die Tüte! Die ZGF kann mit Aktionen wie dieser nur anschieben, etwas ändern können nur die Bürgerschaft und der Senat.

Wir hatten in Bremen mit als Erste ein Landesgleichstellungsgesetz. Nach langer Kontroverse zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat wurde die Richtlinie 76/207 EWG des Rates zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufs-

ausbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen am 23. September 2004 novelliert und als Antidiskriminierungsrichtlinien Beschäftigung und Geschlecht veröffentlicht. Die europäischen Mitgliedsstaaten haben bis Oktober 2005 Zeit, ihr nationales Recht anzupassen.

(C)

Meine Damen und Herren, so lange es nicht für gleiche Arbeit bei gleicher Qualifikation gleichen Lohn gibt, ist die Gleichberechtigung noch nicht durchgesetzt, und so lange ist die ZGF auch nicht überflüssig. Bis heute wird Gleichstellungspolitik noch nicht in allen Politikfeldern als Aufgabe verstanden. Daran müssen wir noch arbeiten. Ich schließe mit der Bitte um Zustimmung zum Antrag des Gleichstellungsausschusses, und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Arnold-Cramer hat schon den Bericht des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau hier vorgestellt,

(Abg. Karl Uwe **O p p e r m a n n**
[CDU]: Nicht nur das!)

(D)

deshalb werde ich hier nicht mehr auf alle Punkte eingehen. Das ist ein sehr komplexer Bericht, wie Sie sehen werden. Ich werde mich deshalb nur auf die Punkte beziehen, die für uns aus grüner Sicht sehr wichtig sind.

Zuerst möchte ich aber ein paar grundsätzliche Anmerkungen machen. Bei dem Bericht der ZGF handelt es sich nicht um so eine Art Rechenschaftsbericht, sondern, und das ist mir besonders wichtig, diese Berichte zeigen auch immer deutlich auf, wo es Defizite in der gleichberechtigten Teilhabe von Männern und Frauen gibt. Noch einmal deutlich: Die Umsetzung des Gleichberechtigungsgesetzes ist eine Aufgabe, die uns alle angeht und die wir auch annehmen müssen, alle Ressorts, aber auch die Bremische Bürgerschaft! Wir hier müssen aus den Analysen die notwendigen Schritte ableiten und auch den Senat zum Handeln dort auffordern, wo es nötig ist.

Die ZGF hat in den letzten Jahren viele Themen aufgegriffen und auch problematisiert. Ich hoffe auch, dass sie dies weiterhin so kritisch und konstruktiv macht wie in der Vergangenheit. Doch sie finanziell so auszustatten, dass dies weiterhin

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (A) möglich ist und die nötigen politischen Initiativen auch ergriffen werden können, das ist unsere Aufgabe im Parlament. Daran werde ich auch noch einmal bei den Haushaltsberatungen erinnern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Nun zu den einzelnen Punkten: Besonders im Bereich des Arbeitsmarktes und mit der Umsetzung von Hartz IV werden viele Frauen aus Maßnahmen herausfallen, wenn hier nicht auf Landesebene entgegengesteuert wird. Die Hartz-Gesetzgebung lässt hier auf kommunaler Ebene und auch auf Landesebene Spielräume für eine geschlechtergerechte Ausgestaltung der Arbeitsmarktpolitik. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Ihnen hier auch dazu einen Antrag vorgelegt, der unter anderem zum Ziel hatte, ein Landesprogramm für Berufsrückkehrerinnen aufzulegen und alle Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme zu gendern. Doch leider haben Sie diesen Antrag abgelehnt, aber wir werden nicht lockerlassen und weiter dort initiativ bleiben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Dass die Situation sich jetzt schon verschlechtert hat, wurde bei einem Gespräch des Gleichstellungsausschusses in Bremerhaven deutlich, als Kolleginnen vom AFZ und des Arbeitsamtes uns vorgetragen haben, wie die Situation jetzt schon aussieht, zum Beispiel dass Umschulungen und einjährige Fortbildungen für Frauen stark eingeschränkt werden. Ich denke, dieses Thema müssen wir in Zukunft unbedingt weiter bearbeiten.

Jetzt kommen wir noch zu einem weiteren Problem, das hier eigentlich auch schon in der Vordebatte angesprochen wurde, nämlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das beeinträchtigt auch immer wesentlich die Berufsfähigkeit von Frauen. Wegen fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten und teilweise auch noch ungenügend flexibler Arbeitszeiten müssen Frauen immer noch häufig auf ihren Arbeitsplatz verzichten und haben anschließend auch Probleme, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Es fehlen immer noch Plätze für Kinder unter drei Jahren, für Schulkinder Ganztagsplätze und Betreuung während der Ferienzeiten.

Natürlich ist die Initiative „Familienfreundliche Stadt“ sehr zu begrüßen, und ich finde es auch gut, was die Partner dort auf die Beine gestellt haben, doch das muss auch aus diesem Hause flankiert werden und nicht nur verbal.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (C) Daran, wie Sie dieses Thema nach vorn bringen und auch eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf anbieten, wird sich in Zukunft entscheiden, wie sich die wirtschaftliche Situation von Regionen und auch von Städten entwickelt. Gerade auch unter dem Aspekt einer immer älter werdenden Gesellschaft ist es wichtig, junge Familien in die Städte zurückzuholen.

Jetzt möchte ich noch ein paar Ausführungen zum Bereich Frauen und Gesundheit machen. Bremen, das wurde hier auch schon gesagt, war immer Vorreiter im Bereich Frauen- und Gesundheitspolitik. Ich möchte es noch einmal deutlich sagen, dass Sie hier den Fehler begangen haben, die Zuwendungen an das Frauengesundheitszentrum zu streichen. Ich denke, Sie könnten sich das noch einmal überlegen für die nächste Zeit, auch für die nächsten Haushaltsberatungen diesen Schritt zu revidieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch zum Thema Gesche.online möchte ich ein paar Ausführungen machen, obwohl hier einiges dazu schon gesagt worden ist. Die ZGF hat hier einen Beitrag zur Stärkung der Medienkompetenz von Frauen mit Unterstützung des Landesmediensprogramms geschaffen und dieses Internetangebot aufgebaut. Das ist ein Informations- und Serviceangebot für Frauen mit speziellen Weiterbildungsangeboten. Frauen sind hier nicht nur Nutzerinnen, sondern auch Gestalterinnen und Produzentinnen. Dieses Projekt hatte vor ein paar Monaten den einjährigen Geburtstag. Alle haben auch artig gratuliert und ein langes Leben gewünscht. Doch für ein langes Leben braucht dieses Projekt Geld. Es hat lange genug gedauert, bis dieses Geld nun endlich auch, ich glaube, unter Haushaltsvorbehalt, wenn ich richtig informiert bin, zur Verfügung gestellt wird. Aber so ein Projekt muss langfristig abgesichert werden, denn es ist über Bremen hinaus auch ein wichtiger Imagefaktor. Wäre Gender Mainstreaming wirklich schon überall selbstverständlich und die Umsetzung auch, dann würden alle Projekte, auch im T.I.M.E.-Programm, gefördert werden, wenn sie gegendert werden. Aber das ist ja auch nicht der Fall.

(D) Auch wenn Gender Mainstreaming vielen inzwischen beim Aussprechen keine Schwierigkeiten mehr macht, so heißt das lange nicht, dass die Umsetzung rasante Fortschritte macht. Nehmen wir zum Beispiel den Bereich der Wissenschaft! Bremen und Bremerhaven sind Städte der Wissenschaft. Das finde ich auch sehr gut, ebenfalls das bundesweit einmalige Verbundkonzept der Universität Bremen und der Hochschulen Bremen und Bremerhaven, das ja auch weitergeführt wird. Doch wir müssen, denke ich, weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, damit sich der Anteil der Stu-

- (A) dentinnen in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern erhöht

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und dass mehr Professorinnen an Hochschulen und Universitäten tätig sind.

Auf die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes werde ich jetzt nicht näher eingehen, das habe ich bei der letzten Debatte des Controllingberichts ausführlich gemacht, und ich denke, der nächste lässt nicht mehr lange auf sich warten. Zum Abschluss möchte ich noch sagen, dass die ZGF wirklich wesentlich dazu beigetragen hat, das Thema Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Frauen und Männern voranzutreiben. Doch die Beschlüsse dazu, damit dieses Ziel auch erreicht wird, müssen wir hier fassen, beschließen und auch dahinterstehen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Röpke.

- (B) **Senatorin Röpke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich möchte zu Anfang betonen, wenn Sie den Bericht gelesen oder zumindest einmal durchgeblättert haben, dann werden auch Sie beeindruckt sein von dem, was wieder von der ZGF in den letzten zwei Jahren geleistet worden ist sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven an unglaublich vielfältigen Initiativen, Aktivitäten auf der Landes-, aber auch auf der Bundesebene. Ich weiß nicht mehr, wer von den Vorrednerinnen es gesagt hat: Es ist in der Tat so, dass unsere ZGF sich auf der Bundesebene einen hervorragenden Ruf durch ihre kontinuierliche, auch inhaltliche Arbeit erworben hat.

Ich möchte aber auch betonen, Frau Hoch hat es eben auch gesagt, das ist mir sehr wichtig, dass die Arbeit an der Gleichberechtigung, die ja leider immer noch nicht beendet ist, sondern wir sind eher mittendrin, eben nicht nur Aufgabe einer Stelle ist, sondern Aufgabe von allen politisch Aktiven, sei es im Senat oder im Parlament. Das muss eine wirkliche Querschnittsaufgabe sein, die von allen angenommen wird. Die ZGF ist ja bekanntlich nur eine relativ kleine Einheit mit relativ wenig Personal und begrenzten Mitteln. Wir können nicht von der ZGF erwarten, dass sie es mit der Chancengleichheit allein richtet, sondern da sind wir alle gefordert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber ich möchte auch betonen, dass die ZGF mit ihren, wie gesagt, bescheidenen Mitteln sehr viel erreicht hat in den letzten, ich glaube, 25 Jah-

ren, in denen sie oft Missstände offen gelegt hat, sehr detailliert auch bestimmte Beratungsgespräche geführt hat, Frauen in bestimmten schwierigen Situationen geholfen hat, also richtig die Arbeit mit Menschen gemacht hat, aber eben auch an vielen Stellen Handlungsbedarf aufgezeigt hat, Politik Beratung an die Hand gegeben hat und vor allen Dingen auch Informationen zur Verfügung gestellt hat. Es sind ja etliche Beispiele auch hier heute schon aufgezeigt worden. Das, denke ich, ist eine sehr wertvolle Arbeit, die über diesen Zeitraum von nunmehr fast 25 Jahren geleistet worden ist und den Frauen ein wichtiges Rückgrat gibt in ihrem Kampf, man kann wirklich von Kampf sprechen, wenn es um Gleichberechtigung geht, wenn es um ihre Chancengleichheit geht.

Der Senat hat im Februar 2002 beschlossen, das Prinzip Gender Mainstreaming auch im Land Bremen einzuführen und das Prinzip Gender Mainstreaming in allen Prozessen von Verwaltung und Politik konsequent zu verfolgen. Ich gebe zu, Frau Hoch, auch da sind wir eher mittendrin als am Ende. Da sind viele Prozesse, die erst noch gelernt werden müssen, da müssen wir an vielen Stellen noch offensiver werden und dieses Prinzip vertreten, und wir müssen darauf achten, dass es immer wieder eingefordert wird, also in die Köpfe kommt. Aber ich bin da auch guten Mutes, denn ich stelle fest, dass es in vielen Bereichen doch jetzt stärker gelernt worden ist als noch vor zwei Jahren.

(D) Wenn ich an den von Ihnen beschriebenen Bereich der Arbeitsmarktpolitik zum Beispiel denke, dann nehme ich auch wahr, dass gerade die Deputierten immer wieder die Frage stellen, wie der Gender-Aspekt erfüllt wird, wenn es um bestimmte Programme geht. Das ist, glaube ich, schon doch sehr stark in dem Bereich, in dem ich das beurteilen kann, angekommen. In anderen Bereichen müssen wir vielleicht noch nacharbeiten, aber ich bin da guten Mutes, weil das Steuerungsgremium, das der Senat eingesetzt hat, also die Ressortverantwortlichen für die Gender-Mainstreaming-Prozesse, diese ganz konkrete Arbeit ja auch seit 2002 in den Ressorts fortführt und da mit konkreten Projekten aufwartet.

Es gibt so genannte Pilotprojekte, wie Sie wissen. Allein in meinem Ressort sind sechs Pilotprojekte installiert worden. Das sind nicht immer die großen Dinge, aber es sind Projekte, die zeigen, dass es wichtig ist, an vielen Stellschrauben bewusst den Gender-Aspekt einzubringen. Zum Beispiel wenn es darum geht, innovative Arbeitszeitmodelle in den Krankenhäusern zu entwickeln und Aufstiegsmöglichkeiten gerade für Frauen damit zu ermöglichen oder wenn es darum geht, eine integrierte Steuerungs- und Handlungskonzeption für EU-geförderte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu entwickeln, das sind Bereiche, wo man sehr schön dokumentieren kann, dass es sich lohnt, den Gen-

(A) der-Aspekt hier mit Leben zu füllen. Auch in Bremerhaven ist Gender Mainstreaming mit Beschluss des Magistrats im Mai 2003 eingeführt worden. Auch dieser wichtige Schritt ist vom Magistrat geleistet worden.

Wenn wir jetzt auf einige Aspekte der Frauenförderung noch einmal schauen, dann müssen wir leider immer noch feststellen, dass es trotz vieler Bemühungen noch nicht gelungen ist, eine repräsentative Quote von Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst, und hier meine ich den höheren Dienst, zu verankern. Da ist auch noch sehr viel Arbeit zu leisten. 2002 waren es nur 13 Prozent Frauen, die im höheren Dienst tätig sind, von insgesamt 56 Prozent der Beschäftigten. Das zeigt noch deutlich dieses Missverhältnis.

Es ist schon lobend erwähnt worden, ich möchte es aber trotzdem noch einmal tun, Gesche.online, also das, was die ZGF im Internet aufgebaut hat, um Medienkompetenz von Frauen zu verbessern! Es ist in der Tat eine Anschubfinanzierung, Frau Hoch, so war das von vornherein angelegt. Bremen in T.I.M.E. ist ja jetzt erst einmal beschlossen worden. Allerdings ist für Gesche.online wie für alle anderen Projekte von Bremen in T.I.M.E. natürlich noch eine weitere Hürde zu nehmen. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass es gelingt, diese Anschubfinanzierung so hinzubekommen, dass das Projekt sich dann auch irgendwann selbst tragen kann, das war ja das Ziel.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in der Tat immer noch ein Thema, das auf der Tagesordnung ist und auch länger sein muss. Wir versuchen mit dem Bündnis für Familien hier in Bremen, die Partner an einen Tisch zu holen. Ich bin auch sehr froh, dass es dank der Koordination und der Schubwirkung durch die ZGF gelungen ist, so viele Beteiligte hier in Bremen für den Hertie-Auditprozess zu begeistern. Da sind wir in der Tat bundesweit Spitze, ohne zu übertreiben. Ich freue mich sehr, dass die Wirtschaft da so mitzieht, dass ganz viele Firmen, Frau Arnold-Cramer hat sie ja vorgelesen, mitmachen und diesen Prozess begleiten. Nur wenn wir es schaffen, viele Betriebe dafür zu begeistern, dann gibt es auch so eine Sogwirkung oder so einen Schneeballeffekt, bei dem auch andere lernen, dass es sich lohnt, da mitzumachen. Letztlich profitiert ja auch der Betrieb davon. Das ist eine wirkliche Erfolgsstory.

Wir müssen in der Tat, das sage ich für den Bereich der Betreuung der Kinder, Stichwort Vereinbarkeit von Beruf und Familie, auf jeden Fall die Rahmenbedingungen noch deutlich verbessern. Die Bundesregierung hat ja das Tagesausbaubetreuungsgesetz auf den Weg gebracht, wo die Null- bis Dreijährigenversorgung stufenweise auf die Quo-

te von 20 Prozent angehoben werden soll. Das ist ein absolut notwendiges Vorhaben, um qualifizierten Frauen, das sind ja meistens qualifizierte Frauen, in die die Volkswirtschaft auch ganz viel Geld gesteckt hat, ein Studium zu ermöglichen, ihnen, wenn sie Kinder haben, auch tatsächlich die Möglichkeit zu geben, im Beruf zu bleiben und gleichzeitig die Kindererziehung damit vereinbaren zu können! Aus meiner Sicht ist es einer der Schwerpunkte unserer politischen Aufgaben in den nächsten Jahren, dafür die Rahmenbedingungen in dieser Gesellschaft zu schaffen.

(C)

In diesem Zusammenhang kann ich auch noch einmal erwähnen, dass es wiederum gelungen ist, den Girls' Day für 2005 abzusichern. Das ist auch eine Geschichte, die wir der ZGF zu verdanken haben, die immer wieder dafür wirbt, dass der Girls' Day durchgeführt werden kann. Bremens Bewerbung um die finanzielle Unterstützung der Bundesregierung für den Aufbau einer Landeskoordinierungsstelle hat geklappt. Die Stelle ist gerade ausgeschrieben. Das ist auch eine, finde ich, ganz tolle Geschichte, um dieses Ziel, mehr Mädchen für andere Berufsfelder zu begeistern, zu erreichen.

Zum Wegweisungsrecht brauche ich nicht mehr so viel zu sagen. Es ist von meinen Vorrednerinnen schon ausführlich dargelegt worden. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass jetzt erstmals Falblätter vorliegen, die nicht nur in Deutsch verfasst sind, sondern auch in Englisch, Türkisch und Russisch. Ein ganz wichtiger Schritt um die Zielgruppe der Migrantinnen, die hier in Bremen natürlich auch davon betroffen sind, zu erreichen!

(D)

Außerdem wurde ein Leitfaden für die Krankenhäuser entwickelt, mit dem das Personal durch bestimmte Hinweise in die Lage versetzt wird zu erkennen, ob es sich um Patientinnen mit Gewalterfahrung handelt. Es gibt Hinweise, Beratungsangebote und Hilfsangebote. Dieser Leitfaden steht für das gesamte Krankenhauspersonal zur Verfügung. Das ist aus meiner Sicht auch ein ganz wichtiger Schritt in Fragen von Beziehungsgewalt.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte zum Schluss noch einmal betonen, dass ich insgesamt die Arbeit der ZGF als, ich würde einmal sagen, einen Ort von Vernetzung in Bremen und Bremerhaven, wenn es um Interessen von Frauen geht, sehr schätze, dass, glaube ich, alle, die damit zu tun haben, sei es jetzt aus Politik oder Gesellschaft, diesen Ort ZGF gern ansteuern, um Beratung und Information zu holen. Ich möchte der ZGF, allen Mitarbeiterinnen der ZGF und der Landesfrauenbeauftragten für ihre Arbeit herzlich danken und bin gespannt auf das, was sie uns in zwei Jahren präsentieren.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(A) **Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bemerkungen des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau beitreten möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau bei.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem 14. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über die Tätigkeit vom 1. Januar 2002 bis 31. Dezember 2003 und von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau Kenntnis.

Bürokratieabbau in der Pflege

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 24. November 2004
(Drucksache 16/467)

(B) Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich war angenehm überrascht, bei der Debatte um die Neubürgeragentur zu hören, dass wir jetzt mit einem Mal alle älteren Menschen und auch pflegende Menschen als Zielgruppe für unsere Stadt entdeckt haben. Als ich das in der letzten Legislaturperiode, Frau Linnert, bei der Debatte „Familien in Bremen“ angeführt habe, war ich noch ziemlich allein, und ich wurde auch belächelt, als ich gesagt habe, gönnen Sie Ihrem Rheuma die Sonne an der Schlachte. Es ist aber ja gut, wenn wir alle weitergekommen sind.

(Heiterkeit)

Der eine oder andere von Ihnen wird sich sicherlich wundern, warum wir heute schon wieder über Pflege reden, über Bürokratieabbau in der Pflege. Sicherlich wäre es auch möglich gewesen,

das in der letzten Debatte an das Heimgesetz anzuschließen. Da sind wir aber einfach zeitlich nicht fertig geworden, das rechtzeitig oder einen Dringlichkeitsantrag dazu einzubringen. Es war vielleicht ein Fehler von uns. Deswegen haben wir es heute erneut auf der Tagesordnung, leider zu späterer Zeit und vor so relativ leeren Kulissen.

Meine Damen und Herren, Pflege ist etwas ganz Intimes zwischen dem pflegenden Personal und den Menschen, die gepflegt werden müssen. Weil es so eine intime Sache ist, müssen die zu pflegenden Menschen auch so viel Zeit und Zuwendung von denen, die pflegen, erreichen, dass es eine sinnvolle und vernünftige Pflege ist. Das Geld für Pflege muss bei den Menschen ankommen, nicht im Bürokratiedschungel versickern, meine Damen und Herren.

Mittlerweile, das ist eine Umfrage des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung in Köln, befürchten 80 Prozent aller ambulanten Pflegeeinrichtungen große wirtschaftliche Schwierigkeiten oder gar Konkurs, da ihnen zuviel Zeit durch die aufwendige Pflege verloren geht.

Sicherlich gibt es in der Pflege so eine Art gefühlte Bürokratie, so wie es diesen gefühlten Windchill oder so etwas gibt. Gründe für Klagen über zu viel Bürokratie können auch durchaus in Arbeitsorganisationsmängeln in den Pflegeeinrichtungen liegen, dass man das vielleicht noch einmal strafen müsste. Es gibt aber ernst zu nehmende Hinweise aus der Praxis, dass der bürokratische Aufwand in der Pflege tatsächlich wächst und hohe Kosten verursacht. Selbst die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fordert eine Entbürokratisierung der Pflege und schätzt, dass rund 35 Prozent der Arbeitszeit für Bürokratie aufgewendet werden müssen. Das können Sie auf der Homepage des entsprechenden Ministeriums nachlesen. Der VDAB, das heißt Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe, rechnet sogar mit 40 Prozent Bürokratieaufwand in der Pflege.

Dokumentation, meine Damen und Herren, muss sein. Das ist sicherlich sehr richtig. Es muss dokumentiert werden, ob das im Pflegeplan festgelegte Pflegeaufkommen für die Person auch eingesetzt worden ist. Pflegedokumentation hat auch eine Schutzfunktion sowohl für die Betreiber von Pflegeeinrichtungen als auch für die Personen, die pflegen. Mitunter ist es ja auch streitig, ob der Dekubitus schon aus dem Krankenhaus oder die Ansätze mitgebracht worden sind oder er erst im Pflegeheim entstanden ist. Das kann man dann durch eine gute Pflegedokumentation beweisen, wie hier die Verursacherlage ist. Diese Dokumentation soll die Qualität der Pflege aufzeigen, und das tut sie in der Regel auch. Qualität und der Beleg von Qualität werden in der Zukunft immer wichtiger sein. Es ist einfach für die CDU ein weiterer

(C)

(D)

- (A) Grund, die Dokumentation so unkompliziert wie möglich und so sicher wie nötig zu machen.

Wir haben in der letzten Debatte angesprochen, dass das Pflegeversicherungsgesetz, das SGB XI, als es 1995 veröffentlicht wurde, 135 Seiten Umfang hatte. Bis zum August 2003 sind 870 Seiten Ergänzungen und Erweiterungen hinzugekommen. Meine Damen und Herren, normal ist das nicht! Mit Sicherheit sind im Jahr 2004 weitere Seiten hinzugekommen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat ja vielen von uns diese Dokumentation zur Verfügung gestellt und nennt dieses Gesetz und all das, was sich um die Pflegeversicherung gebildet hat, mittlerweile einen Verwaltungsmoloch.

Wir haben es hier auch in der letzten Debatte festgestellt, jedenfalls haben wir es gesagt, mit Sicherheit kann keine Pflegeeinrichtung, kann keine Pflegerin und kann kein Pfleger dies alles einhalten und berücksichtigen. Das heißt, Pflege ohne Bruch einer Vorschrift ist kaum noch möglich.

Das oberste Ziel der Pflege soll es doch sein, dem Betroffenen wieder ein Stück mehr Lebensqualität zu geben, auch wenn er in einer Pflegeeinrichtung ist. Das wird aber nicht mit Papierkrieg erreicht, nicht mit dem Ausfüllen von mehr oder weniger sinnigen Papieren, sondern in erster Linie durch das Handeln am betroffenen Menschen. Deswegen, glaube ich, können wir uns alle hinter dem Spruch vereinen: Den Menschen pflegen, nicht die Bürokratie pflegen! Das wäre der richtige Ansatz, und deswegen ist auch dieser Antrag in diese Richtung so gestellt worden.

- (B) Wir wollen uns doch hier im Haus, und das glaube ich, alle hinter diesem Ziel vereinen, dass etwas Bahnbrechendes passiert, dass wir in Bremen und Bremerhaven mit der Zukunft mehr Zeit für pflegende Menschen zur Verfügung haben. Die demographische Entwicklung können wir nicht schönreden. Sie ist so, und es ist auch gut, dass wir alle die große Wahrscheinlichkeit haben, älter zu werden als unsere Großeltern und unsere Eltern, dass wir das Leben hoffentlich auch in vollen Zügen genießen können.

Gern möchte ich Ihnen die Ziele dieses Antrags noch kurz vorstellen: Wir wollen, dass der Senat weiterhin mit Nachdruck darauf hinwirkt, dass der Medizinische Dienst der Krankenkassen und die Pflegekassen gemeinsam an einer Entbürokratisierung der Pflegedokumentation weiterarbeiten. Der Senat und hier im Besonderen die Sozialsenatorin soll mit den Einrichtungs- und Kostenträgern darauf hinarbeiten, dass es zum Einsatz von Technologie in der Pflegedokumentation kommen kann. Das gilt sowohl für die ambulante als auch für die stationäre Pflege gleichermaßen.

Wissen Sie, wenn Sie heute einmal ein Großgerät zu Hause reparieren lassen, dann ist es ja fas-

zinierend! Da klemmt der Monteur irgendein Laptop oder so ein Notebook an, gibt da ein paar Kürzel ein, dann sagt ihm das Gerät, was er zu machen hat, was gewartet werden muss. Das Ganze kann er abends, wenn er in seinem Büro ist, wieder in den Hauptcomputer eingeben. Dann ist die Dokumentation über seinen Arbeitstag völlig unkompliziert und schnell gemacht. Wenn ich an meinen italienischen Eishändler denke, dann hat jeder von seinen Verkäuferinnen und Verkäufern so ein Gerät an der Tasche hängen. Da tippen sie ein, was ich bestellt habe, dann geben sie es abends in das Gerät ein, und dann weiß er, welche Artikel am besten nachgefragt worden sind, welcher Artikel am besten gelaufen ist. In der Pflege wird alles noch mit Papier und mit der Hand gemacht. Das, glaube ich, muss heute nicht mehr sein.

Da Plaisir, das ist so eine komplizierte Abkürzung aus Englisch und Französisch, so eine elektronische Pflegedokumentation, gescheitert ist, weil man sich nicht über die Weiterverwendungsrechte einigen konnte, habe ich mir die Frage gestellt, es muss doch auch in der Bundesrepublik Deutschland, einem High-Tech-Land, ein Interesse geben, solch ein Gerät zu entwickeln! Meine Damen und Herren, wir sind uns doch alle darüber einig, Pflege ist ein Zukunftsmarkt. Mit solch einem Gerät, wenn es denn anerkannt wird, kann man Geld verdienen. Das ist doch nicht verwerflich, wenn man mit so einem Gerät Geld verdient und dann auch noch den Menschen hilft, die gepflegt werden müssen.

Wir wollen, dass der Senat weiterhin darauf hinwirkt, dass Doppelprüfungen vermieden werden. Sie erinnern sich an meine Darstellung von den überlappenden Kreisen mit den Schnittmengen, die ich letztes Mal gebraucht habe. Nach glaubhafter Darstellung von Betreibern gibt es zum Beispiel bei den Medikamenten immer noch Doppelprüfungen. Das muss nicht sein. Hier stellt sich eigentlich die Frage: Kontrollieren die Kontrolleure eigentlich selbst, was sie machen?

In Berlin tagt seit geraumer Zeit ein runder Tisch „Entbürokratisierung in der Pflege“ unter der Leitung der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung. Wir wollen vom Senat wissen, ob und welche Ergebnisse dieses Fachgremium vorlegt und wie sie auf Bremen und Bremerhaven übertragbar sind.

Die Pflegedokumentation ist zu entbürokratisieren und von überflüssigem Aufwand zu entlasten. Ich plädiere für eine technische Ausführung, weg von dem Papier hin zu technischen Geräten. Bürokratie in der Pflege kostet Geld, welches zum Beispiel für Demenzbetreuung und Entlastung der Angehörigen dringend benötigt wird, meine Damen und Herren. Es ist für mich und für die CDU völlig unverständlich, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland Milliarden für die Pflege aus-

(C)

(D)

(A) geben, es aber noch keine Untersuchung gibt, die aufzeigt, wo das Geld bleibt und wie die Wirkung des eingesetzten Geldes ist. Solch eine Untersuchung ist überfällig.

Meine Damen und Herren, weiterhin wollen wir vom Senat einen Erfahrungsbericht über die Zusammenarbeit mit den Heimbeiräten, die jetzt ja, ich glaube, seit über einem Jahr neu formiert sind. Wir wollen wissen, ob hier möglicherweise Sand im Getriebe ist, der durch Handeln entfernt werden könnte, so dass das Getriebe dann wieder gut geschmiert und besser läuft und Reibungsverluste vermieden werden. Im Antrag vom November 2004 steht, dass wir den Bericht bis Mai 2005 gern hätten. Ich glaube, da sind wir aber tolerant, wenn wir dann einen Monat später diskutieren, dass wir da auch eine gewisse Zeitverzögerung in Kauf nehmen würden. Mit diesem Antrag will die Koalition erreichen, dass ein Mehr an Pflege bei den betroffenen Menschen ankommt. Ein Mehr an Personal ist zurzeit mit dem Gesetz kaum zu finanzieren. Darum müssen wir dafür sorgen, dass dem vorhandenen Personal mehr Zeit am Menschen verbleibt.

Meine Damen und Herren, dieses Haus wird sich auch in der Zukunft mit der Situation von Menschen in Heimen, von Menschen, die gepflegt werden müssen – sowohl ambulant als auch stationär –, beschäftigen müssen. Die demographische Entwicklung wird uns da keine andere Wahl lassen, es wird in Zukunft so sein. Für heute bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit! Die Diskussion über die Pflege werden wir sicherlich noch fortsetzen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sicherlich werden wir über das Thema Pflege noch viel diskutieren. Ich bin allerdings zuversichtlich, dass wir bei diesem Antrag hier nicht allzu viele Kontroversen auszutragen haben. Ich kann fast alles, was Sie beschrieben haben, Herr Oppermann, auch unterschreiben.

Wenn wir uns die Pflege anschauen, wie wir sie hier in Deutschland im Moment haben, dann müssen wir sagen, wir haben ein Finanzierungssystem aufgebaut, wir haben in den Pflegeeinrichtungen, wenn man sich die Realität ansieht, deutlichen Personalmangel, wir haben eines der größten Probleme in der Pflege, die Demenz, überhaupt nicht mit Personal hinterlegt. Das ist, glaube ich, eine der größten Herausforderungen für die Zukunft. Wie kann man den Hilfebedarf, der durch Altersdemenz entsteht, wie kann man diesen Hilfebedarf auch mit Personal so hinterlegen, dass die Menschen ein würdigeres Leben haben?

Dann haben wir noch die Situation, auch für den restlichen Pflegebedarf eigentlich feststellen zu müssen, dass wir bei der Personalbemessung jetzt schon wirklich an der untersten Grenze angekommen sind. Viele Einrichtungen klagen schon jetzt. Gleichzeitig stellen wir fest, dass mit dem eingesetzten Personal die Einrichtungen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen im Hinblick auf die Qualität kommen.

(C)

Deswegen hat Politik natürlich auch den Anspruch, dafür zu sorgen, dass möglichst das Qualitätsoptimum aus den vorhandenen Ressourcen, die über die Pflegeversicherung und andere Finanzierungen bereitgestellt wurden, herausgeholt wird. Da ist Politik dann meiner Meinung nach genau an dem Zielkonflikt, dass sie auf der einen Seite die Kontrolle sehr detailliert haben muss, aber auf der anderen Seite eben auch darauf achten muss, dass die Kontrolle nicht dazu führt, dass sie so viel an Arbeitszeit absorbiert, dass die Qualität nun wieder darunter leidet.

Das ist im Prinzip eine Problematik, die jedes Qualitätsmanagement hat, dass es auf der einen Seite bewirkt, dass die Ansprüche, die man formuliert, eingehalten werden, aber auf der anderen Seite auch Arbeitszeit absorbiert. Das ist ein Widerspruch, mit dem man sich auseinandersetzen muss. Damit haben sich auch die Bundestagsfraktionen im neuen Heimgesetz auseinander gesetzt, und sie sind zu dem Ergebnis gekommen, dass man im Hinblick auf das Berichtswesen und im Hinblick auf das Controlling dort Präzisierungen fordern will.

(D)

Die Intention, die dazu geführt hat, war die, dass man sich ganz klar den Interessen des Verbraucherschutzes gestellt und gesagt hat, wir müssen eine Qualität in diesen Einrichtungen gewährleisten, und das machen wir darüber, dass wir die Träger, die solche Angebote bereitstellen, verpflichten, im Detail bestimmte Leistungen zu erbringen und über dieses Erbringen von solchen Leistungen dann auch zu berichten. Der Verbraucherschutz war die Hauptintention für eine solche Beschlusslage, die nun aber von den Trägern in Schärfe kritisiert wird, und wenn man mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Einrichtungen spricht, dann muss man deutlich sagen, unter ihnen ist die Akzeptanz für ein solches Gesetz nicht sehr groß.

Ich selbst bin sehr häufig mit Kritik konfrontiert worden, in der die Menschen deutlich sagen, ich muss den ganzen Tag nur noch Papierberge bewältigen und kann meine originäre Arbeit, für die ich auch in diesen Beruf gegangen bin, nicht mehr vernünftig abwickeln. Ich habe Einrichtungen besucht, da war plötzlich ein Raum, der sicherlich einmal eine Art Besenkammer war, wo Reinigungsgeräte und so weiter standen, voll mit Plastikschubladen übereinander, die, ich schätze einmal groß, 45 verschiedene Formulare enthielten, die sie ab-

(A) zuarbeiten hatten. Ich bin dann in das Büro gekommen, und dann hat mir eine Einrichtungsleiterin zwei schwere, voll gepackte Leitzordner in die Hand gedrückt und gesagt, Herr Pietrzok, schauen Sie sich das einmal an, das ist jetzt die Dokumentation eines Falles, das kann doch nicht Ihr Ernst sein, dass das so weitergeht! In einer solchen Situation fragt man sich schon, ob wir da auf dem richtigen Weg sind. Da fragt man sich schon, ob man nicht vielleicht im Hinblick auf die Dokumentation zu einer überzogenen Regelungsdichte gekommen ist.

Andererseits ist es aber so, wenn man sich mit Trägern darüber unterhält, ich persönlich hatte solche Erfahrungen mit Kollegen aus Schleswig-Holstein, dann gibt es Einrichtungen, die modellhaft genau mit solchen Methoden, wie Herr Oppermann sie gerade angesprochen hat, erreichen, für einen Arbeitstag den gesamten Pflegeaufwand, der erforderlich ist, auf einen Zeitraum von neun Minuten zu reduzieren. Sie haben formuliert, dass sie das auf neun Minuten reduzieren können.

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]:
Sie dürfen es jetzt nicht mehr anwenden
wegen der Rechte!)

(B) Das ist das Plaisir-Verfahren, in dem es um urheberrechtliche Dinge geht. Das ist ein standardisiertes Verfahren, bei dem die Lizenzrechte so teuer waren, dass dieses Verfahren jetzt nicht mehr praktisch angewandt werden kann. Es gibt aber auch schon andere Modelle, die mit demselben Zeitrahmen für die Dokumentationszeit auskommen. Deswegen ist das, was Herr Oppermann gesagt hat, meiner Meinung nach genau richtig. Wir müssen alle Arbeitsprozesse modernisieren. Die Frage, wie wir die Dokumentation der Pflege modernisieren können, ist meiner Meinung nach eine absolut zeitgerechte Frage, und deswegen unterstützen wir diesen Antrag auch in aller Entschlossenheit.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Handlungsmöglichkeiten als kleines Bundesland sind so groß nicht, wenn wir ganz ehrlich sind, da werden größere Räder gedreht. Herr Oppermann hat gerade schon formuliert, dass die Bundesministerin auf Bundesebene auch diesen Prozess forciert. Das unterstützen wir auch, und wir begrüßen das. Es ist dringend nötig!

Jetzt ist es an der Zeit, dass wir in Bremen mit allen Akteuren zusammenkommen, um zu überlegen, wie wir diesen Prozess, der auch in Berlin begonnen worden ist, hier begleiten können, wie wir Wege finden können, um die Dokumentation in der Pflege zu verbessern. Das heißt neue Technologien, das heißt, vielleicht gibt es auch in vie-

len Einrichtungen noch Berichte, die geschrieben werden, die sich keiner mehr anschaut. Mein Eindruck ist, jedenfalls wird das von den Experten berichtet, dass es sehr viele Formulare gibt, in denen Fragen beantwortet werden, die keiner mehr stellt, die auch in gesetzlichen Regelungen nicht mehr so abgefragt werden. Insofern werden wir uns darüber unterhalten müssen, wie ein optimiertes Dokumentationssystem stattfinden kann, wir moderne Technologien einbinden und die Kolleginnen und Kollegen auch so qualifizieren können, dass sie dann mit solchen neuen Technologien arbeiten können!

(Beifall bei der SPD)

Insofern denke ich, dass wir hier auf einer gemeinsamen politischen Linie sind, die in der gesamten Bundesrepublik auch so vollzogen wird. Das ist zumindest mein Eindruck. Wir haben keine Chance, wenn wir hier als Politik Dinge entscheiden und nicht dafür sorgen, dass eine Umsetzung auch tatsächlich möglich ist. Der Pflegebereich ist ein solch hoch sensibler Bereich, dass ich Sie alle bitten möchte, diesen Weg zu unterstützen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Schmidtman. (D)

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sprechen heute praktisch das zweite Mal über die Entbürokratisierung der Pflege. Wir sind dankbar dafür, dass es diesen Antrag der SPD und der CDU gegeben hat. Leider ist die Sache ein bisschen komplizierter. Es hat jetzt so den Anschein, dass, wenn wir den Antrag hier beschließen, den auch wir Grünen hier beschließen wollen, die Pflegeversicherung dann halbwegs gerettet ist nach dem Motto, weniger Bürokratie würde heißen, bezahlbare Pflege für alle Zeiten. So ist es leider nicht! Es ist auch schon von den Vorrednern gesagt worden, dass hier Technologie zum Einsatz kommen kann, dass Möglichkeiten zur Einsparung bestehen.

Wir sind weiterhin der Meinung, dass die Dokumentation sehr wohl wichtig ist, dass es wichtig ist, dass eine Trennung zwischen Heimaufsicht und medizinischem Dienst vorhanden ist, dass das klare Aufgabenverteilungen sind, die auch klar beschrieben werden müssen und klar definiert sind. Wir sind weiter der Meinung, dass die Heimaufsicht eine wichtige Aufgabe hat und mit sehr wenigen Leuten ein sehr großes Betätigungsfeld hat, dass es wirklich an der Grenze ist. Ich frage mich manchmal, wie diese Mitarbeiter das schaffen, ihrem ge-

(A) setzlichen Auftrag nachzukommen, die Heime zu kontrollieren, und zwar auch verdachtsunabhängig und nicht, wenn sie praktisch gerufen werden, wenn es zu spät ist oder wenn irgendwelche Verdachtsmomente bestehen. Es muss einfach auch sein, der Staat hat da eine Aufgabe. Es geht um ältere Leute, es geht einfach darum, dass auch nachgeschaut wird, ist da etwas, gibt es Verfehlungen, muss da nachgesteuert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ihr Antrag ist ein kleiner Schritt. Die Probleme sind leider größer.

Die Probleme, die hier auch angerissen wurden von meinen beiden Vorrednern, liegen in der demographischen Entwicklung der Bundesrepublik. Für immer mehr Pflege gibt es immer weniger Zahler. Die Kosten werden gedeckelt, die Lohnnebenkosten sollen natürlich nicht steigen, das ist ein Zielkonflikt, der sich schlecht lösen lässt. Darauf ist Herr Pietrzok auch schon eingegangen. Der Druck, der auf die Pflegekräfte entsteht, wird immer höher und stellt sich letzten Endes auch in Qualitätsminderung dar. Wenn der Druck auf die Pflegekräfte zu hoch wird, führt das unweigerlich dazu, dass dann auch an der Qualität ein bisschen gespart wird. Dann ist natürlich ein automatisiertes Verfahren mit kleinen tragbaren Geräten mit dem von Ihnen genannten System eine Möglichkeit.

(B) Der Fehler liegt aber praktisch im System. Es muss eine Reform geben. Die Pflegeversicherung kann nicht länger so getragen werden. Sie wird kollabieren, wenn wir uns nicht an eine Reform heranwagen. Die Pflegesätze sollten dynamisiert werden. Verbesserungen für Demenzkranke sind erforderlich, das ist schon angesprochen, ambulante vor stationäre Pflege. Weiterhin sollten Anreize geschaffen werden für die ambulante Pflege. Die häusliche Pflege soll konsequent den Vorrang haben, und dies soll konsequent umgesetzt werden. Ich habe die Hoffnung, dass die Pflegeversicherung mit der neu zu gestaltenden Bürgerversicherung zusammengebunden wird. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Anhand des vorliegenden Antrags sind nun offenbar die CDU und die SPD zu der glorreichen Erkenntnis gekommen, dass im Bereich der Pflege ein bürokratischer Wasserkopf infolge bundesgesetzlicher Vorgaben immer größere Ausmaße angenommen hat. Aber, meine Damen und Herren, das ist doch nichts Neues. Haben Sie denn ganz vergessen, dass seinerzeit in

der Regierung unter Kanzler Kohl und nun in der rotgrünen Chaosregierung unter Kanzler Schröder dafür gesorgt wurde, dass es überhaupt so weit gekommen ist und dass Sie für dieses gesundheitspolitische Desaster selbst verantwortlich sind? (C)

Meine Damen und Herren, zunächst sei festgestellt, ab 1. April 1995 besteht ein Rechtsanspruch auf Leistungen aus der Pflegeversicherung, sobald die Pflegebedürftigkeit attestiert ist. Laut „Deutsches Ärzteblatt“ führte dies zu einer Flut von Begutachtungen, so dass es inzwischen über zwei Millionen Pflegebedürftige in Deutschland gibt, Tendenz steigend. Die nicht exakte Definition bezüglich des Anspruchs auf Pflege bezieht sich auf die Verrichtungen des täglichen Lebens, keineswegs auf einen konkretisierbaren Betreuungsbedarf und schon gar nicht auf die häusliche Krankenpflege, die in den Finanzierungsbereich der Krankenkassen fällt. Schon daran können Sie die nachhaltigen Versäumnisse der rotgrünen Chaosregierung deutlich erkennen.

Bereits vor drei Jahren hat sich die Finanzierung als nicht mehr ausgabendeckend erwiesen. Ein Defizit von rund 400 Millionen Euro trat ein. 2003 waren es schon sage und schreibe 700 Millionen Euro, und für 2004 muss von mehr als 900 Millionen Euro ausgegangen werden. Meine Damen und Herren, glänzen politische Entscheidungsträger der Bundesparteien auch weiterhin durch Versagen, dann sind spätestens 2006, 2007 sämtliche Rücklagen aufgezehrt, und dies, obwohl inzwischen auch Rentner einen vollen Beitrag zur Pflegeversicherung zahlen, was sage und schreibe 1,7 Milliarden Euro Mehreinnahmen ausmacht. (D)

Meine Damen und Herren, bei den Kosten geht es gegenwärtig um über 30 Milliarden Euro, die jährlich anfallen. Dieses Geld kommt rund 2,4 Millionen Pflegebedürftigen zugute. Das sind 2,5 Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik. Von denjenigen, die Pflegeleistungen erhalten, entfallen 1,4 Millionen auf Empfänger in der häuslichen Pflege und zirka 610 000 Anspruchsberechtigte in Pflegeheimen. Bezogen auf die 30 Milliarden Euro sei gesagt, dass diese auch die Lohnbasis von 190 000 Beschäftigten in den 10 600 ambulanten Pflegediensten und 475 000 Beschäftigten in den 9200 Pflegeheimen bundesweit sind. Zudem arbeitet mehr als doppelt so viel Personal in den Pflegeheimen, in denen weniger als ein Drittel der Pflegebedürftigen betreut wird. Die Heimbetreuung ist in der Pflege zirka sechs Mal so teuer wie die häusliche Pflege.

Meine Damen und Herren, fast ein Sechstel der Pflegeheimbewohner stellt mit nunmehr 90 000 Bewohnern die Gruppe der Behinderten. Mit der Einführung der Pflegeversicherung haben sich nun diverse Einrichtungen wie zum Beispiel psychiatrische Landeskrankenhäuser, Jugendheime und andere Einrichtungen in Pflegeheime umwandeln

(A) lassen. Damit ist die Finanzierung der Betreuung dieser Personengruppe fast vollständig aus dem Bereich der Kommunen und Sozialämter in den Bereich der Pflegeversicherung übergewechselt. Das heißt also, dass Bremen und Bremerhaven deutlich spürbar entlastet wurden, wodurch eigentlich Mittel zur Beseitigung hiesiger Missstände im Bereich der Pflege zugunsten Bedürftiger im Zwei-Städte-Staat zur Verfügung stehen müssten.

Ich zitiere aus einer Denkschrift zum Thema, da heißt es: „Wenn heute schon die Finanzierbarkeit an Grenzen stößt, kann unmöglich eine zwanzigprozentig höhere Zahl von Pflegebedürftigen in 40 Jahren mit denselben Mitteln und derselben Qualität versorgt werden.“ Also, statt Leistungskürzung zu erwägen, Leistungen auszugrenzen und den Kreis der Bedürftigen einzuschränken, sollte mit einem möglichst geringen Finanzaufwand eine größere Zahl von Menschen in einem anderen Umfang an Pflege versorgt werden.

Das kann aber nur dadurch erreicht werden, wenn sowohl die rotgrüne Regierung als auch die CDU endlich effektiv den bürokratischen Wasserkopf in der Pflege effektiv abbaut. Tatsache ist, dass die Deutsche Volksunion schon seit Jahren auf parlamentarischer Ebene darauf hingewiesen hat, dass der Verwaltungsaufwand in der ambulanten Pflege in den letzten Jahren unverantwortlich dramatisch aufgebläht worden ist. Tatsache ist auch, dass immer mehr Zeit für die direkte Versorgung der Patienten verloren geht, das können selbst Sie nicht bestreiten, das wurde auch hier schon mehrfach angeführt, aber gleichzeitig die Ausgaben für Verwaltung bei den Kassen und den ambulanten Pflegediensten kontinuierlich ansteigen.

(B) Meine Damen und Herren, die Vorstellungen der Deutschen Volksunion zur Beseitigung des Problems decken sich weitgehend mit den Forderungen des Deutschen Caritasverbandes. Bezüglich unserer Vorschläge zum Abbau des Verwaltungsaufwands möchte ich nur zwei Beispiele anführen, die verdeutlichen, wie der Alltag ambulanter Pflegedienste unnötig belastet wird. So müssen ärztliche Verordnungen innerhalb von zwei Tagen bei den Kassen vorliegen. Dies ist aber in der Praxis nur mit einem höheren zusätzlichen Verwaltungsaufwand für Patienten und Pflegedienste zu erreichen. Als Vertreter der Deutschen Volksunion kann ich die Forderung unterstreichen, die Einreichfrist von Verordnungen einheitlich auf fünf Tage zu verlängern.

Bei vielen Verordnungen ist bereits zu Beginn absehbar, dass sie länger als 14 Tage notwendig sein werden. Trotzdem werden alle Verordnungen zunächst nur für 14 Tage bewilligt. Das ist aus Sicht der Deutschen Volksunion unnötig und vervielfacht den Verwaltungsaufwand bei Kassen, Patienten und Pflegediensten. Die regelhafte Begrenzung der Erstverordnung auf 14 Tage muss daher sofort ver-

schwinden. Zudem ist sich die Deutsche Volksunion mit der Caritas dahingehend einig, dass beim Übergang von der stationären in die ambulante Versorgung die behandelnden Ärzte die notwendigen Verordnungen für die häusliche Krankenpflege im Anschluss an den Aufenthalt im Krankenhaus verschreiben könnten. Dies muss den Ärzten in den Krankenhäusern ermöglicht werden.

Meine Damen und Herren, dass der vorliegende Antrag der Fraktionen von SPD und CDU tatsächlich zur Überwindung der von den beiden Parteien verschuldeten Situation beiträgt, muss allerdings sehr bezweifelt werden. Allerdings wird die Deutsche Volksunion auch noch so kleine Schritte unterstützen, die in die richtige Richtung führen, und ich habe schon des Öfteren deutlich gemacht und erwähnt, Kontrollen in den Pflegeheimen müssen unangemeldet durchgeführt werden. Angemeldete Kontrollen sind ein Witz und bringen überhaupt nichts. – Ich danke Ihnen!

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es haben sich ja sehr viele Institutionen schon mit den Problemen beschäftigt, und mit Genehmigung des Präsidenten möchte ich zitieren aus einem Papier der Deutschen Forschungsgesellschaft für Gerontologie, die das Problem Bürokratie in der Pflege, wie ich finde, in drei Kernsätzen gut beschrieben hat. Sie sagt nämlich: „Bürokratie zeigt das ‚zweite Gesicht‘ der Pflege und weist auf die Doppelfunktion von Pflege hin. Die Versorgung alter Menschen ist zum einen eine höchst individuelle und persönliche Aufgabe, Pflege von Mensch zu Mensch. Sie ist aber auch eine gesellschaftliche Aufgabe, die der Aufsicht und Verwaltung bedarf.“

Ich denke, das beschreibt genau das Dilemma, in dem wir uns bewegen. Auf der einen Seite ist es natürlich notwendig und richtig, dass Heime verpflichtet sind, Pflege- und Betreuungsleistungen zu dokumentieren. Die Dokumentation ist auch ein wichtiges Instrument, um Transparenz herzustellen und die Pflegeprozesse zu steuern. Auf der anderen Seite ist es auch richtig, dass wir feststellen müssen, dass immer weniger Zeit tatsächlich für die Pflege von Mensch zu Mensch zur Verfügung steht. Das ist die Schwierigkeit, die zu bewältigen ist. Der Antrag, der hier vorliegt, geht genau in diese Richtung, und ich unterstütze ihn nachdrücklich.

Es wird zunächst gefordert, dass die Akteure in der stationären Pflege diesen Entbürokratisierungsprozess vorantreiben. Da sind, wie gesagt, viele schon auf dem Wege. Das ist hier schon beschrieben worden. Einige Bundesländer haben etliche Modelle konzipiert. „Plaisir“, das ist mehrfach er-

(C)

(D)

(A) wähnt worden, ist gescheitert. Es gibt den runden Tisch „Pflege“ in Berlin, aber auch Bremen hat sich auf den Weg gemacht. Wir haben vor einigen Monaten schon eine Arbeitsgruppe installiert, die mit Leitungskräften von Bremer Altenpflegeheimen, also Menschen, die aus der Praxis kommen, was ich sehr wichtig finde, mit Beratung des MdK und mit Beratung der Bremer Heimaufsicht genau dieser Frage nachgeht: Wie könnten arbeitsökonomischere Formen von Pflege hinsichtlich der Dokumentation gefunden werden? Selbstverständlich wird diese Arbeitsgruppe die Modelle, die Erfahrungen anderer Länder einbeziehen, und ich hoffe sehr, dass wir dann auch sehr praktikable Handlungsempfehlungen bekommen, die hier in Bremen umgesetzt werden können.

Wenn diese Ergebnisse vorliegen, werden sie selbstverständlich dem Parlament präsentiert. Aber wir müssen vor allen Dingen dann dafür sorgen, dass sie bei allen Heimen auch ankommen. Über diesen Prozess müssen wir uns dann gemeinsam noch Gedanken machen.

(B) Angesprochen ist richtigerweise in dem Antrag das Problem von Doppelprüfungen, immer wieder Thema, wobei sich das schon deutlich verbessert hat aufgrund der Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe nach Paragraph 20 Heimgesetz, wo die Akteure absprechen, wann welche Kontrollen von wem durchgeführt werden, so dass es da zu einer Reduzierung gekommen ist. Wir weisen aber immer wieder darauf hin, dass es eben noch nicht ganz optimal ist, und sind für Anregungen aus der Praxis dankbar – es gibt einen Arbeitskreis stationäre Hilfen, der sich damit beschäftigt –, um den Prozess noch weiter zu optimieren.

Richtig ist auch in dem Antrag, die Bedeutung der Mitwirkungspraxis der Heimbeiräte hervorzuheben. Ich denke, das ist eine ganz wichtige Einrichtung, und sie sind gesetzlich auch noch deutlich stärker in den Mittelpunkt gestellt worden, was ich sehr begrüße. Sie haben eine ganz wichtige Funktion, weil sie eben auch die Transparenz deutlich erhöhen und in der Lage sind, Missstände aufzudecken, und sie sind für Bewohnerinnen und Bewohner, die oft sehr einsam und in großen Nöten sind, wichtige Ansprechpartner.

Ich war gerade in der letzten Woche auf einer Informationsveranstaltung, zu der unser Ressort Heim-

beiräte eingeladen hatte, wo sehr viele Heimbeiräte anwesend waren, auch Heimbeiräte, die sich freiwillig engagieren, also nicht im Heim leben, und ich muss sagen, ich war sehr beeindruckt von dem Engagement der Menschen, die dort versammelt waren, die es sich richtig zu ihrer Sache gemacht haben und auch Forderungen gestellt haben, um den Prozess weiter voranzubringen, mehr Qualität in die Heime zu bringen. Ich denke, auch da sind wir auf einem guten Weg.

Um das jetzt abzuschließen und die Bürgerschaftssitzung nicht unnötig zu verlängern, sage ich Ihnen zu, wir werden das, was Sie in dem Antrag von uns erwarten, mit Überzeugung in die Bürgerschaft bringen und werden uns dann – danke schön für die Fristverlängerung, die werden wir wohl brauchen – wahrscheinlich nach den Sommerferien das nächste Mal mit dem Thema beschäftigen. – Danke!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 16/467 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit wären wir an das Ende unserer heutigen Beratung gekommen. Der morgige Parlamentstag beginnt mit einer Schweigeminute. Ich bitte Sie, pünktlich zu erscheinen.

Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.55 Uhr)